

Ans: Springer Verlag AG, Post, 10 08 64, 4200 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (0228) 299-1
Anzeigenabteilung Kettwig (02054) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Filialblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 63 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr.
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Skr., Österreich 13,50 S., Portugal 100 Esc.
Schweden 6,50 Skr., Schweiz 1,50 Sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

FDP: Als satzungswidrig und parteischädigend kritisierte der Berliner FDP-Landes- und Fraktionsvorsitzende Rasch die Entscheidung der überwiegen linken FDP im Bezirk Tiergarten, für die Wahl zum Abgeordnetenhaus am 10. März keine Kandidaten aufzustellen. (S. 4)

Bundesrat: Im zweiten Durchgang billigte der Bundesrat den Bundesetat 1985 in Höhe von 259,34 Milliarden Mark. (S. 4)

Parteispenden: Ein Kölner Schöffengericht verurteilte den Komplementär der Firma „Brandt & Söhne“ S.B. Franz Willich, Bruno Jöster, wegen „leichtfertiger Steuerverkürzung“ im Zusammenhang mit Parteispenden für die CDU zu einem Bußgeld von 7000 Mark.

Volkszählung: Für die Finanzierung der Volkszählung fordern die Bundesländer fünf Mark pro Einwohner. Die Bundesregierung will nur 2,50 Mark erstatten.

Umweltschutz: Innenminister Zimmermann sprach sich für weitgehend steuerliche Anreize bei Investitionen für den Umweltschutz aus. Erhöhte Sonderabschreibungen nur für konventionelle Anlagen zum Umweltschutz über den Paragraphen 7 d Einkommensteuergesetz reichten nicht aus.

ZITAT DES TAGES

„Bloße Duldung für die privaten Rundfunkanbieter, weil man sie doch nicht verhindern kann, ist nicht genug. Sie brauchen eine faire Chance, die eben nur die unionsregierten Länder zu geben bereit waren.“

Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, nach den ergebnislosen Verhandlungen mit den SPD-geführten Ländern über einen Medien-Vertrag zur WELT. (S. 12) - FOTO: PETER MITCHELL

WIRTSCHAFT

OECD: Das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern des Westens wird nach Einschätzung der OECD 1985 nur bescheiden steigen. Eine Entspannung des Arbeitsmarktes wird in Europa nicht erwartet. Für die Bundesrepublik wird ein Wachstum von 2,75 Prozent prognostiziert bei einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 8,375 Prozent. (S. 13)

Fangquoten: Die Fischer in der EG dürfen 1985 2,08 Millionen Tonnen Fisch fangen. Der deutsche Anteil beträgt 300 000 Tonnen. (S. 13)

KULTUR

„Rothschilds Geige“: Zum ersten Mal interpretiert außerhalb der Sowjetunion Duitburger Sinfoniker Fleischmanns Werk „Rothschilds Geige“, eine Oper, die die Schostakowitsch 1943 zu Ende komponierte. Wie in anderen Arbeiten zeigt sich auch hier die Verbundenheit Schostakowitschs zur jüdischen Volksmusik. (S. 23)

SPORT

Segelfliegen: Der 62 Jahre alte Hans-Werner Grosse aus Lübeck stellte seinen 28. Weltrekord auf. In Australien erreichte er bei einem 300-km-Dreiecksfly eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 162,19 km/h.

AUS ALLER WELT

Bilanz: Die Dürrezone in Afrika wird auch 1985 Schwerpunkt der Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes sein. In einer Bilanz der DRK-Tätigkeiten 1984 warnte Präsident Prinz zu Sayn-Wittgenstein davor, über dem „Problem Äthiopien“ die übrigen Länder der Zone zu vergessen. Für sie sei das Spendenaufkommen gegen Null gesunken. (S. 24)

Mehungen: Aus dem Kirschgarten - Leitartikel von Thomas Klinger. (S. 2)

Die Neuen Medien: Übers Kabel soll mehr Leben ins Haus kommen. (S. 3)

Hamburg: Der Teilausstieg aus Brokdorf ist für die SPD nur der Anfang. (S. 4)

Mitteldeutschland: Der Weinhändlermann und eine frohe Botschaft. (S. 6)

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. (S. 7)

Sport: Handball - Vereinstrainer greifen jetzt Nationaltrainer Simon Schobel an. (S. 8)

Fernsehen: Produzent D. Selznick - Der Mann, der Hollywood groß machte. (S. 10)

Volksbanken: Die regionale Selbstbeschränkung soll Verluste verhindern. (S. 13)

Kultur: Gerechtheit für den „Bastard“ Juan d'Austria - Beechings große Monographie. (S. 23)

Antarktis: Die Dritte Welt greift nach dem sechsten Kontinent - Großmächte verwirrt. (S. 24)

Genscher konnte Flüchtlingen keine Hoffnung bringen

„Es ist Ihre Entscheidung, wie Sie sich verhalten“ / Prag-Besuch beendet

BERNT CONRAD, Bonn
Bundesaußenminister Genscher (FDP) hat den „DDR“-Flüchtlingen in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland keine Hoffnung auf eine vor allem schnelle Erfüllung ihres Ausreisewunsches machen können. Genscher übermittelte ihnen die von Zeichen der Ohnmacht getragene Versicherung, die Bundesregierung in Bonn habe alles Menschensichere für die Zukunftschancen getan. Ihr Schicksal sei für Bonn keine Routinefrage, die von kalten Bürokraten bearbeitet werde. Vielmehr seien Bundeskanzler Helmut Kohl und alle Minister in dieser Frage sehr engagiert.

Genscher hielt sich nach Abschluss seines Prager Besuchsprogramms 75 Minuten lang zusammen mit Staatssekretär Ludwig Rehlinger vom Innerdeutschen Ministerium bei den Flüchtlingen auf. Teilnehmer schilderten den Verlauf des Gesprächs als „entspannt und eindrucksvoll“.

Der Minister zitierte als Beleg für die Anteilnahme in Bonn ein Interview, in dem der Bundeskanzler am Tag zuvor betont hatte: „Das, was da

in der Botschaft in Prag passiert, ist für jeden von uns zutiefst bedrückend.“ Dies gelte vor allem für die Tatsache, „dass dort Landesteile sitzen und daß wir ihnen, jedenfalls direkt, nicht helfen können“. Kohl betonte: „Was ich tun kann, werde ich tun, habe ich getan.“ Dazu gehörten auch Kontakte mit der „DDR“-Führung. Rehlinger und Genscher ließen keinen Zweifel daran, daß die „DDR“-Regierung trotz aller Bemühungen Bonn nicht bereit sei, über die Zustimmung der Straßburger und der Bearbeitung von Ausreiseträgen hinauszugehen. Daraus resultierte die Einschätzung der beiden Bonner Politiker, ohne eine Rückkehr in die „DDR“ gebe es derzeit keine Chance für die Flüchtlinge in Prag.

Direkt an seine Zuhörer gewandt, fuhr Genscher fort: „Keiner wird versuchen, Sie hier hinauszureden. Wir können Ihnen nur die Lage schildern, wie wir sie sehen. Es ist Ihre Entscheidung, wie Sie sich verhalten.“

Teilnehmer berichteten, der selbst aus Halle in der „DDR“ stammende Bundesaußenminister habe mit den „DDR“-Flüchtlingen, unter denen ei-

nige Hallenser waren, „sehr menschlich und völlig unkompliziert“ gesprochen. Mehrere Zuhörer hätten ihm ausdrücklich dafür gedankt, daß er in die Botschaft gekommen sei, und hätten Verständnis für die Haltung der Bundesregierung geäußert. Dies sei auch in einem - allerdings nicht von allen unterzeichneten - Schreiben zum Ausdruck gekommen, das Genscher überreicht worden sei. 40 „DDR“-Einwohner hätten betont, ihr Hungerstreik richte sich nicht gegen die Bundesregierung.

Der Bundesaußenminister fuhr mit dem Auto durch die „DDR“ nach Bonn zurück. Dabei unternahm er einen kurzen Verwandtenbesuch in Halle. Zuvor hatte er sich befriedigt über die Ergebnisse seiner offiziellen Gespräche mit der Prager Regierung und Parteispitze geäußert. Als positiv bewertete Genscher besonders, daß die Schwierigkeiten für ein Binnenschiffahrtsabkommen überwunden worden seien. Auch die Berliner Gewässer und der Main-Donau-Kanal würden in das geplante Abkommen einbezogen werden. (S. 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000)

Schlesier-Motto auch intern umstritten

Vertriebenen-Vizepräsident Sauer zur WELT: Mein Vorschlag wurde nicht aufgegriffen

MANFRED SCHELL, Bonn

Auch innerhalb der Führung des Bundes der Vertriebenen (BdV) wird das für das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien im kommenden Jahr festgelegte Motto „Vierzig Jahre Vertreibung - Schlesien bleibt unser“ mit Distanz betrachtet. Der stellvertretende BdV-Präsident Helmut Sauer (Salzgitter), Landesvorsitzender der Schlesier in deren Patenland Niedersachsen, sagte gestern in einem WELT-Gespräch: „Ich habe das Motto aus der Zeitung entnommen. Ich habe daran nicht mitgewirkt.“ Er selbst habe vor Monaten als Motto vorgeschlagen: „Heimat Schlesien, Vaterland Deutschland, Zukunft Europa“. Diese Aussage wäre nach seiner Einschätzung sowohl den älteren als auch den jüngeren Schlesiern gerecht geworden. Sauer: „Ein solches Motto hätte für alle Perspektiven gehabt, sowohl für die

Erlebnissgeneration wie für die Bekanntheitsgeneration.“

Die Formulierung „Heimat Schlesien“ hätte im Grunde genommen die nummehr veröffentlichte, aber umstrittene Aussage „Schlesien ist unser“ doch „inhaltlich ausgedrückt“, betonte Sauer. Außerdem wäre sie umfassender gewesen. Sauer: „Wenn ich zum Schlesier-Treffen fahre, fahre ich mit anderen Motiven als mein Vater. Für meinen Vater ist Schlesien erlebte Heimat. Ich, der bei der Vertreibung vier Monate alt war, fahre hin, um geistige Identität zu suchen.“

Er habe bewußt in seinem Motto-Vorschlag für das 21. Deutschlandtreffen der Schlesier im Juni nächsten Jahres drei Elemente berücksichtigt. „Heimat Schlesien“ wäre der Verbundenheit der „Erlebnissgeneration“ gerecht geworden, Deutschland sei das Vaterland für alle, und der Hinweis auf die Zukunft Europas hätte

den Willen deutlich gemacht, die Grenzen durch Freiheit zu überwinden. Aber sein Vorschlag sei nicht aufgegriffen worden, sagte Sauer, der sich zum Vorgehen des Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Hupka, sonst nicht äußern wollte.

Sauer teilte mit, die schlesische Jugend werde zu der Zeit, in der das Deutschlandtreffen stattfindet, einen „eigenen“ Bundeskongress veranstalten. Dieser Kongress unter seiner Leitung habe sich das Motto „Vierzig Jahre Vertreibung - Vierzig Jahre Teilung Deutschlands“ gegeben. Die Schirmherrschaft habe der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, übernommen.

Im Bundeskanzleramt bestehen Bedenken gegen das von Hupka ausgewählte Motto. Bundeskanzler Kohl werde sich überlegen, ob er auf dem Deutschlandtreffen sprechen werde, hieß es.

Tschad: Abzug der Libyer überwacht

v. K. Paris

Drei französische Oberste befinden sich seit einigen Tagen in der libyschen Hauptstadt Tripolis, um zusammen mit griechischen und libyschen Offizieren die Verwirklichung des französisch-libyschen Abkommens vom 17. November über einen gemeinsamen Truppenabzug aus Tschad zu überwachen. Dies bestätigte gestern der französische Verteidigungsminister Charles Hernu in St. Maixent (Südwest-Frankreich). Außenminister Roland Dumas hatte am Vortage bereits ähnliche Andeutungen in der Kammer gemacht.

Frankreich hat seine letzten Truppen am 10. November aus dem Tschad abgezogen. Im Norden des Landes sollen aber immer noch etwa 3000 Libyer stehen. Tripolis hat dies bisher dementiert und seinerseits Frankreich bezichtigt, das Abkommen durch Aufklärungsflüge über dem nördlichen Landesteil zu verletzen.

Für stärkere UNO-Präsenz

DW. Nakura

Israel will die Militärverhandlungen mit Libanon über den Abzug der israelischen Truppen aus Südbanon fortsetzen, falls Beirut sich mit der Präsenz von UNO-Truppen in ganz Südbanon einverstanden erklärt. Nach der elften Gesprächsrunde im südbanonesischen UNO-Hauptquartier Nakura erklärte die israelische Delegation gestern, daß die Forderung nach UNO-Truppen in diesem Gebiet „ein zentraler Bestandteil“ der von Jerusalem angestrebten Sicherheitsregelung sei. Sollte bis zum 7. Januar, dem vereinbarten Termin für die nächste Verhandlungsrunde, dazu keine positive Antwort aus Beirut eingehen, „sieht sich die israelische Regierung gezwungen zu prüfen, ob eine Fortsetzung der Gespräche in Nakura noch Zweck hat“, hieß es in der Erklärung. In Jerusalem wurde dazu offiziell erklärt, daß Israel die Verhandlungen in diesem Fall abbrechen werde.

„Hongkong-Vertrag wird erfüllt“

DW. Hongkong

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat gestern in Hongkong das Abkommen über die Rückgabe der Kronkolonie an China im Jahre 1997 verteidigt. Wir werden das Äußerste tun, um sicherzustellen, daß das Abkommen erfüllt wird“, sagte Frau Thatcher vor dem Exekutiv- und dem Legislativrat, den höchsten politischen Körperschaften Hongkongs. Die Anliegen seiner 5,3 Millionen Bewohner würden in ein Gesetz einfließen, das als rechtliche Grundlage für das Abkommen der britischen Verfassung beigefügt werde. Ministerpräsident Zhao Ziyang habe ihr bei der Unterzeichnung des Vertrages in Peking versichert, China werde seine internationalen Verpflichtungen einhalten und „seine Worte durch Taten unter Beweis stellen“. Gemeint war das Versprechen, das System der freien Marktwirtschaft in Hongkong bis Mitte des 21. Jahrhunderts beizubehalten.

DER KOMMENTAR

Hängepartie

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Opposition in Bonn - gibt es die überhaupt? Weil die SPD als parlamentarischer Kontrapart der Regierung so wenig von sich hermacht, nimmt man vor allem jene Opposition wahr, die sich die Koalition selbst bereitet. Da war die Pannenküche im Schwange, das Gemunkel über den Führungsstil des Kanzlers. Die SPD hatte es bequemt: Sie brauchte nur den Lautverstärker der Nörgler aus Union und FDP zu spielen. Allerdings können die Sozialdemokraten auf diese Weise keine eigenen Oppositionsprofile gewinnen.

Unter solchen Umständen kann die SPD mit sich selbst nicht zufrieden sein. Es fallen spitze Worte, die von Empfindlichkeiten zeugen - zum Beispiel zwischen Fraktionschef Vogel und Parteichef Brandt. Wenn Brandt sich in der ihm eigenen Sprach-Jonglierkunst wünscht, 1985 möge deutlich werden, wer die richtige Opposition sei, so mag er jenes politische Rot/Grün-Gemenge im Sinn gehabt haben, das er zu einer künftigen Kanzlermehrheit aufpumpen möchte. Vogel nahm es persönlich und merkte an, es könne ja auch getrost etwas unternommen werden, um die Partei überall in der Bundesrepublik wieder in Stromlinienform zu bringen. Da hat er in der Sache wohl recht. Vogels Verdienst ist es ja, daß er die SPD-Bundestagsfraktion

beisammengelenkt hat, während die Partei draußen im Lande nach dem überraschend hohen Wahlsieg Kohls auseinanderfiel. Der Fraktionschef hat immerhin eine Truppe zur Verfügung, aus der sich vielleicht bis zur nächsten Bundestagswahl noch Stöflinien eines politischen Angebots an die Wähler herausbilden können. Das wäre sehr zu wünschen.

Denn was die Partei als Oppositionspolitik durcheinanderzuwirbeln beginnt, scheint wenig mit Sachfragen und viel mit rüder Polemik zu tun zu haben. Da ist von polarisierender Sozialpolitik die Rede - als ob Arbeitslosen und Rentnern mit teutonischen Redeschlachten geholfen würde. Die Union soll als Partei des „großen Geldes“ diffamiert, die FDP als „Neidsteuerpartei“ boykottiert werden. Und Kanzler Kohl dürfte dazu aussersehen sein, als Handlanger des „großen Geldes“ verunglimpft zu werden. Was die SPD als Partei vorbereitet, nimmt die Züge einer Beschimpfungskampagne an.

Bei weiterhin erfreulicher Tendenz zwischen Washington und Moskau und unbestreitbar erfolgreicher Wirtschafts- und Finanzpolitik im eigenen Land wird Kohl solche Tiraden wohl aushalten können. Jeder vernünftige Bürger sagt sich ja: Immer, wenn eine Partei keine Argumente hat, fängt sie an zu schimpfen.

USA sprechen von Völkermord in Afghanistan

DW. Washington

Die USA haben der Sowjetunion vorgeworfen, mit ihren Truppen in Afghanistan Völkermord zu begehen. Washington will das Thema beim Außenministertreffen in Genf zur Sprache bringen.

Aus Anlaß des fünften Jahrestages der Invasion legte ein Vertreter des US-Außenministeriums einen Bericht vor, wonach in den vergangenen fünf Jahren mehrere hunderttausend Afghanen getötet oder verletzt wurden und rund 4,5 Millionen Menschen geflohen sind. Nach amerikanischen Erkenntnissen hat die UdSSR die Zahl ihrer Soldaten 1984 um 10 000 auf 115 000 aufgestockt. Hinzu kämen 30 000 Mann mit Unterstützungsaufgaben an der Grenze.

Wie Unterstaatssekretär Robert Peck berichtete, machen die sowjetischen Truppen systematisch Dörfer dem Erdboden gleich. Die Bestimmungen der Genfer Konvention würden „auf vielfältige Weise“ verletzt. Die UdSSR setze ganz klar auf einen Abblitzungskrieg und auf die Wirkung einer „brutalen, zynischen Politik der Angriffe auf zivile Ziele“. Es gebe Beweise dafür, daß nun auch wieder chemische Kampfstoffe eingesetzt würden.

Peck erwartet, daß Außenminister Shultz das Thema Afghanistan bei seiner Begegnung mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko ansprechen wird. „Wir haben den Sowjets öffentlich und auf vertraulichem Wege klargemacht, daß ihre Anwesenheit in Afghanistan ein Hindernis für die Rückkehr zu umfassenden, normalen Beziehungen bleibt.“

Papst verurteilt die „Tyrannei“ der Ideologien

DW. Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. hat in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Verweigerung

Von Herbert Kremp

Die Weigerung des Berliner FDP-Betriebsverbandes Tiergarten, beim Bezirkswahlleiter für die Landtagswahl am 10. März eine Liste aufzulegen, und die Entscheidung des Parallel-Verbandes Charlottenburg, zwar mit einer Liste aufzuwarten, aber keine Kandidaten aufzustellen, vermitteln das Bild einer tiefen Verwirrung in den Reihen der Spree-Liberalen. Während ein FDP-Gesinnter in Charlottenburg seine Partei wenigstens mit der Zweitstimme bedenken kann, die für das Häuflein der Freien Demokraten einzig ins Gewicht fällt, kommt auf dem Wahlzettel im Bezirk Tiergarten die FDP überhaupt nicht vor. Der Landesparteitag hatte vor ein paar Wochen den Versuch unternommen, die Blamage zu vermeiden, aber nun ist sie da.

Und es ist mehr als eine Blamage – es ist eine psychologische Katastrophe für die FDP und möglicherweise sogar eine politische für die regierende Koalition des Bürgermeisters Diepgen. Das Regierungsbündnis aus Weizsäckers Zeiten verfügt nur über eine knappe Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Die Aussichten für die CDU, in der Stadt die absolute Mehrheit auf sich zu ziehen, sind (nach den jüngsten Umfragen) gering. Den Alternativen schreibt die Demoskoope eine 15-Prozent-Chance zu, eine höhere als in jedem anderen Bundesland. Die SPD lebt im Zustand geistig-politischer Verwirrung, kann aber aus traditionellen Ressourcen schöpfen. Das Überleben der CDU-dominierten Regierung hängt also vom Sprung der FDP über die Fünf-Prozent-Hürde ab. Aber die FDP, die im Mai 1981 auf gerade 5,6 Prozent gekommen war, ist tief gespalten.

Der fundamentale Mangel an Einigkeit ist darauf zurückzuführen, daß ein Drittel der 68 000-Wähler-Partei die politische Wende der FDP in Berlin nicht mitvollziehen hat und partiell in einer Verweigerungs-Opportunisten versunken ist. Das kann der Partei nicht bekommen, muß Resignation verbreiten und mag in eine spielerische Fluchtbewegung ausmünden.

Seit zwei Jahren doktern die politischen Ärzte an dem Patienten herum, ohne der mentalen Spaltung Herr zu werden. Die Landesleitung ist machtlos, das Bonner Hauptquartier besitzt keine Handhabe und ist im übrigen zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Damit gerät die Zukunft der Regierung Diepgen, die mit Erfolg und Geschick handelt, in die Zone des Zufalls und des Zweifels.

Manöver in Belgien

Von Bodo Radke

Belgiens Premier Wilfried Martens und sein Außenminister Leo Tindemans, beide flämische Christdemokraten, sind Anhänger der NATO und von der Notwendigkeit überzeugt, Verpflichtungen ihr gegenüber strikt einzuhalten. Unter innenpolitischem Druck sind sie indes zur Zeit – wieder einmal – gezwungen, zur Stationierung von 48 Cruise Missiles auf belgischem Territorium einen Eiertanz aufzuführen.

Viele Spitzenpolitiker ihrer eigenen Partei drängen auf wahltaktischen Überlegungen auf ein weiteres Hinausschieben der seit fünf Jahren überfälligen Entscheidung. Neu dabei ist die laute Intensität dieser Forderung. Schwankend nämlich war die Haltung christlich-demokratischer Parteistrukturen schon immer zwischen den Fronten des uneingeschränkten Ja zur Stationierung der liberal-konservativen Koalitionspartner und dem absoluten Nein der oppositionellen Sozialisten. Manche Parteifreunde von Martens und Tindemans peilen inzwischen ganz offen ein schwarz-rotes Bündnis nach den Parlamentswahlen von Ende 1985 an.

In ihrer Not haben Premier und Außenminister im Kabinett durchgesetzt, daß die eigentlich in diesen Tagen fällig gewordene halbjährliche „Situations-Überprüfung“ auf das erste Quartal 1985 verschoben wurde. So können Belgiens Spitzenrepräsentanten Anfang Januar mit gewissermaßen noch offenem Dossier nach Washington reisen. Dieser Hinweis, so hoffen sie, wird die Kritik von Reagan, Shultz und Weinberger am Zögern des NATO-Partners Belgien milder ausfallen lassen.

Wobei Martens und Tindemans darauf verweisen können, daß auf dem für die Aufnahme von Cruise Missiles vorgesehenen Stützpunkt Florennes die technische Vorbereitung trotz des Ausbleibens der politischen Entscheidung seit vielen Monaten zügig vorangeht. Im Nachbarland Holland dagegen, dessen ebenfalls aus Christdemokraten und Liberal-Konservativen bestehende Regierung vor den gleichen innenpolitischen Problemen steht, geschieht in dieser Beziehung nichts.

Die Heimat

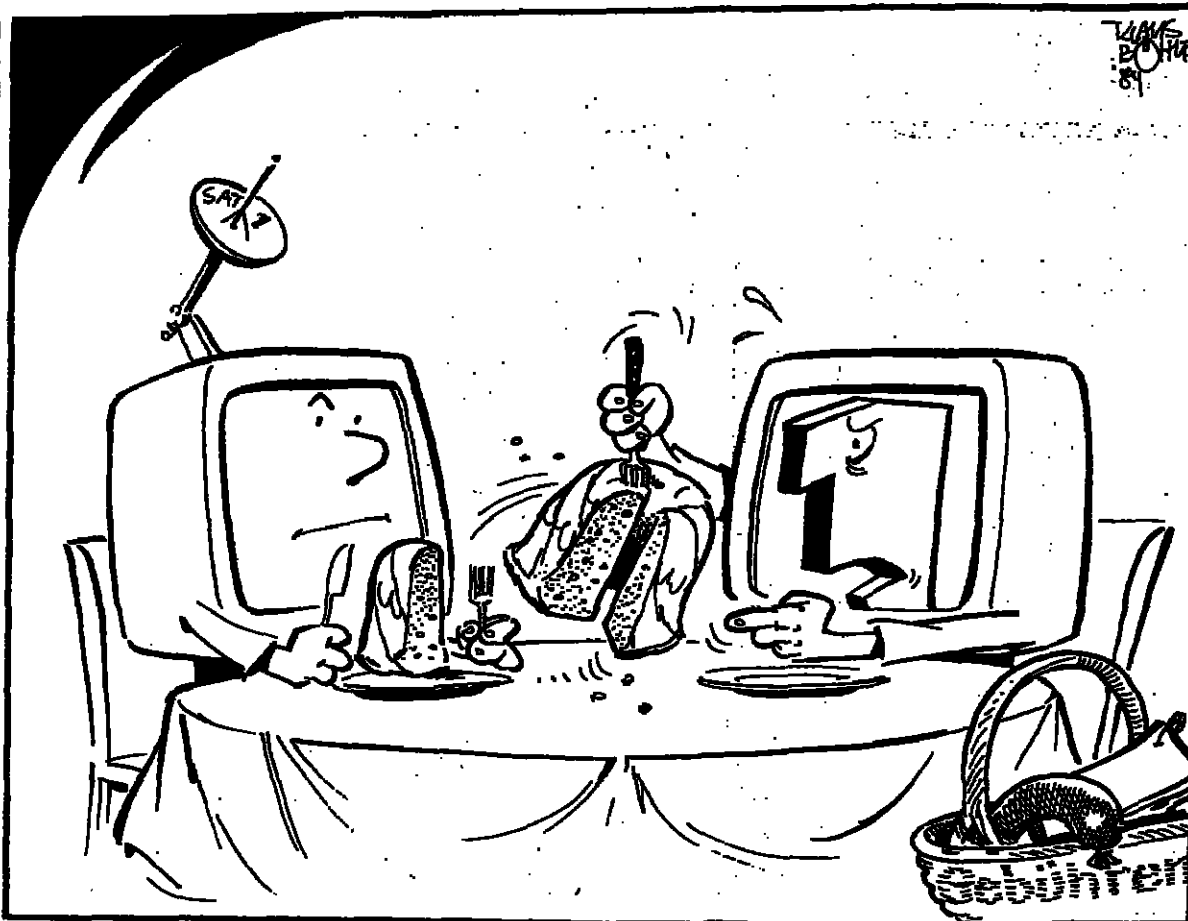
Von Enno v. Loewenstern

Es wäre wohl zweckmäßig, wenn die Schlesier einlenkten und das Motto ihres Treffens im Juni „Schlesien bleibt unser“ so ergänzten, wie ihr Vorsitzender Hupka es bereits interpretiert hat: „Schlesien bleibt unsere Heimat“. Das ist sie, das bleibt sie, und selbst der Großen Kunststreichen Sowjetunion wird es schwerfallen, daraus, daß jemand sagt, er habe eine Heimat, kriminelle Absichten zu stricken.

Die Rechtslage ist und bleibt natürlich so, daß Schlesien nicht nur die Heimat der Schlesier ist, sondern ein Teil Deutschlands unter fremder Okkupation. Nach dem Wortlaut des Potsdamer Abkommens stehen die deutschen Ostgebiete „unter polnischer Verwaltung“ (bis auf den Nordteil Ostpreußens, den die UdSSR annektiert hat). Sie sind Polen nicht zugeschlagen worden; ganz davon abgesehen, daß ein solcher Zuschlag fremden Landes völkerrechtswidrig wäre.

Deutschland wurde vielmehr in fünf Besatzungszonen aufgeteilt, wobei die fünfte Besatzungsmacht die Menschen aus dem von ihr besetzten Gebiet verjagte und ihre Staatsbürger dort hintrieb, die von einer Annexionsmacht, den russischen Besatzern Ostpolens, verjagt worden waren. Durch diesen doppelten Rechtsbruch verschaffte die UdSSR sich erstens Landgewinn und zweitens einen Propagandahebel, falls jemand den Rechtsbruch bestranden sollte: der wäre dann ein Revanchist, der die Polen wieder ins Elend treiben will.

Die deutsche Position dazu ist differenziert und muß es sein. Um der Ehre willen kann man einen Rechtsbruch nicht einfach hinnehmen. Aber die heutigen polnischen Einwohner Schlesiens, die selber Opfer eines Verbrechens wurden – und mit den Mördern so vieler Deutscher in jenen Jahren nicht identisch sind; wir sind die letzten, die Kollektivschuldthesen vertreten würden – diese Menschen sollen weder erneut leiden noch auch Angstkampagnen ausgesetzt werden. Ein freies Gesamtdeutschland wird eines Tages mit einem freien Polen über eine friedliche Lösung sprechen. Doch dies alles läßt sich nicht in der Kürze eines Tagungsmottos zusammenfassen; insofern sollten die Veranstalter des Bundeskanzlers Lage berücksichtigen.



Aus dem Kirschgarten

Von Thomas Kielinger

Jeder Prophet findet seine Großwetterlage. In Genschers Wohnort, in Wachberg-Pech, sind die Kirschkäse erblüht. Das will nicht zum Schnee passen, der über dem Mahmal von Lidice lag, als der deutsche Außenminister es besuchte. Und nicht zu dem Schicksal der Luftkutschenden in der Prager Botschaft. Kirschkäse oder weiße Ödnis – was verheißt die Wetterkarte für das neue Ost-West-Jahr, was vor allem, verheißt sie den Deutschen?

Noch stehen wir im schneidenden Wind einer Kampagne, der das Wort „Revanchismus“ aufliegt wie ein Clownskostüm. Wer soll an diese Fiktion glauben – die Staaten des Warschauer Paktes? Deren Aufmarschdispositiv braucht zur Bestätigung kein neues Feindbild. Allzu engmaschig ist die Bundesrepublik in das kollektive Sicherheitssystem des Westens eingebunden, um als westliches Schreckbild mit extravagant territorialen Eroberungsabsichten glaubwürdig zu erscheinen.

Hinter der Kampagne steckt nicht nur das sowjetische Bedürfnis, die Feiern zum Jahrestag des 8. Mai 1945 mit einer Verzerrung des Bildes der heutigen Bundesrepublik zu dekorieren. Auch die Erneuerung des Bündnischwurs im Warschauer Pakt, dessen erste Laufzeit 1985 zu Ende geht, ist nicht der Hauptgrund. Viel Feind, viel Fakt, gewiß, aber die Revanchismus-Kampagne hat auch etwas von nachgetragener Verärgerung an sich – wir sollen für unsere 1983 gezeigte Standhaftigkeit noch einmal bestraft werden.

Kann das andauern, auch über den Mai 1985 hinaus? Die Antwort geben unsere westlichen Verbündeten. Auf sie geht die Sowjetführung auffallend aufgeräumt zu. Michael Gorbatschow charmante seine britischen Gastgeber mit Witz und der Annehmlichkeit seiner Norm sowjetischer Politikergattinnen weit überstrahlenden Ehefrau. Das läßt auch im Londoner Dezember Kirschkäse erblühen.

Zu passender Gelegenheit hinterlegte der Gast aus Moskau dann die Kritik an den amerikanischen Weltraumplänen. Man war also gleich im Bilde, was ihn so beflissen zu Margaret Thatcher getrieben hat, wo ebenfalls nur zwischen geschlossenen Zahnreihen von Reagan Weltraumverteidigung ge-



Charme für die Briten: Gorbatschow, Ehefrau Raisa. FOTO: AP

Mit dem Terror ist ein Staat im Staate zu machen

Kolumbiens Guerrilla und der gutgemeinte Waffenstillstand / Von Günter Friedländer

Die Mitteilung des kolumbianischen Verteidigungsministers General Miguel Vega Uribe, daß zweitausend Soldaten seit einer Woche in der südlichen Provinz Cauca größere Aktionen gegen das Hauptquartier Süd der „Bewegung 19. April“ (M-19) unternommen haben, überraschte niemanden. Die Skepsis hinsichtlich der Zukunft des Waffenstillstands wächst immer mehr. Die Presse macht sich zum Echo der Diskussionen der Bürger auf der Straße. Der Minister faßt diese Unruhe in den Worten zusammen: „Das Heer kann nicht unabhängige Republiken im Land dulden, in die niemand Zutritt haben soll.“

Vega Uribe bezieht sich auf die Forderung des M-19, das Heer solle sich aus der Provinz Cauca zurückziehen, in deren Bergen das Kommando Süd des M-19 zur Bekämpfung seiner Ansprüche Landminen legte, Schutzgräben ausbaute und Heereseinheiten angriff. Der Kommandant der 3. Heeresdivision antwortete darauf, noch bevor der Minister sich äußerte: „Das Heer

wird nicht nur hier bleiben, sondern überall, wo seine Anwesenheit erforderlich ist.“ Das bezieht sich auch auf die nordöstliche Provinz Santander, wo die „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“ (FARC) in den letzten Tagen Aktionen durchführten, die mindestens vierzehn Menschenleben kosteten. Der seit etwa einem halben Jahr herrschende Waffenstillstand mit dem M-19 und den FARC, das Rückgrat des Befriedigungsplans für Kolumbien, ist mit diesen Angriffen eindeutig gebrochen worden.

Die Organisation der Rebellen benutzt ihren freien Zugang zu den Medien zu einem Propagandakrieg und beschuldigt das Heer, den Waffenstillstand zu gefährden. Demgegenüber überzeugen sich immer mehr Beobachter davon, daß die Guerrilla, die sich trotz des Waffenstillstands weigerte, ihre Waffen abzuliefern, in ihren Operationszentren eine Schreckensherrschaft errichtete und sich dort wie eine Landesregierung gebärdete. Sie verhängt sogar die Todesstrafe gegen diejenigen, die nach ihrer Meinung „die Bewegung verraten“.

Gleichzeitig benutzt sie die Bewegungsfreiheit, die der Waffenstillstand ihr gab, um in den Städten, sogar in der Hauptstadt Bogotá, ihre Organisation aufzubauen. Umherziehende Berichterstattung der Presse, daß sie von Mitgliedern der Guerrilla aufgesucht wurden, die „freiwillige Spenden“ von ihnen forderten. Diese Erpressungen, denen sich bisher nur Viehzüchter und Bauern in den Kampfgebieten ausgesetzt sahen, greifen nun also auf die Städte über. Ein Sprecher des M-19 ging so weit, am Rundfunk diese Bitte um „freiwillige Spenden“ eine Gewohnheit der Guerrilla zu nennen, die niemanden erschrecken sollte. Die Guerrillas sagen zynisch, Kolumbiens werde sich an ihren Stil gewöhnen müssen.

Mindestens das M-19 unterhält Büros im Ausland, etwa in Mexiko. Von dort aus werden Erklärungen abgegeben, die – zumindest – Kolumbiens Ansehen im Ausland herabsetzen müssen. So forderte der

IM GESPRÄCH Ted Hughes

Dichter Ihrer Majestät

Von Christian Ferber

Der Haushalt der zweiten Elisabeth ist wieder komplett. Britanniens Dichter am Thron wird künftig ein Schreiersohn aus Yorkshire sein: Ted Hughes, als Poeta laureatus Nachfolger von einst Ben Jonson und kürzlich John Betjeman. Königlich Britische Lorbeerträger haben sich bei staatlichen Anlässen von der Muse peitschen zu lassen, und auch bei Ereignissen in der königlichen Familie. Mr. Hughes hat vorgestern sogar gesagt, für die heute stattfindende Taufe von Prinz Harry sei ihm schon ein bißchen was eingefallen – aber das war, als er im Devon-Dorfkug ordentlich den Champagnerhumpen hob, mit einer Meute von Fleet-Street-Reportern.

Die Wahl (die Königin darf ihren Dichter nicht persönlich kürzen, das machen Fachleute für Poesie in der Regierung und im Schriftstellerverband) überrascht nicht nur, weil als Kandidat der ungemein seriöse Philip Larkin viel stärker im Gespräch war. Ted Hughes' Harfe klingt genüßlich rau, seine Wortwahl darf man wohl vor allem zuspähen nennen; oft ist sein Vers faszinierend und dabei doch alles andere als fehlerlos. Er hat bisher weniger über Herrscher und Ereignisse, hohen Ranges geschrieben als einseitig über Bäume, Büsche, Gewässer, Stürme und Regen, und über sehr unzufriedene Zustände auch. Außerdem macht er schöne Gedichte für Kinder. Elisabeth II. darf vielleicht endlich mal mit Poesie auf das eine oder andere ihrer Pferde rechnen.

Das wird sie ausüben. Poetisches Fröhenleben ist die Sache von Mr. Hughes ganz und gar nicht, der Kratzfuß ist ihm fremder als die Kratzbüsche. Dieser Mann mit einem würdigen Hauch weltläufiger britischer Provinz ist nicht wie Vorgänger Betjeman auf ganz reizende Art demütig am Thron. Was ihn als einziges mit Betjeman verbindet, ist charmanter Kindlichkeit, bei beiden gewiß echt.



Folke im Sonnenschein: Ted Hughes. FOTO: AP

aber bei Betjeman sorgsam kultiviert. Hughes' offener, Natur schließt auch Kindergebrüll ein, solches ohne Anlaß nicht anders als das, wenn jemand von der Schaukel gefallen ist.

Dabei ist und bleibt er einer der bedeutendsten Lyriker, die heute in Britannien leben. Ein Mann und Dichter aus eigenem Recht war er bereits, als seine Frau Sylvia Plath hieß, diese Ophelia der angelsächsischen Literatur, die 1963 ihr Leben selbst beendete. Sieben Jahre lang hat Hughes zwei Kinder aus dieser Ehe allein aufgezogen. Dann heiratete er ein Mädchen mit dem schönen und zugleich rustikalen Namen Carol Orchard, was Obstgarten bedeutet. Vieles empfiehlt ihn: ohne Zweifel, wenn er muß, wird er über alles dichten können – ein Poeta laureatus ist eigentlich gehalten, jeder Rebe des Monarchen ein Lied mitzugeben – und fleißig ist er auch. Seinem ersten Gedichtband „Folke im Regen“ folgten einundzwanzig weitere. Nur sein Vers wird wohl bisweilen auf der Zunge beißen, wie der billige Wein, den seine Königin ihm dafür nach urahem Brauch gibt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Königliche Handzeichen

Zu dem Textwissen heißt es hier:

Die RAF-Bande hat trotz der Aufdeckung mancher Depots heute wieder genügend Geld und Waffen. Geld holten sie sich kürzlich wieder aus einer Würzburger Bank. Die Waffen, mehr als hundert großkalibrige Pistolen, stammen aus einem Überfall auf ein Geschäft in Ludwigshafen. Das Arsenal reicht aus, um an mehreren Stellen Überfälle vorzubereiten. Obwohl Spitzentruppen von Christian Klar und Ulrike Mohnhaupt hinter Gittern sind, kann die heutige RAF auf Anführer wie Inge Viett und den Arzt Ekkehard von Seckendorff bauen. Zum Glück ist sich die politische Führung auf Bundesebene heute bei der Betrachtung des Problems Terrorismus völlig einig. Da gibt es keine Irritationen wie in den 70er Jahren. Das müßte ausreichen, um der RAF in keinem Moment die Chance zu geben, den einzelnen Bürger und die staatliche Gemeinschaft in Verlegenheit zu bringen.

Niedersächsische Allgemeine

Die Kasseler Zeitung weist zum Medienvertrag:

Zweierlei steht fest. Das private Fernsehen wird kommen. Es läßt sich, weil es technisch nicht verhindern ist, auch politisch nicht verhindern. Die Bundesrepublik ist ein so schmales Terrain, als daß sie sich gegen Einstrahlungen von außen abriegeln könnte. Es widerspräche auch dem inneren Gesetz einer freien Gesellschaft. Zum anderen ist die Bundesrepublik erst recht zu eng, um sich eine geteilte Medienlandschaft leisten zu können. Das widerspräche am Ende dem Grundgesetz, das den Län-

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Mit den Wirtschaftsbeziehungen des westlichen Frankreich zu Ostdeutschland im Herbst 1985 befaßt sich das Blatt:

Die Indikatoren sind so leblos und mittelmäßig, daß man von der französischen Wirtschaft kaum etwas anderes erwarten kann als ein völlig flaches Enzephelogramm. Da wird sich nichts bewegen. Tatsächlich ist die französische Wirtschaftslage relativ klar. Zu klar. Sie hängt in der Luft. Der Austeritätsplan hat gewirkt. Das heißt, der Austeritätsplan, der im Beschäftigungsbereich wirkungslos war, hat Frankreich der Möglichkeit beraubt, vom Wirtschaftsaufschwung in Amerika mitzuprofitieren.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung bemerkt zum Bericht des westlichen Spionagesystems über die ersten Schritte in Gorbatschows Politik:

Was sich nicht geändert hat, ist die Reaktion sowjetischer Politiker auf jegliche Andeutung, daß die Achtung der Menschenrechte und die Einhaltung der Bestimmungen des Helsinki-Abkommens von 1975 in der Sowjetunion sehr mangelhaft ist und Anlaß zu Besorgnis gibt. Sir Geoffrey Howe unterbreitete Gorbatschow vier Fälle, die beispielhaft sind für die Menschenrechtsprobleme in der Sowjetunion. Die schwache Lage von Sacharow ... stand an der Spitze der Liste. Aber Gorbatschow kam glimpflich davon, und es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß er sich dessen bewußt ist.

Übers Kabel soll mehr Leben ins Haus kommen

Das Fernsehen neu entdecken – das wollten sie nicht. Doch die privaten Veranstalter sind entschlossen, dem Medium neue Impulse zu geben. So soll es künftig auf den Bildschirmen lockerer, unterhaltsamer und gerade auch im politischen Bereich – spontaner zugehen.

Von ERICH VOGT

Als erstes Unternehmen, gestützt vom Gewicht und Geld der Deutschen Genossenschaftsbank, beantragte die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) bereits Anfang 1983 einen Kanal auf dem ECS-1-Satelliten. Zu einer Zeit also, als die Bundespost noch beide ECS-Kanäle ausschließlich für die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten reserviert hatte.

Beim Start des Kabelpilotprojektes war die PKS denn auch der einzige Veranstalter, der ein Fernseh-Vollprogramm vorstellen konnte. Dagegen waren sich die damaligen Konkurrenten und heutigen Partner, vor allem die Verleger, bis zum Sommer 1983 allenfalls darin einig, einen Alleingang der PKS zu verhindern, sagt heute zurückblickend der Geschäftsführer der PKS, Jürgen Doetz, der einst dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel als stellvertretender Pressesprecher diente.

Wenn sich am 1. Januar „SAT 1“ den Zuschauern vorstellt, kann die PKS, die mit etwa 60 Prozent Sendeanteil am „SAT 1“-Programm beteiligt ist, bereits auf wichtige Erfahrungen mit dem Medium Kabel- und Satellitenfernsehen zurückblicken.

Eigentlich wäre sie lieber als Programmveranstalter aufgetreten. Aber aus „politischen Gründen“ hat die PKS den „SAT 1“-Kompromiß geschluckt. Ganz glücklich ist die PKS nicht über die konzeptionelle Vorgabe des Konsortiums, das Information mit viel Unterhaltung anbieten will. Doetz glaubt vielmehr, daß die umgekehrte Gewichtung erfolgversprechender wäre.

Eine gewichtige Rolle bei dieser

Rollenvorgabe dürfte der PKS-Lieferant und Filmhändler Leo Kirch gespielt haben. Denn Kirch kontrolliert nicht nur wesentliche Teile des Spielangebots der deutschen Rundfunkanstalten, er dominiert mit seinen Filmen auch das Programmangebot der PKS. Ohne die Programmzusätze Kirchs müßte die PKS des Öfteren den „Weißen Fleck“ senden, da die Herren von der Deutschen Genossenschaftsbank zwar über Geld verfügen, aber kein geeignetes Unterhaltungsprogramm auf die Beine stellen können. Daß er – konsequenterweise – bereits den nächsten Schritt, den Eintritt ins PAY-TV (Gebühren gehen direkt an den jeweiligen Anbieter des Programms) vorbereitet, zeigt, daß Kirch seine führende Stellung auf dem Spielmarkt festigen will.

Das Programm der PKS hat in der Pilotphase bei den Zuschauern viele Freunde gewonnen. Infratest- und Allensbach-Studien weisen ganz klar aus, daß das PKS-Programm in München in der Beliebtheitskala weit vor ARD und ZDF liegt. Für die künftige Akzeptanz des „SAT 1“-Programms

Die NEUEN Medien

eine höchst erfreuliche Ausgangsbasis. Und darüber können sich Doetz und Kirch freuen.

Publikumswirkung, ja erfolgreich, aber leicht sei das Programm, sagen „Kollegen“ von der öffentlich-rechtlichen Konkurrenz. Es gebe null Information, null Background, keine pädagogisch wertvollen Programme für Kinder oder Erwachsene.

Diese Kritik könne nicht dem Holzbirck-Verlag geübt werden, denn der Verlag stehe für journalistische Seriosität, wehrt der Stuttgarter Medienkonzern ab. Sein Wirtschaftsmanager, WM, das jeden Montagabend im „SAT 1“-Programm laufen wird, soll diesen Anspruch untermauern. Den Sachverstand seiner Wirtschaftsredakteure (immerhin gehören „Wirtschaftswoche“, „Handelsblatt“ und die Verbraucherzeitschrift „DM“ zum Hause) will der Konzern



Zwei Säulen des PKS-Programms: Von der Genossenschaftsbank das Geld, von Leo Kirch die Filme

FOTO: SUSANNE ESCH/DE WELT

mobilisieren, um über den gesamten Bereich unseres Wirtschaftslebens zu informieren. Daneben wird es Ratsschläge für Verbraucher ebenso geben wie konkrete Hinweise für kleine und mittelständische Unternehmen. Einen Wirtschaftsfachmann mit TV-Erfahrung, Friedrich Busch, hat sich der Verlag von der ARD geholt, der, ausgestattet mit viel Humor und Witz, den trockenen Wirtschaftszusammenhängen Leben und Esprit geben soll.

Zwar wisse man nicht, ob alle Züge, die wir bestiegen, auch ankommen werden“, erklärt der verantwortliche Leiter im Holzbirck-Verlag für die Neuen Medien, Eckhard Rahlenbeck, aber halbherzig einsteigen dürfen wir auch nicht. Mit einer Rendite für die ersten fünf Jahre rechnet die Geschäftsleitung jedoch nicht. Obwohl der Verlag über beträchtliche Ressourcen verfügt, um Erfolg werden kann das Unternehmen „SAT 1“ in der Investitionsphase nur, wenn alle Verlage ihre spezifischen Marktstärken zusammenführen.

Seinen Part spielen im „SAT 1“-Programm der Verlage will der Ra-

vensburger Otto-Maier-Verlag, bekannt als Produzent von Bildern- und Taschenbüchern, von Puzzles, Puppen und Hobby-Programmen.

Fernseherfahren ist der Traditionsvorläufer schon. Sein bisheriges Engagement in den Kabelpilot-Projekten Ludwigshafen und München, wo er als Programm-Macher eine wöchentliche Kindersendung herstellte, war vielsprechend. Den in München eingeschlagenen Weg, mit 50 Prozent Eigenproduktionen im Programm vertreten zu sein, will Maier auch im „SAT 1“-Konsortium weitergehen. Mit seinen Nachmittags- und Abendsendungen „Quips“, „Siehe“, „Treff-Punkt“, „Krokodil“ und „Jux-Box“ sollen allen Sechsbis-14-Jährigen viel Wissen und Unterhaltung spenden.

Der Maier-Verlag ist davon überzeugt, daß die Neuen Medien mit ihrem alternativen Programmangebot das Freizeitverhalten gerade der Kinder stark beeinflussen werden. Kinder, so glaubt man in Ravensburg, sprechen bei der Kanalwahl ein gehöriges Wort mit – sie beeinflussen die Programmwahl und damit die Einschaltquoten. Und für werbestützige Programme, das weiß man, sind Einschaltquoten alles.

Eine andere, ebenso wichtige Zielgruppe will die Kabel Media Programmgesellschaft, kurz „KMP“, ansprechen. Mit Video-Clips, jenen dreißigminütigen Videoverfilmungen aktueller Pop- und Rockmusik, garniert mit Informationen und Klatsch und Tratsch aus der Musikszene, will der langjährige CDU-Medienspezialist und heutige KMP-Geschäftsführer Wolfgang Fischer alle 14- bis 30-Jährigen an seine „Music-box“ binden.

Fischers Programmkonzept lehnt sich eng an das Sendeformat des überaus erfolgreichen amerikanischen Popmusikkanals „MTV“ an, der rund um die Uhr etwa 20 Millionen Zuschauer mit Musik nonstop versorgt. Jedoch will Fischer seine Show mit Interviews und einem „Talentschuppen“ anreichern.

Weniger laut zugehen wird es, wenn sich jeden zweiten Sonntag zur Mittagszeit das Magazin F.A.Z. IT der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ meldet, das sich vornehmlich mit Wirtschaft, Politik und Kultur beschäftigt.

Morgen in der WELT: Fernsehen ohne Grenzen – ein Weg mit Hindernissen

Der Fiskus in Rom verstopft die Schlupflöcher

Vom 1. Januar 1985 an werden in Italien erstmals auch jene vier Millionen Einzelhändler, Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Freiberufler zur Kasse des Fiskus gebeten, die sich ihr bisher weitgehend zu entziehen vermochten. Das Mittel dazu liefert eine in dieser Woche von der Regierung erlassene Steuerverordnung.

Von GÜNTHER DEPAS

Das Instrument, das den Steuerhinterziehern in Italien in Zukunft das Leben sauer machen wird, heißt Einschätzung durch den Fiskus nach branchenüblichen Richtsätzen. Es tritt an die Stelle der bisherigen Selbstveranlagung, die zu vielen Steuerpflichtigen die Möglichkeit ließ, durch die Maschen des Fiskus zu schlüpfen.

An dem Prinzip der Einschätzung und der Gefahr, daß dabei die Steuerzahler der Willkür der Fiskalbehörden ausgeliefert werden könnten, drohte die Reform von Finanzminister Bruno Visentini in den letzten Wochen mehrmals zu scheitern. Nur der Angst der fünf Koalitionsparteien, wenige Monate vor den Mitte-Mai kommenden Jahres stattfindenden Kommunalwahlen eine Regierungskrise vom Zaun zu brechen und der Hartnäckigkeit, mit der der Professor der Finanzwissenschaft und ehemalige Präsident des Informations-Konzerns Olivetti seine Vorstellungen durchsetzte, ist es zu verdanken, daß die Lobby der Einzelhändler und des Handwerks nicht doch die Oberhand gewann.

Stärker als diese Lobby und die Protestaktionen, mit denen sie in den letzten Wochen die Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen versuchte, erwies sich auch die Rückendeckung, die Bruno Visentini von seiner eigenen Partei, der republikanischen, den Sozialisten und den Gewerkschaften erhielt. Die Sozialistische Partei vor allem ließ sich nicht die Gelegenheit entgehen, empörte Schlagworte wie Steueramoral und Steuergerechtigkeit auf ihr Reformbanner zu heften. Schließlich hatte sie diesmal das ungewohnte Glück, daß die Zahlen ganz auf ihrer Seite standen.

Diese Zahlen lieferte ein im Frühjahr dieses Jahres veröffentlichtes Weißbuch des Finanzministeriums mit den Steuererklärungen des Jahres 1982. Es lieferte den Nachweis, daß die selbständig Erwerbstätigen in vergleichbaren Verdienstpositionen durchweg niedrigere Einkommen als die Lohn- und Gehaltsempfänger erklärten.

So gaben die Inhaber von Einzelhandelsbetrieben ein Jahreseinkommen von 6,6 Millionen Lire (eine Million Lire = 1670 Mark) an, während ihre Mitarbeiter ein Einkommen von durchschnittlich 9,5 Millionen Lire versteuern mußten. Im Durchschnitt erklärten die freien Unternehmer ein Jahreseinkommen von 8,4 Millionen Lire, womit sie nicht nur unter dem mittleren Jahreseinkommen der Angestellten (11,7 Millionen Lire), sondern auch unter dem der Arbeiter (8,7 Millionen Lire) lagen.

Nach Berechnungen der Steuerverwaltung hätte der Staat im vergangenen Jahr zwischen 26 000 und 30 000 Milliarden Lire an Einkommenssteu-

ern und mindestens 22 000 Milliarden Lire an Mehrwertsteuer zusätzlich eingenommen, wenn jeder Steuerbürger seine Pflicht getan hätte. Gleichzeitig wäre das Haushaltsdefizit um die Hälfte niedriger ausgefallen.

Kein Wunder, daß sich bei der Betrachtung dieser Zahlen Ressortchef Bruno Visentini nach eigenem Eingeständnis „von Ekel ergriffen“ sah und der erste sozialistische Ministerpräsident Italiens in dieser Nachkriegszeit, Bettino Craxi, die Verabschiedung des Steuererlasses mit der moralischen Notwendigkeit begründete, daß „die Händler wenigstens soviel Steuern zahlen wie die Arbeiter“.

Mit den Händlern werden jetzt auch den sonstigen Selbständigen die Steuerschrauben angesetzt. Daß es dabei nicht zu Übergriffen des Fiskus kommt und untreue Steuerbeamte nicht die Gelegenheit erhalten, Schmiergelder einzustreichen, hat Bruno Visentini auf ausdrücklichen Wunsch der christlichen Demokraten, der Liberalen und der Sozialdemokraten in sein Reformpaket eine Garantieklausel eingebaut. Diese Klausel bestimmt, daß die Einschätzung nicht auf Grund des vorhandenen Vermögens oder des sichtbaren Lebensstandards, sondern ausschließlich nach dem Einkommen erfolgen darf.

An der Grundkonzeption der Reform, mehr Steuergerechtigkeit und mehr Geld für den Staat, ändert dies indes nichts. Entscheidend ist, daß mit der Einschätzung durch den Fiskus, die laut Visentini schon die alten Römer kannten, die italienische Regierung zum ersten Mal ein wirklich erfolgversprechendes Mittel im Kampf gegen die Steuerhinterzieher einzusetzen begonnen hat.

Nach der Definition des christlich-demokratischen Schatzministers Giovanni Goria: „Ein grober Keil auf einen groben Klotz“, wird die Zwangsveranlagung, die nunmehr an die Stelle der Selbstveranlagung tritt, eine Revolution auslösen. Hunderttausende, die bisher dem Fiskus gerade das Notwendigste erklärten, werden jetzt in seinen Maschen hängen bleiben.

In Steuervolumen ausgedrückt, hofft die italienische Regierung damit, im kommenden Jahr mindestens 5000 Milliarden Lire zusätzlich einkommen zu können. Innerhalb von drei Jahren sollen insgesamt 30 000 Milliarden Lire eingenommen werden, wozu die Maschen offensichtlich im Laufe der Zeit noch weiter angezogen werden müssen. Schon auch deshalb, weil die Regierung den Gewerkschaften als Preis für ihre Unterstützung bei der Reform versprochen hat, im Jahr 1986 die Steuerprogression der Lohn- und Gehaltseinkommen etwas zu lockern.

Beides, die Lockerung des inflationsbedingten Fiscal Drags auf der einen, und der intensive Kampf gegen die Steuerhinterzieher auf der anderen Seite, soll in den Plänen von Finanzminister Bruno Visentini in einigen Jahren ein besseres Gleichgewicht zwischen selbständig und unselbständig Erwerbstätigen herbeiführen. Heute ist dieses Gleichgewicht von Grund auf gestört: Während die Lohn- und Gehaltsempfänger am Nationaleinkommen nur mit 55 Prozent beteiligt sind, zahlen sie immerhin 71 Prozent der Einkommenssteuer.

Der Monsignore mit dem einnehmenden Wesen

Von W. WESSENDORF



Pfarrer Wilhelm Schepers

Er fragt nicht nach dem Gesangbuch, der katholische Pfarrer Wilhelm Schepers aus Resthausen bei Cloppenburg. Scheckbücher sind ihm lieber, vor allem wenn die Vordrucke namhafte Beträge und gültige Unterschriften ausweisen. Denn der 71-jährige Geistliche, dem Papst Paul VI. den Titel eines Monsignors verliehen hat, läßt sich ungestraft als Bettler titulieren.

Der kernige Ostfrieser mit maritimer Vergangenheit dringt – vor allem auch um die Weihnachtszeit – mit bischöflichem Segen in Chefetagen großer Konzerne vor, um für sein Lebenswerk die erforderlichen Mittel zusammenzutragen. Schepers kauft Grundstücke, verschenkt sie an Auswanderer aus der „DDR“ und aus Polen, baut für sie Häuser und Höfe. „Ich weiß nicht, wieviel Millionen bisher zusammengekommen sind“,

sagt der Bettler von Gottes Gnaden. Dafür hat er andere Zahlen im Kopf: 1066 Häuser sind bereits gebaut worden, 220 Gebäude werden gegenwärtig hochgezogen und 150 Heime sind geplant.

„Ich zähle gern Geld“, sagt er, „hartnäckig beim Betteln muß man sein“, betont er und verrät schmunzelnd: „Nach dem Gesangbuch habe ich nie gefragt.“ Er nennt sich einen Patrioten. Das sei königlicher Dienst, und das Bauen für Flüchtlinge „ein wahrer Gottesdienst“.

Während er von seinem ersten Großprojekt Neu-Böseckendorf dieses der deutsch-deutschen Grenze berichtet, läßt er sich einen Cognac munden. Und er erzählt von den Anfängen. In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1981 knieten in der Heimkehrer-Kirche zu Friedland 17 Männer, 15 Frauen und 28 Kinder, die über die Minenfelder in den Westen geflohen waren, vor Lagerpfarrer

Schepers. „Helfen Sie uns, wir möchten alle zusammenbleiben, wo finden wir eine neue Heimat?“

Schepers begann zu sammeln und Grundstücke zu kaufen, und langsam entstand Neu-Böseckendorf. Es folgten weitere Investitionen, Höfe für die Landwirtschaft, Einfamilienhäuser mit kleinen Gärten. Und unermüdlich ist der rüstige Ostfrieser unterwegs, neue Geldmittel herbeizuschaffen. Der ehemalige Flüchtlingsbischof der Bundesrepublik und Bischof von Hildesheim, Heinrich Maria Janssen, stellt sich voll hinter Schepers, denn: „Wohnbau ist gleich Dombau.“

Noch heute steht dem früheren Matrosen und Marinepfarrer in Norwegen, Finnland und Rußland die Zornesröte auf der Stirn, wenn er die Lieblingsgeschichte seiner Bettelkinder erzählt. Von einem betuchten Industriellen sollte er durch die Sekretärin mit einem Scheck über 100 Mark ab-

gepeist werden. „Ich bin doch kein Franziskaner“, hatte er daraufhin geantwortet, sei an der Sekretärin vorbei ins Chefzimmer gerauscht. Und siehe da, der rheinische Großindustrielle ließ sich im persönlichen Gespräch erweichen. Mit einem Scheck über 60 000 Mark in der Brieftasche sei er lächelnd an der Sekretärin vorbei hinausgegangen.

Mit zwei Herzinfarkten hat er seinen Einsatz bisher bezahlen müssen, der Seefahrer mußte er ebenso Adieu sagen wie dem Dienst als Lagerpfarrer in Friedland. Seit 1972 ist er Bettler und Bauherr mit Gespür für neue Aktionen. Wenige Wochen vor Weihnachten, wenn die ersten Aufsichtsrats- und Vorstandssitzungen der Firmen noch bevorstehen, bringt er seine Bettelbriefe zur Post. „Eine Aktion, die sich lohnt“, freut sich der Monsignore mit dem einnehmenden Wesen. „Denn jede Mark ist ein neuer Baustein, um Leid zu mindern.“

Der Platin Noble - ein Investment für die Zukunft.

Denn der Preis für Platin wird durch die Nachfrage aus zukunftsorientierten Technologien bestimmt. Medizin, Chemie und hochwertige Technik kommen ohne Platin nicht mehr aus.

Der Platin Noble besteht aus einer Unze (31,1 g) reinem Platin.

In jeder unserer Geschäftsstellen ist der Platin Noble leicht zu kaufen. Das Aufgeld beim Kauf ist niedrig. Der Verkauf ist einfach und unser Rückkaufpreis günstig.

Übrigens: Ab 1. 1. 1985 ist der Platin Noble in Luxemburg mehrwertsteuerpflichtig.

Auch wenn Sie noch kein Konto bei uns haben, beraten wir Sie gern über die Anlagemöglichkeit in Platin.



Vorderseite



Rückseite

Die Abbildungen entsprechen etwa der Originalgröße.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Bonn glaubt nicht an „Eiszeit“ aus Moskau

Entspannung nicht über die Bundesregierung hinweg

THOMAS KIELINGER, Bonn
Die Bundesregierung ist nicht der Meinung, daß die von Moskau gesteuerte Revanchismus-Kampagne auf eine Taktik schließen lasse, Bonn langfristig auf Eis zu setzen. Um die Bundesrepublik könne man, falls sich eine neue Entspannung zwischen Ost und West anbahnen sollte, „keinen Bogen machen“, meinte ein höherer Regierungsbeamter erläuterte.

„Dies sei auch nicht im Interesse der Osteuropäer, und auch nicht im Interesse Moskaus. Schon im Januar wird der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Antonow mit einer Delegation seine aufgeschobene Reise nach Bonn nachholen, zu umfangreichen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsgesprächen. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsgespräche schließen sich daran an.“

In Bonn sieht man in diesen Daten den roten Faden des östlichen Verhaltens. Die aufgeheizte anti-deutsche Rhetorik dagegen sei einzig ein Mittel zum Gebrauch innerhalb der Sowjetunion und des Warschauer Pakts, wo man sich für die Feiern zum Jahrestag der deutschen Kapitulation gleichsam in Schwung bringt. Hochrangige Kontakte zur anderen Seite, die die Bundesregierung auch in Bonn aufrechterhält, vermitteln ebenfalls dieses Bild.

Auch Bonns Verbündete sind diplomatisch darauf vorbereitet, keine sowjetische doppeldeutige Politik entstehen zu lassen, die auf Erwärmung der Beziehungen zum Westen abzielen könnte, unter gleichzeitiger Isolierung der Bundesrepublik. Über dieses Thema wurde bereits während des Kanzler-Besuchs in Washington und auf den jüngsten NATO-Ministerratstagungen in Brüssel gesprochen.

Die Zuversicht in der Analyse der

Großwetterlage erlaubt der Bundesrepublik allerdings nicht, über den Ausgang aktueller Probleme, wie etwa der Lage der in die deutsche Botschaft in Prag geflüchteten Menschen, Genaueres vorhersagen zu können. Im Gegenteil: Man ist in Bonn sehr besorgt, daß sich der Zustand in Prag während der Feiertage zuspitzen könne. „Es ist nicht berechenbar, wozu sich einige der Geflüchteten gedrängt sehen könnten“, sagte ein Beamter wörtlich.

Bonn weiß zur Zeit keinen besseren Rat an die Adresse der Flüchtlinge, als sich den Zusagen des Ostberliner Rechtsanwalts und Mittelsmann Vogel anzuvertrauen und auf die endgültige legale Ausreisegenehmigung aus der „DDR“ zu bauen.

Die Reise Genschers nach Prag wurde ausdrücklich vom Kanzler gebilligt, allerdings unter Widerspruch einiger seiner Berater. Kohl ließ sich unter anderem von der Überlegung leiten, daß der „von Profilproblemen“ geplagte Außenminister diese Reise benötige. Diese Probleme dürften im neuen Jahr eher zu abnehmen, vor allem, wenn Genscher erst einmal den FDP-Vorsitz an seinen Nachfolger, Manfred Bangemann, abgegeben hat.

Verwundert reagierte man im Kanzleramt über die kürzliche Initiative des außen- und sicherheitspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion Eduard Lintner, der für 1985 eine „realistischere Sprache“ gegenüber der „DDR“ ankündigte. Dieser Schritt, war nicht einmal mit Mitternachts abgeprochen, wie es heißt, noch mit der Fraktionsführung in Bonn. Alfred Dregger habe „überhaupt kein Interesse daran, daß der Eindruck entsteht, jetzt solle scharf gegen die DDR vorgegangen werden“.

Der Boykott der Tiergarten-FDP gefährdet Wahlerfolg der Liberalen

Bezirksausschuß stellt keine Liste auf / Rasch: Gegner sollen Partei verlassen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Berliner Liberalen wollen sich auch durch den beschlossenen Wahlboykott der FDP im Bezirk Tiergarten nicht irritieren lassen, sondern setzen bei den Wahlen am 10. März 1985 auf Sieg. Wie sich bereits abzeichnete, beschloß der Bezirksausschuß dieses Kreises mit 11:5 Stimmen, keine Wahlkarte einzureichen. 1981 erhielten die Liberalen in diesem Bezirk rund 2500 Stimmen oder 0,2 Prozent des Landesergebnisses von 5,6 Prozent. Dieser Verlust muß jetzt durch andere FDP-Bezirke wettgemacht werden.

Die Aktion der zum linken Flügel zählenden Tiergartener – mit 42 Mitgliedern kleiner der 12 FDP-Bezirke – hatte bereits auf dem FDP-Parteitag im November hohe Wellen bis in die FDP-Bundeszentrale geschlagen. Im Beisein des FDP-Vorsitzenden in spe, Martin Bangemann, brachte damals die Boykott-Gruppe aus Tiergarten den Antrag ein, Berliner FDP möge sich insgesamt aus Gründen der „Selbstachtung und Selbstachtung“ nicht an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligen.

Dieses Ansinnen wurde zwar mit 173 Nein-Stimmen verworfen, doch überraschte die erhebliche Zahl von 71 Zustimmungen und drei Enthaltungen. Das damit auch bekundete Unbehagen am Landesvorstand und dem Vorsitzenden Walter Rasch reichte bis weit in das rechte Spektrum hinein.

Rasch nahm am Mittwochabend an der entscheidenden Abstimmung in Tiergarten teil und verurteilte, einen vernünftigen Beschluß zustande zu bringen. Er hatte bis zuletzt die Hoffnung gehegt, diesen eher psy-

chologisch als politisch erheblichen Beschluß durch „Seelenmassage“ zu verhindern. Die Marschroute, sich durch die Verweigerung aus diesem Außenseiter-Bezirk nicht beirren zu lassen, stand jedoch seit längerer Zeit fest.

Rasch gab sich deshalb auch im Gespräch mit der WELT ausgesprochen gelassen: „Nicht einmal die Opposition bestreitet, daß unsere Politik für Berlin seit 1981 sehr erfolgreich war. Nur in der Partei gibt es eine kleine Gruppe, die mit der damaligen Entscheidung, den Weizsäcker-Senat mitzutragen, und mit der Mehrheitsveränderung innerhalb der FDP nicht einverstanden ist. Die Verweigerung von Tiergarten ist der Preis dafür. Aber er ist akzeptabel, weil es auf Tiergarten nicht ankommt.“

Der FDP-Vorsitzende will den Vorgang positiv nutzen: „Ich bin sehr motiviert und überzeugt, daß die FDP am 10. März siegen wird, weil der Bürger zum zweitenmal erkennt, daß es jetzt recht auf die FDP ankommt. Die Berliner werden nicht hinnehmen, daß 16 Mitglieder eines Bezirksausschusses versuchen, eine derart erfolgreiche Politik für Berlin zu boykottieren.“ Zugleich forderte Rasch die betroffenen Mitglieder auf, „entsprechend ihren eigenen Vorstellungen von Moral die FDP zu verlassen“. Im übrigen hätten die Tiergartener „satzungswidrig und parteischädigend“ gehandelt.

Das Abstimmungsergebnis löste zunächst in der Bonner Parteizentrale besorgte Rückfragen bei Rasch aus. Er beruhigte das Bonner Büro jedoch: „Wenn von den restlichen elf Bezirken auch nur jeder 200 Stimmen mehr als 1981 holt, ist der Aus-

fall von Tiergarten schon ausgeglichen“, sagte er der WELT.

Durch das Nein des Bezirks Tiergarten können die rund 90 000 Einwohner dieses Berliner Stadtteils am 10. März 1985 der FDP nicht ihre Stimme geben, weil die Partei nicht auf der Liste aufgeführt wird. Durch zahlreiche politische Gespräche im Vorfeld konnte eine ähnliche Entwicklung im Nachbarbezirk Charlottenburg abgewendet werden (die WELT berichtete). Dort wahrte die Partei zwar die Chance, die Zweitstimme des Wählers zu holen, stellte allerdings keinen Direktkandidaten auf.

Rasch stützt sich in seiner optimistischen Betrachtungsweise der Lage auch auf jüngste Ergebnisse neuer Umfragen des Instituts Allensbach. Der Bonner FDP war vor wenigen Tagen signalisiert worden, die erste grobe Auswertung einer umfassenden Meinungsbefragung in Berlin sehe die Liberalen „knapp unter der Fünf-Prozent-Grenze mit deutlichem Aufwärtstrend“. 1981 erhielt die SPD/FDP-Senats unter Hans-Jochen Vogel fixierte Partei nur rund 6000 über der Fünf-Prozent-Grenze.

Eine speziell auf Tiergarten gemünzte Variante der Allensbach-Umfrage ergab, daß dort nur zehn Prozent der FDP-Sympathisanten, die 1981 FDP wählten, mit dem Wahlboykott einverstanden seien. 70 Prozent sprachen sich für eine Wahlbeteiligung aus.

Inzwischen bereitet sich in der Stadt eine prominente Gruppe aus Wirtschaft und Kultur darauf vor, eine Initiative „Bürger für Berlin“ zu gründen. Sie will um Zweitstimmen für die Liberalen werben.

Die Beschlüsse der letzten Bundesrats-Sitzung 1984:

Weg frei für Etat 1985 – 300 Millionen Saarhilfe

DW, Bonn

In seiner letzten Sitzung vor dem Jahreswechsel hat der Bundesrat gestern dem Bundeshaushalt 1985 in Höhe von 259,34 Milliarden Mark zugestimmt. Er sieht eine Ausgabensteigerung von 0,9 Prozent und eine Verringerung der Neuverschuldung von weniger als 30 Milliarden Mark in diesem auf knapp 25 Milliarden im kommenden Jahr vor.

Die in sachlichem Ton geführte Debatte war gekennzeichnet durch parteipolitische Differenzen in der Bewertung von Bundeshaushalt und Wirtschaftslage. Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel (CDU) hoben vor allem den Vorrang der Haushaltskonsolidierung hervor. Stoltenberg betonte, auf diesem Wege sei die Bundesregierung erheblich vorangekommen: Die Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden zeigten eindeutig sinkende Tendenz. Hinsichtlich der Geldwertstabilität sei die Bundesrepublik erstmals seit fünfzehn Jahren wieder „Weltmeister“.

Ministerpräsident Vogel forderte, die Politik der Haushaltskonsolidierung müsse sich in den Dienst des Abbaus der Arbeitslosigkeit stellen. Er sprach sich dafür aus, die Steuern auch nach der Steuerreform 1986/88 in der neuen Wahlperiode weiter zu senken. Den Bund forderte Vogel auf, bei allen Beschlüssen die finanziellen Möglichkeiten der Länder zu berücksichtigen, weil diese durch Tarif- und

Besoldigungserhöhungen besonders betroffen seien.

Die Ländervertretung hat ferner dem Gesetz zur Gewährung einer Investitionshilfe an das Saarland in Höhe von 300 Millionen Mark für die Jahre 1985–1987 zugestimmt. Damit sollen die Verkehrsinfrastruktur, neue Arbeitsplätze und die Erschließung von Gewerbeflächen gefördert werden. Bundesfinanzminister Stoltenberg begründete die Unterstützung damit, das Saarland habe durch seinen verspäteten Anschluss an die Bundesrepublik nach wie vor Nachholbedarf.

Bremen und Nordrhein-Westfalen enthielten sich der Stimme, weil die unionsregierten Länder den Antrag Bremens abgelehnt hatten, wegen seiner geschwächten Wirtschaftsstruktur Hilfe in gleicher Höhe zu erhalten. Bremens Antrag, wegen der Ungleichbehandlung den Vermögensvergleich anzufragen, lehnten die unionsregierten Länder ebenfalls ab.

Verworfen wurde auch der Antrag Bremens, Hamburgs, Hessens und Nordrhein-Westfalens, der hervorhob, daß der Etat 1985 zu wenig für den Abbau der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Umweltbedingungen und eine sozial gerechte Lastenverteilung tue. Anstelle der verworfenen Investitionshilfenabgabe sei im Sinne der „sozialen Symmetrie“ eine nicht rückzahlbare Ergänzungsbilanzabgabe auf höhere Einkommen dringend erforderlich.

Krankenhausfinanzierung

Die Reform der Krankenhausfinanzierung kann zum 1. Januar 1985 in Kraft treten, nachdem der Bundesrat gestern mit der Mehrheit der unionsgeführten Länder dem Gesetz zugestimmt hat. Damit sind – statt, wie bisher, der Bund – von 1985 an die Länder für die Förderung der Krankenhausinvestitionen zuständig. Bundesgesundheitsminister Blum kündigte den Ländern Vorschläge zur Änderung der Bundespflegesatzverordnung an.

Während der hessische Sozialminister Armin Claus (SPD) den zwischen Bund und Ländern erzielten Kompromiß als „Stückwerk“ bezeichnete, der bald eine „Reform der Reform“ notwendig machen werde, hob sein rheinland-pfälzischer Kollege Rudi Gell (CDU) insbesondere den durch das Gesetz bewirkten Anreiz zu wirtschaftlicherer Betriebsführung der Krankenhäuser hervor. Er werte-

te die Tatsache, daß die Pflegesätze künftig voraussichtlich und zwischen Kliniken und Krankenkassen ausgehandelt werden sollen, als echten Kompromiß, mit dem die Krankenhauskosten gedämpft werden könnten. Dies gelte auch für den Fall der Nichtteuerung, wenn eine paritätisch besetzte Schiedsstelle mit einem neutralen Vorsitzenden entscheiden müsse. Blum hob hervor, daß das Gesundheitswesen bezahlbar bleiben müsse. Diese Reform sei ein erster wichtiger Schritt auf diesem Wege, weil es gelungen sei, im Pflegesatzbereich durch die Abkehr vom Erstattungsprinzip eine wichtige Kostenbremse einzubauen. Zugleich sei mit dem Gesetz die Pluralität der Krankenhäuser gewährleistet. Das sei wichtig, weil insbesondere die kirchlichen und freigemeinnützigen Kliniken durchschnittlich um 20 Mark niedrigere Pflegesätze hätten als die staatlichen Krankenhäuser.

Renten steigen um ein Prozent

Die Änderungen der gesetzlichen Rentenversicherung, denen der Bundesrat gestern ebenfalls zugestimmt hat, werden zum 1. Januar 1985 in Kraft treten. Die Rentenpunkte um 0,2 auf 18,7 Prozentpunkte zu erhöhen. Gleichzeitig werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um den gleichen Betrag auf 4,4 Prozentpunkte gesenkt. Zur Überbrückung erwarteter Liquiditätsengpässe in der Rentenversicherung soll außerdem der monatliche Bundeszuschuß vorzeitig ausbezahlt werden. Darüber hinaus können die Rentenversicherungsträger zinslos Betriebsmittelkredite des Bundes bis zu fünf Milliarden Mark in Anspruch nehmen, die bis Ende des Jahres zurückzuzahlen sind.

Die CDU/CSU-Mehrheit lehnte den Wunsch der SPD ab, die Renten Mitte des kommenden Jahres um mehr als die geplanten 1,07 Prozent zu erhöhen.

Ein Antrag Hessens auf eine Erhöhung um 3,2 Prozent gemäß der Lohnentwicklung fand keine Mehrheit. Dazu sollte die gleichzeitig vorgesehene Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags der Renten von jetzt drei auf fünf Prozent verzichtet werden. Auch der von Bayern, Berlin und dem Saarland eingebrachte Antrag, Kleinrentner weniger hoch als beabsichtigt mit dem Krankenversicherungsbeitrag zu belasten, wurde abgelehnt.

Der Bundesrat beschloß ferner, das Arbeitslosengeld für über 49 Jahre alte Arbeitslose bis Ende 1989 zu erhöhen, wenn sie während der letzten sieben Jahre mindestens sechs Jahre beitragspflichtig beschäftigt waren. Für den selben Zeitraum soll die Sperrfrist für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes von jetzt acht auf zwölf Wochen verlängert werden, falls die Arbeitslosigkeit durch eigenes Verschulden entstand.

Herzog: Neuer Rekord an Ausbildungsplätzen

Baden-Württemberg hat Lehrstellen-Problem gelöst

KING-HU KUO, Stuttgart
Baden-Württemberg hat als einziges Bundesland das Lehrstellenproblem faktisch gelöst. Der neue Stuttgarter Wirtschaftsminister Martin Herzog (CDU) erklärte gestern in Stuttgart, das Ausbildungsjahr 1984 habe im Südwesten den bisherigen „Höchststand an Ausbildungsplätzen“ gebracht. Die 111 000 neu abgeschlossenen Verträge bedeuteten eine Steigerung von 6800 Lehrstellen mehr als 1983.

Mit Befriedigung kommentierte Herzog diese überaus erfreuliche Entwicklung, die es außer in Bayern sonst nirgendwo in der Bundesrepublik gebe, mit den Worten: „Statt der zu Jahresanfang vorausgesagten Lehrstellenkatastrophe gibt es einen einsamen Ausbildungsrekord.“ Damit habe das Land erneut seine „absolute Spitzenstellung“ in der Bundesrepublik auch in diesem Bereich gehalten und ausbauen können.

Herzog verwies darauf, daß die Zahl der Ende dieses Monats bei den Arbeitsämtern als noch unversorgt gemeldeten Lehrstellenbewerber zwischen 3000 und 4000 liegen werde. Sie sei damit nicht höher als im Vorjahr. Da jedoch an den beruflichen Vollzeitschulen durch eine Aufstockung vorhandener und die Einrichtung neuer Klassen zusätzlich 5500 Plätze zur Verfügung gestellt werden, könne das Lehrstellenproblem in diesem Bundesland als „weitgehend“ nicht mehr existent betrachtet werden, so der Minister weiter.

Neben der „ungebrochen hohen

Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft“, für die der Minister sich ausdrücklich bedankte, seien auch die Fördermaßnahmen der Landesregierung die Ursache für diese positive Entwicklung. So hätten die verschiedenen Kammern „Sonderlehrgänge“ an Standorten mit einem schwachen Angebot an Ausbildungsplätzen eingerichtet. Bis zu 600 Teilnehmerplätze könnten dabei finanziert werden.

Herzog erwähnte ferner das „Sondermodell für Mädchen“. An vier Orten seien hier Ausbildungsmöglichkeiten zur Bürohilfin gegründet worden. Und zwar für solche Bewerberinnen, die bereits eine „Warteschleife“ in einer zweijährigen Berufsschule hinter sich gebracht haben.

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Stuttgart, Roland Klett, sagte, auf die IHKs entfielen „mehr als die Hälfte“ der Ausbildungsstellen. Hier betrug der Zuwachs in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr acht Prozent oder 4300 Verträge mehr. Auch hier seien entsprechende Prognosen seiner Organisation zunächst „stark angezweifelt“ worden. Jetzt seien sie von der Realität jedoch „übertroffen“ worden.

Der zweite große Block der Lehrstellen, nämlich 36 Prozent, wird vom Handwerk angeboten. Der Präsident des baden-württembergischen Handwerksrates, der Bundestagsabgeordnete Rudolf Ruf, teilte mit, daß das Handwerk 1800 (fünf Prozent) Ausbildungsplätze mehr zur Verfügung gestellt habe als im Vorjahr.

Der Teilausstieg aus Brokdorf ist für die SPD in Hamburg nur der Anfang

UWE BAHNSEN, Hamburg

In der Hamburger SPD, die vor drei Jahren wegen des Reizthemas Brokdorf fast zerbrochen wäre und sich in aller Eile nach einem Nachfolger für den deshalb zurückgetretenen Bürgermeister Hans-Ulrich Klose umsehen mußte, schlägt die Energiepolitik erneut hohe Wellen. Was Klose 1981 aus primär ideologischen Gründen ins Werk zu setzen versuchte und nicht zustande brachte, den Ausstieg der Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) aus dem Kernkraftwerksprojekt Brokdorf an der Unterelbe, hat sein Nachfolger Klaus von Dohnanyi jetzt unter Berufung auf wirtschaftliche Sachzwänge jedenfalls zu einem Teil erreicht.

Die HEW reduzieren ihren Anteil an der Kernkraftwerk Brokdorf GmbH von bislang 50 auf 20 Prozent und erhalten dafür von den Käufern, den Nordwestdeutschen Kraftwerken (NWK) und deren Muttergesellschaft, der Preussischen Elektrizitäts-AG (Preag) 337 Millionen Mark. Dieser Betrag entspricht dem Investitionsanteil der HEW in Brokdorf. Weitere 178 Millionen Mark aber, die seit 1974 für das umstrittene Projekt von den HEW-Konten abgeblossen sind, und zwar vor allem für Zinsen und Steuern, sind für das Hamburger Stromunternehmen verloren.

Das ist die eine bittere Pille, die die zu rund 72 Prozent im städtischen Besitz befindlichen HEW schlucken mußten. Die andere ist der gegen Zahlung von 200 Millionen Mark vereinbarte Verzicht auf HEW-Lieferrechte nach Schleswig-Holstein. Da-

mit wurde ein Prozeß zwischen den HEW und den NWK vermieden, bei dem die Hamburger Seite offenbar keine guten Karten gehabt hätte. Der zum linken SPD-Flügel zählende HEW-Aufsichtsratsvorsitzende, Hamburgs Energie Senator Jörg Kubbier, und HEW-Vorstandsmittelglied Gunther Clausen hatten am Mittwoch nachmittag große Mühe, den im HEW-Haus in der City Nord versammelten Journalisten nachzuweisen, daß es sich bei dem für die NWK und die Preag überaus günstigen Deal nicht um einen „Notverkauf“ gehandelt hat. Beide trugen vor, es sei für die HEW darum gegangen, (unbestreitbare) Überkapazitäten in der Stromerzeugung abzubauen und die Investitions- und Ertragskraft des Unternehmens zu stärken.

Wie man aber Überkapazitäten beiseite räumt, indem man Lieferrechte aus der Hand gibt – das bedurfte einiger Erklärungen der HEW-Vertreter. Dabei kam heraus, daß die NWK ohnehin ab 1. Juli 1985 keinen HEW-Strom mehr für ihre Versorgungsgebiete in Schleswig-Holstein abgenommen haben würden.

Der Eindruck, in dieser Sache sei trotz langer Verhandlungen zum Schluß noch mit ganz „heißer Nadel“ genäht worden, verfestigte sich durch Informationen aus der kurz zuvor beendeten Aufsichtsratsitzung: Den Mitgliedern dieses Gremiums, die über die Ermächtigung für den HEW-Vorstand beschließen sollten, die Vereinbarungen mit den NWK und der Preag zu unterzeichnen, lag der Vertragstext nicht vor. Das veran-

laßte Aufsichtsräte zu der Erklärung, sie bestünden auf einer Möglichkeit zu Sachverhandlungen, falls das notwendig sein sollte.

So wurde dem HEW-Vorstand eine entsprechende – zuvor auch vom SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Bürgerschaft verlangte – Auflage erteilt, die Verträge mit diesem Vorbehalt zu kontrahieren. Das aber geschah mit einer weiteren Anweisung: Wenn die eventuellen Nachbesserungswünsche der HEW sich als „nicht konsensfähig“, also nicht durchsetzbar erweisen, sollen die HEW-Unterhändler sie ganz schnell fallen lassen, um die mühsam genug erzielte Einigkeit nicht zu gefährden.

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und sein Energie Senator Jörg Kubbier haben geglaubt, haben, mit dem Teilausstieg aus Brokdorf sei das leidige, weil strittige Thema nun endlich vom Tisch. Doch nur Stunden nach der Aufsichtsratsitzung der HEW meldete sich Hamburgs SPD-Landesvorsitzender Ortwin Runde, der Vordenker des linken Parteiflügels, mit einer Presseerklärung zu Wort, die neues innerparteiliches Dynamit enthielt: Der Verkauf von Brokdorf-Anteilen sei nur „ein erster wichtiger Schritt zum Abbau der durch politische und unternehmerische Fehlentscheidungen aufgetriebenen Überkapazitäten im Grundlastbereich“. Der Verkauf entsprechender HEW-Anteile auch am Kernkraftwerk Krummel sei „wünschenswert“. Es gehe um den „sichtbaren Abschied von Wachstumseuphorie und Verbrauchergigantomanie“.

★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★

Er weiß sicher alles über das Christkind, aber weiß er auch, wie viele Kinder zu August dem Starken „Papa“ sagen konnten?

Waren es 13, 64 oder 352 Kinder? Die Antwort finden Sie in Trivial Pursuit™, dem neuen Parker-Spiel. Wie ein Lauffeuer breitet sich der Freizeitspaß in Deutschland aus. Und wie in Amerika und Kanada finden sich auch hier immer mehr Gruppen spielbegeisterter Erwachsener, in deren Leben es eine neue Sensation gibt: Trivial Pursuit™. 6.000 verblüffende Fragen mit 6.000 unwertend spritzigen und überraschenden Antworten aus sechs Themenkreisen.

Was spielen Sie eigentlich mit Ihren Freunden während der Festtage?

PARKER

Trivial Pursuit™
Das unglaubliche Spielvergnügen.

© Copyright 1984 Hava Ahava International Limited.
Ein Hava Ahava Spiel. Erzeugt von Hava Ahava International Limited, Spezialisten für Unterhaltungsspiele.
„Trivial Pursuit“, hergestellt und vertrieben von CPC Products, in Deutschland von Gammat Mfg. Inc.
Deutsche Lizenzverteilung: 10554 Pöppel 2, Deutschland.

هكذا من الأكل

hungen besonde
vertretung hat diese
Gewährung einer
in das Saarland in
tionen Markt für
7 zugestimmt. Das
verkehrsinfrastrukt
und die Erzie
erheblichen gefinde
finanzminister Sa
dote die Unter
Saarland habe den
Anschluß an de
nach wie vor Na

Nordrhein-Westfa
der Stimme, weil
Länder den Aus
lehnt hatten, we
ächsten Wirtsch
in gleicher Höhe
ens Antrag, wegen
dung den Ver
anzurufen, habe
Länder ebenf

urde auch der Aus
burgs, Hessens u
talsens, der her
1985 zu wenig
Arbeitslosigkeit, d
der Umweltbeding
sozial gerechte Last
Anstelle der verwe
nschaftsfrage, so
Laien Symmetrie d
hibare Ergänzung
nehere Einkommen
die

erung

ne, daß die Pflege
strukturen und
n und Kranken
werden sollen, als
mit dem die K
gedämpft we
gehe auch für den
ung, wenn eine
Schiedsstelle mit
Vorständen
Blüm hat ihm
näheliegen be
Diese Reform
der Schirm auf
schungen sei im
durch die Abkehr
eine wichtige
neubauen. Zugle
die Pluralität
gewährleistet. D
unabhängig
Freiheitsbeweg
schränkt um
Pflegesätze
Krankenkasse

n Prozent

ng Hessens auf ein
Prozent, gemäß
ung fand keine
auf die gleich
Erziehung des Kinde
beitrags der R
auf Prozent
auch der von
Standard einge
weniger
mit dem Kinde
zu belassen

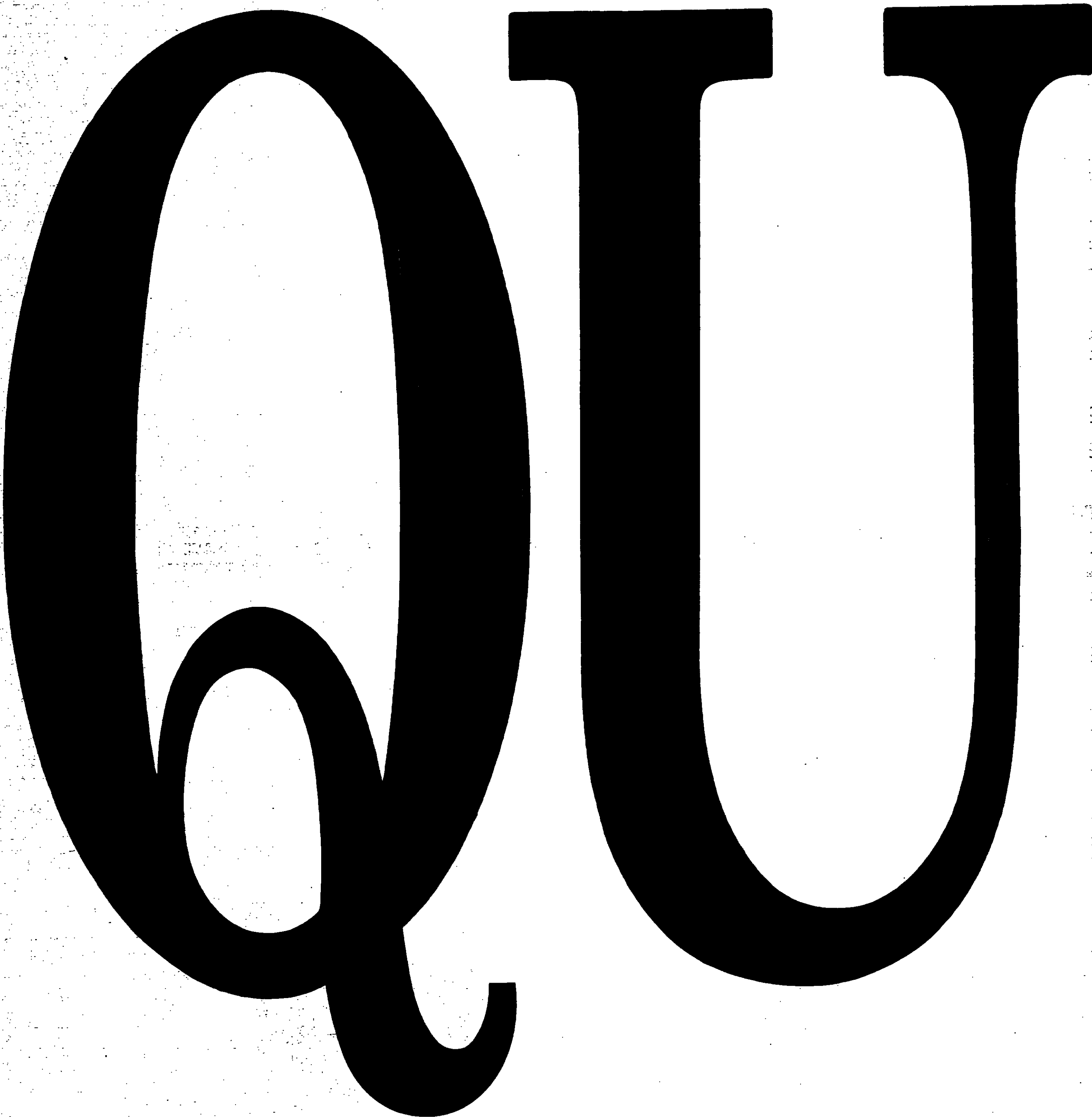
k-Idee *

Die Antwort
Parker
Freizeit
marka und
Gruppen
Loben es
sich
Parker

quill
hungen.

Neues von der IBM:

Über Telefonnummern.



Eines der heute gebräuchlichsten Verständigungsmittel ist das Telefon. Aber leider wird es seinem Zweck nur allzu oft nicht gerecht. Denn etwa die Hälfte aller Anrufe sind zumindest beim ersten Mal erfolglos. Und auch bei mehrmaligen Versuchen erreichen nur 30% den richtigen Gesprächspartner. Immerhin 20% landen noch bei einem Vertreter. Aber 30% bleiben völlig vergeblich. Darum hat Herr Quadflieg zum Beispiel jetzt eine Art zweite Telefonnummer bekommen: QU. Damit ist er neuerdings auch dann zu erreichen, wenn er gar nicht da ist. Denn unter den Anfangsbuchstaben seines Namens ist er dem IBM Sprachspeichersystem in seiner Firma bekannt. Das IBM Sprachspeichersystem kann die menschliche Stimme digital aufzeichnen und auch im Originalton wiedergeben. Es kann gesprochene Nachrichten aber nicht nur aufnehmen, sondern natürlich auch weiterleiten, aufbewahren, als vertraulich behandeln oder wieder löschen. Es kann lauter sprechen, leiser sprechen, schneller sprechen, langsamer sprechen und durch freundliche Hinweise helfen, daß jeder sofort damit zurechtkommt.

Und so einen seltenen Namen wie den von Herrn Quadflieg erkennt es schon, wenn man nur die ersten beiden Buchstaben über die Wähltasten eingibt. Wenn Herr Quadflieg jetzt einmal nicht an seinem Platz ist, kann man ihm unter QU so etwas wie einen gesprochenen Brief im Sprachspeichersystem hinterlassen. Er kann seine Nachrichten dann jederzeit nach Wunsch abhören, und nicht nur der Reihe nach. Er kann jedem Anrufer, den das System kennt, auf demselben Weg antworten. Sogar dann, wenn der Empfänger der Nachricht selbst gerade telefoniert oder einfach nicht gestört werden will. Genauso gut kann Herr Quadflieg seine Nachrichten rund um die Uhr von unterwegs abrufen und gleich wieder neu abspeichern. Sein persönliches Code-Wort garantiert ihm dabei, daß seine Worte nie in unberufene Ohren kommen. Wenn Sie wissen wollen, was das IBM Sprachspeichersystem noch alles kann und wie das genau funktioniert, dann schreiben Sie unter dem Stichwort „Sprachspeichersystem“ an IBM Deutschland GmbH, Postfach 31 37, 7000 Stuttgart 1.



„DDR“ spricht von schweren Verbrechen

DW, Berlin

Schwere Verbrechen gegen die DDR hat Ost-Berlin dem Bürgermeister der hessischen Stadt Arolsen, Ernst Hubert von Michaelis, vorgeworfen, der am 14. Dezember bei einer Reise nach Berlin auf der Transitstrecke verhaftet worden war.

Die amtliche Nachrichtenagentur ADN meldete gestern, gegen den CDU-Kommunalpolitiker liege ein Haftbefehl vor, da er 1977 maßgeblich an der Organisation einer subversiven Aktion einer kriminellen Bande beteiligt gewesen sei, wobei ein sechs Monate alter Säugling den Tod gefunden habe. Im Verlauf der Aktion – angeblich wird offensichtlich auf Fluchthilfe – sei dem Baby

Zimmermann beruhigt München: Kein Verzicht auf Wiederaufarbeitung

Streibl wollte schriftliche Festlegung / Entscheidung über Standort am 4. Februar

PETER SCHMALZ, München
Ein Grundsatzbeschluss soll endgültig alle Zweifel beseitigen und der Öffentlichkeit dokumentieren, daß die deutschen Stromerzeuger nach wie vor am Bau einer eigenen Wiederaufarbeitungsanlage unverzichtbar und zeitlich unverschiebbarer Bestandteil für einen Entsorgungsnachweis der Betriebsgenehmigungen für die deutschen Kernkraftwerke darstellt.

Abschließend bitte der bayerische CSU-Minister den Bonner CSU-Minister, „mir Ihre Meinung zu dem Themenkomplex alsbald zukommen“ zu lassen. Nun könnte Streibl seines Kollegen Meinung auch am Rande einer CSU-Sitzung oder beim allmonatlichen Jour-fixe in der Staatskanzlei erfragen, daß er aber den Postweg wählt, läßt eine andere Vermutung wahrscheinlich erscheinen: Franz Josef Strauß, ein standhafter Befürworter der Kernenergie und einer Wiederaufarbeitungsanlage in Bayern, hegt ein Quantum Mißtrauen gegen die Standortfestlegung der Bundesregierung und will schriftliche Fixierungen sammeln, wobei er Streibl als Streikbrecher ausseren hat, ist dieser doch Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerwerke, die wiederum 10 Prozent DWK-Anteile besitzen.

Antwort wie gewünscht

In einem Brief an Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann formulierte Bayerns Finanzminister Max Streibl diese Zweifel: „Offenbar besteht bei einzelnen Gesellschaften der DWK die Meinung, die Entsorgung über die derzeit zwar nicht einsatzreife, aber als kostengünstiger eingeschätzte direkte Endlagerung weiter zu verfolgen und daher den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage vorerst zurückzustellen, bis sich der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder erneut mit der Entsorgungstrategie befassen.“ Mehr feststellend als fragend, führt Streibl fort, die bayerische Staatsregierung gehe davon aus, daß die Bundesregierung nach wie vor die Auffassung teile, wonach „der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage unverzichtbar und zeitlich unverschiebbarer Bestandteil für einen Entsorgungsnachweis der Betriebsgenehmigungen für die deutschen Kernkraftwerke darstellt“.

Brennstäbe wiederaufgearbeitet werden, eine Auslandsaufarbeitung allein „wäre aber auf Dauer im Interesse der nationalen Unabhängigkeit ebenso wie unter dem Gesichtspunkt einseitiger Entsorgungsnachweise unzureichend“. Damit erteilte Zimmermann jenen unter den Stromproduzenten eine Absage, die in erster Linie mit dem günstigen Auslandsgehalt liebäugeln. Immerhin kostet in Frankreich die Aufarbeitung eines Kilos nur 1800 Mark, für die deutsche Anlage werden aber mindestens 3000 Mark kalkuliert.

Schreiben an DWK

Auch in der direkten Endlagerung sieht Zimmermann keinen anzustrebenden Weg. Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen versprechen sie keine entscheidenden sicherheitsmäßigen Vorteile.

In einem Schreiben an die DWK hat Zimmermann außerdem erklärt, das Bundesinnenministerium habe aus der Sicht der kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes keine Bedenken gegen das Anlagenkonzept und gegen die beiden Standorte in Niedersachsen und Bayern. Auf die Errichtung einer deutschen Anlage könne aus Gründen der Technologie-Entwicklung im eigenen Land, der Schonung von Rohstoffen und des Schutzes von Arbeitsplätzen nicht verzichtet werden.

Nach DWK-Angaben kostet der Bau der Anlage, in der jährlich 350 Tonnen aufgearbeitet werden sollen, nach dem jetzigen Stand 4,3 Milliarden Mark. DWK-Vorstandsmitglied Carsten Salazar rechnet jedoch mit einem gesamten Investitionsaufwand, der „eher bei acht als bei sechs Milliarden Mark liegen“ wird. Die jährlichen Betriebskosten werden auf eine Milliarde Mark geschätzt.

Auch im Ausland sollten deutsche

Stobbe für politische Parität USA-UdSSR

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zu einer Kontroverse kam es bei einem Seminar des „Atlantischen Instituts für internationale Angelegenheiten“ in Paris in der Frage, wie der Westen, vor allem die USA, die bevorstehenden neuen Abrüstungsgespräche mit den Sowjets in Genf am besten angehen sollte. Während der amerikanische stellvertretende Chefdelegierte bei der Stockholmer KVAE-Konferenz, Dr. Lynn Hansen, äußerster Vorsicht, viel Geduld und nicht allzu hochgeschraubte Erwartungen des Westens empfahl, trat der SPD-Abgeordnete und frühere Regierende Bürgermeister von Berlin, Dietrich Stobbe, für ein neues Entgegenkommen gegenüber den Sowjets ein, da ohne dies jede Aussicht auf einen Erfolg der Gespräche von vornherein auszuschließen sei.

Hansen, ein Mann mit langjähriger Erfahrung als Gesprächspartner der Sowjets in Abrüstungsverhandlungen, wollte der gegnerischen Seite wenig auftritte Absichten bei der am 7. Januar zwischen den Außenministern Shultz und Gromyko beginnenden neuen Gesprächsrunde zubilligen. Die Sowjetunion bleibe (siehe Afghanistan) eine expansive Macht, deren Fernziel die Errichtung einer Pax Sovietica in Europa sei. Die militärische Bedrohung des Westens durch die Sowjetunion nehme ständig zu und zwingen diesen weiter zu höheren Abwehrbereitschaft. „Dies ist zwar wenig erfreulich, aber unvermeidlich“, sagte Hansen.

Dem widersprach Stobbe. Die USA neigten wie in der Vergangenheit dazu, militärisch mit politischer Macht zu verwechseln. Dies sei eine der Hauptursachen für das starke Aufkommen einer pazifistischen Bewegung in Deutschland. Der neu begonnene Rüstungswettlauf zwischen den beiden Supermächten werde von weiten Teilen der deutschen Jugend nicht mehr verstanden. Erst wenn dieser Rüstungswettlauf beendet werden könne, würde auch das pazifistische Phänomen rasch wieder abnehmen.

Die Rückkehr der Sowjets an den Verhandlungstisch sei noch kein Zeichen eines Erfolges der Nachkriegspolitik des Westens, meinte Stobbe. Nachdem man bei der ersten Runde sowjetische Kompromissbereitschaft verpaßt habe, gehe es jetzt darum, den Sowjets vor allem auf wirtschaftlichen Gebieten neue Angebote zu machen, um sie für eine Abrüstungsgesprächsbereitschaft zu machen. Aber dafür gebe es leider keine Anzeichen. Man habe bei den Sowjets durch die Aufstellung der Pershing und die allgemeine neue amerikanische Rüstungspolitik einen Einkreisungskomplex verstärkt, der vielleicht unbegründet, aber reell vorhanden sei. Am besten könnte man ihn beseitigen, wenn sich die USA dazu bereitkämen, die Sowjetunion als eine gleichrangige Macht zu behandeln. Stobbe sprach in diesem Zusammenhang von der „politischen Parität“, die die Rüstungsparität ergänzen oder ersetzen könnte.

Hansen wollte sich nicht auf Stobbes Argumentation einlassen und wurde in der vorsichtigen Beurteilung der sowjetischen Absichten vom dritten Podiumsredner, dem britischen konservativen Unterhausabgeordneten Nicholas Soames, unterstützt. Beide bestanden auf der Vorrangigkeit einer Rüstungsparität.

Die WELT (ISSN 0939-9799) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bonner Rat zur Rückkehr „ist verfassungswidrig“

Die Bundesregierung muß allen Deutschen Schutz gewähren

Von HANNES KASCHKAT

Seit die deutschen Botschaften in Prag und anderswo im Sozialismus zur Zufluchtsstätte hilfesuchender Deutscher aus der „DDR“ geworden sind, offenbart sich das ganze Dilemma einer von Anfang an in sich widersprüchlichen Ostpolitik. Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.7.1973 zum Grundlagenvertrag war klar, daß die akute Konfliktsituation irgend wann aufbrechen mußte. Ob es es einzelne Vorfälle dieser Art auch früher gab, wurden sie bislang diplomatisch unter den Teppich gekehrt. Erst als in Prag die Zahl der Schutzsuchenden alles Übliche überstieg, schlug die Quantität in eine neue Qualität um.

„Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit“

Die Bundesregierung irt heute in einem Feld voller selbstgelegter juristischer Tretminen umher. Wenn Kanzleramtschef Schäuble kürzlich in einem Interview formulierte, „niemand will „DDR“-Einwohnern unsere Staatsangehörigkeit aufzwingen“, so verkennt dies schlicht die Rechtslage. Es gibt keine „bundesdeutsche“ Staatsangehörigkeit, sondern nur die deutsche Staatsangehörigkeit. Das wußten früher sogar die deutschen Kommunisten und schrieben es lapidar in den ersten Artikel ihrer „DDR“-Verfassung von 1949: „Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.“ Diese deutsche Staatsangehörigkeit ist seit 1913 im noch heute gültigen „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ für alle Deutschen, auch für die Deutschen in der „DDR“, und in den Ostgebieten festgelegt. Die Bundesrepublik Deutschland muß jeden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, der in den Schutzbereich der Bundesrepublik und ihrer Verfassung gerät, gemäß Artikel 118 Absatz 1 und 16 Grundgesetz als Deutsche wie jeden Bürger der Bundesrepublik behandeln. So das Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 31.7.1973.

Für die „DDR“-Flüchtlinge in der Prager Botschaft bedeutet dies viel. Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Urteil die heutige Situation vorausgesehen und beschrieben: „Aus der der Bundesregierung aufgegebenen Pflicht, allen Deutschen Schutz und Fürsorge angedeihen zu lassen“ folgt die Verpflichtung, „durch alle ihre diplomatischen Vertretungen einzutreten zum Schutz der Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 Grundgesetz und Hilfe zu leisten auch jedem einzelnen von ihnen, der sich an eine Dienststelle der Bundesrepublik Deutschland wendet mit der Bitte um wirksame Unterstützung in der Verteidigung seiner Rechte, insbesondere seiner Grundrechte. Hier gibt es für die Bundesrepublik Deutschland auch künftig keinen rechtlichen Unterschied zwischen den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Deutschen.“

Man wird sicher unterschiedlicher Meinung darüber sein können, was im konkreten Fall „wirksame Hilfe“ sein kann. Der Rat zur Rückkehr in die „DDR“ ist es mit Sicherheit nicht. Er ist verfassungswidrig. Schon in einer Entscheidung von 1960 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, die Verfassungsordnung des Grundgesetzes verbiete es, „daß die Verfassungsorgane des Bundes oder der Länder das Machtssystem der DDR stützen und unterstützen.“

Die „DDR“-Flüchtlinge haben mit hinreichender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß sie gerade nicht in der „DDR“ leben wollen. Sie erheben den Schutz des Grundgesetzes,

um im freien Teil Deutschlands in den Genuß der Grund- und Menschenrechte zu gelangen. Wenn sie mehr von unserer Rechtsordnung wüßten, hätten sie sinnvoller Weise vor ihrer Fluchtaktion einem Rechtsanwalt in der Bundesrepublik eine Vollmacht zukommen lassen. Dann hätte der Botschafter mit seinem Unwillen, den Flüchtlingen Pässe auszustellen, keine Chance. Im Wege einer einstweiligen Anordnung hätte das hierfür zuständige Verwaltungsgericht Köln auf entsprechende Anträge des Auswärtigen Amtes längst angewiesen, diese Pässe auszustellen.

Klargestellt wäre dann auch, wer die beiden direkt an dem Vorgang beteiligten Staaten sind: Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakei. Dem Bonner Botschafter obläge dann die diplomatische Aufgabe, mit der Tschechoslowakei über die Ausreise deutscher Staatsangehöriger zu verhandeln, in deren Pässen das tschechische Visum und der Einreise-Sicht-Vermerk fehlen. Die Schutzbehauptung der Bundesregierung, es handle sich ausschließlich um ein Problem zwischen ihr und der „DDR“, ist eine eklatante Verletzung der Souveränität der Tschechoslowakei.

Ihre unnötige Hast läßt die Bundesregierung sogar die strafrechtlichen Grenzen übersehen, die ihrem Handeln gegenüber der „DDR“ und den Flüchtlingen gesetzt sind. Wegen des vom Auswärtigen Amt nicht demontierten Verdachts, es habe den „DDR“-Behörden eine Liste mit den Namen der Flüchtlinge überstellt, ermittelt auf Grund einer entsprechenden Anzeige die zuständige Staatsanwaltschaft Köln seit dem 26.11.1984 (Az.: 120 AR 12/84) pflichtgemäß gegen den Bundesaußenminister und gegen Unbekannte.

Juristische Grundlage ist Paragraph 241 a StGB, der vor politischer, beruflicher oder wirtschaftlicher Verfolgung im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen auch durch bloße Mitteilung persönlicher Daten, zum Beispiel an die „DDR“, schützt. Auch der Umstand, daß der Staatssicherheitsdienst der „DDR“ sich auf anderen Wegen letztlich Kenntnis von der Identität der Flüchtlinge verschaffen können, befreit die Organe der Bundesrepublik Deutschland nicht von der Pflicht zur Beachtung der strafrechtlichen Schutzzone des Paragraphen 241 a StGB.

Auch Verfahren wegen Körperverletzung?

Seit eine große Zahl der Flüchtlinge in den Hungerstreik getreten ist, müssen die verantwortlichen deutschen Beamten auch Verfahren wegen Körperverletzung im Amt (Paragraph 340 StGB) gewärtigen. Körperverletzung kann nicht nur durch Handeln, sondern auch durch Unterlassen begangen werden. Wenn der Täter gegenüber dem Opfer eine Garantenstellung besitzt, kann der strafrechtliche Tatbestand der Körperverletzung auch durch Unterlassung der rechtlich gebotenen Handlung erfüllt werden. Auch die psychische Gesundheit ist strafrechtlich geschützt.

Wird durch rechtswidriges Verhalten von Staatsorganen ein Bürger psychisch so unter Druck gesetzt, daß er mittels Hungerstreik sich selbst verletzt, so ist dies ebenfalls dem betroffenen Staatsorgan zuzurechnen.

Sollte es gar zu Suizidhandlungen kommen, zögen die verantwortlichen Beamten und Politiker auch schwere strafrechtliche Verantwortung auf sich.

Hannes Kaschkat ist Lehrbeauftragter für „DDR“-Recht an der Universität Würzburg.

Der Weihnachtsmann und eine frohe Botschaft für Menschen in Ost-Berlin

DIETER DOSE, Berlin

Otto Spieler, Schlosser im Walzwerk Hettstedt, will in Zukunft noch mehr wandern. Weil's ihm Freude macht, aber vor allem um seinen Beitrag zur „Sportstaffette XI. Parteitag“ zu leisten. Unsicher zu erraten, daß es sich um den Parteitag der SED handelt. Der findet zwar erst 1986 statt, dafür aber wird in der „DDR“ schon kräftig die Trommel gerührt.

Deshalb werden in Hettstedt, so berichtet das „Neue Deutschland“, auch erweiterte Möglichkeiten für die beliebte „Poppymanistik“ geschaffen. Der Parteitag ist jetzt schon Pflichtthema der Zeitungen. Der Tenor: Mehr und bessere Leistungen auf allen Gebieten. An der Werkbank ebenso wie bei der Ausweitung des Freizeitports.

So meldete sich laut NBI (Neue Berliner Illustrierte) auch die Besatzung des Supertrawlers ATB-3-S, Heimathafen Rostock, per Fernschreiben aus dem 10 000 Kilometer entfernten Südatlantik per Fernschreiben zu Wort. „Zum 40. Jahrestag der Befreiung, auf dem Wege zur Vorbereitung des XI. Parteitages wollen sie eine Tagesproduktion im Wert von 333 000 Mark zusätzlich erwirtschaften, ohne dafür extra Brennstoffe und Kraftstoffe in Anspruch zu nehmen“, verkündet die NBI die Selbstverpflichtung der braven Fischer. Hauptsache, die Fische gehen ihnen auch ins Netz.

In der „Deutschen Lehrerzeitung“ (DLZ) griff aus selbem Anlaß sogar Helga Labs, Vorsitzende der Kinderorganisation „Junge Pioniere“ zur Feder, um zu berichten, daß die 1,3 Millionen Mitglieder der Thälmann-Pio-

niers „sich auf Pionier-Expedition Rote Fahne“ begeben – „sie reißen sich damit, bewährten Traditionen unserer sozialistischen Pionierorganisation zur Vorbereitung des XI. Parteitages der SED ein“.

Ein von der Autorin angeführtes Beispiel macht deutlich, was hier unter „Expedition“ zu verstehen ist: „So werden die Pioniere der Oberschule Mühlenbeck, Kreis Oranienburg, die Geschichte der Befreiung ihres Heimatortes erforschen und bestimmte Ereignisse in einem Manöverpiel nachstellen“, schreibt Christa Labs.

Aus der Presse von drüben

Pädagogik nach „DDR“-Regeln. Was wohl Eltern und Großeltern dazu sagen, daß ihre Kinder bzw. Enkel ins Manöver ziehen sollen, um den von vielen Grausamkeiten geprägten Endkampf um Berlin in den letzten Kriegstagen als „Spielerei“ nachzuvollziehen?

Für die Bewohner Ost-Berlins trafen die „frohen Botschaften“ schon eine Woche vor Weihnachten ein. Verkündet auf Stadtbezirksversammlungen und als „territoriale Plandokumente“ bezeichnet. Auf rund 280 Druckzeilen verläßt die „Neue Zeit“, Organ der Ost-CDU, was alles besser werden soll. Zum Beispiel im Bezirk Prenzlauer Berg: Die Gaststätte „Löffelberg“, der Name sagt es schon, wird zu einem sogenannten „Einlopf-Lokal“ der HO (Staatliche Han-

delsorganisation) umgestaltet. In der Schönhauser Allee, dem Boulevard des Arbeiterbezirks, wird eine Verkaufsstelle für gebrauchte Pelze und Lederbekleidung eröffnet ...

Laut Plan und „Neue Zeit“ haben sich „private Handwerker“ in Wellensee Besondere vorgenommen: die Herstellung von mehr Vogelfutter. Im selben Bezirk soll es in Zukunft möglich sein, Lederjacken oder Mäntel nicht mehr nur von der Stange kaufen zu können, sondern nach Maß anfertigen zu lassen. Die Treptower soll freuen, daß in ihrem „Kiez“ jeweils ein Friseurgeschäft an jedem Werktag bis 22 Uhr geöffnet hat.

Sieben Kleingaststätten, Bierstuben und Eisdielen erweitern das Angebot um 350 Plätze“, lobt die „Neue Zeit“ die Verbesserung der gastronomischen Versorgung in der „Trabantenstadt“ Marzahn am Stadtrand von Ost-Berlin.

Zunächst aber alles noch geplante „Bescherungen“, die erst später den Gabentisch kommen werden ...

Über das „Büro des Weihnachtsmannes“ in der „DDR“ berichten die „Brandenburgischen Neuesten Nachrichten“. Es existiert beim Postamt 10 in Ost-Berlin in der Nähe des ehemaligen Stettiner Bahnhofs. Alle an den Weihnachtsmann gerichteten Briefe von Kindern werden hier gesammelt und von einigen Post-Mitarbeitern beantwortet. „1983 haben die Kollegen des Amtes 35 Kinder-Briefe beantwortet. In diesem Jahr hatte das „Büro des Weihnachtsmannes“ noch weit mehr zu tun“, berichtet die von der Nationaldemokratischen Partei herausgegebene Zeitung.

Wenn Recht und Ordnung für Sie ein Thema ist:

DIE WELT
TÄGLICHE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bestellschein
Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____
Datum: _____

Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____

die Überdosis eines Schlafmittels verabreicht worden, woran es gestorben sei.

Die amtliche „DDR“-Nachrichtenagentur ADN meldete weiter, von Michaelis habe bei dieser Aktion mit „gerichtsbekannten Kriminellen“ zusammengearbeitet und als Kurier fungiert.

Im Rahmen eines Rechtshilfersuchens sei vom „DDR“-Generalstaatsanwalt bereits 1977 dem Berliner Kammergericht umfangreiches Beweismaterial zugestellt worden. Trotzdem sei der jetzt verhaftete Bürgermeister nur als Zeuge gehört worden.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Von Michaelis hatte sich zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Personen auf dem Weg nach Berlin befinden, um dort eine Aufführung des Arolsen Chores zu besuchen. Unmittelbar am Grenzübergang Helmstedt wurde er verhaftet.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg war erst drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisters vom Generalstaatsanwalt der „DDR“ offiziell über Telex unterrichtet worden. In diesem Fernschreiben sei die Verhaftung mit dem Verdacht auf Beihilfe zur „Republikflucht“ begründet worden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zum Schaden Deutschlands Trugschluß

Die Ostverträge werden nicht nach dem Text und den begleitenden Dokumenten als Gewaltverträge angesehen, sondern im Widerspruch zum Text und zum Grundgesetz, beginnt man immer unverantwortlicher, auch bei freien Politikern, auf die Wahrung der offengebliebenen Rechte ganz Deutschlands und des vollen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen zu verzichten oder den Eingriffen, insbesondere der polnischen Militärdiktatur, in diese Rechte nicht deutlich zu widersprechen. Damit schadet man allen Teilen Deutschlands, allen Deutschen und Europäern.

Es gibt kein völkerrechtliches Dokument zur Übertragung des Vollrechts der territorialen Souveränität in Teilen Deutschlands an Polen. Solange Polen das völkerrechtliche Eigentum, die territoriale Souveränität über unsere Heimatgebiete nicht besitzt, stellen wir keine Ansprüche, sondern die polnische Militärdiktatur verletzt den Warschauer Vertrag, wenn sie vor friedensvertraglichen Regelungen und einer freien Entscheidung der Völker das völkerrechtliche Eigentum an den Gebieten östlich von Oder und Neisse herauspressen will. Die freien Deutschen dürfen dies nicht unterstützen; dazu sind sie durch die Ostverträge nicht verpflichtet, das verbietet ihnen das Grundgesetz und die Treue zu Deutschland.

Der Bundeskanzler bekennet sich zu Heimat und Vaterland, zur Wahrung aller Rechtspositionen, zum Offensein der deutschen Frage und warnt die östlichen Vertragspartner dafür, für sie Güntiges herauszulassen und das für Deutschland Offene zu untersuchen. Aber in Opposition und Koalition gibt es kurzfristige Verzichtler.

Mit äußerster Wachsamkeit gilt es, einen Wandel in der Rechtsüberzeugung, in der Staatenpraxis zu verhindern. Die deutsche Frage ist wieder aktuell. Das Ringen um die Treue zur Mitverantwortung für Deutschland und einen gerechten Ausgleich in der deutschen Frage wird am Jahresende täglich härter und ernster. Das dürfen wir zu Weihnachten nicht vergessen, auch wenn wir dabei ebenso an eine gerechte Verständigung mit unseren Nachbarvölkern und an ihre grausame Unterdrückung durch totalitäre Herrschaft denken.

Dr. Herbert Czaja, MdB, CDU

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode, die Junge Union Deutschlands verfolgt sehr aufmerksam die breite Diskussion, die Ihr Artikel „Jugend und Völkerrecht“ in der WELT vom 26. November auslöst.

Wir freuen uns über das rege Interesse, das ja nicht zuletzt durch den Deutschlandtag der Jungen Union vom 23. bis 25. November in Berlin aufgekomen ist. Ich möchte Ihnen im folgenden eine Stellungnahme des JU-Bundesvorsitzenden, Christoph Böhr, mitteilen: „Ich möchte mich ausdrücklich gegen den Vorwurf verwahren, der Bundesvorsitz der Jungen Union hätte auf dem Deutschlandtag in Berlin die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neisse-Linie bekräftigt. Dies ist verschiedentlich entgegen dem Text des Leitartikels so dargestellt worden.“

Im Gegenteil hat sich die Junge Union von Anfang an bewußt auf den Boden des Verfassungs- und internationalen Rechts gestellt. Ich zitiere: „Danach bestehen die Grenzen des 31. Dezember 1937 völkerrechtlich fort.“ Die Junge Union rüttelt nicht an

den Rechtspositionen, aber Rechtspositionen sind für die Junge Union kein Politikersatz. Für die Junge Union ist die deutsche Frage so offen wie je. Die Kritik, daß wir ungewissen Rechtspositionen aufgeben wollten, trifft uns nicht. Eine echte Offenhaltung der deutschen Frage heißt auch, daß wir die Entwicklung in Europa nicht dadurch blockieren, daß wir unseren Nachbarn immer nur unsere unumstößlichen und selbstverständlichen Rechtspositionen vor Augen halten.

Die Junge Union hat in Berlin klargemacht, daß es ihr in erster Linie nicht um Grenzfragen, sondern um Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung geht. Wir meinen, das Zeitalter von Nationalstaaten, die sich in erster Linie durch Grenzzeichnungen definieren, vorbei ist und arbeiten für ein Europa, in dem Freiheit und Selbstbestimmung erstes Ziel der Politik sind – und nicht Territorial- und Habsburgerstreben.“

Mit freundlichen Grüßen

Christina Althen, Pressesprecherin der Jungen Union Deutschlands

Seltene Stücke

„Napoleons Silberdenkmal“, WELT vom 12. Dezember

Der Artikel erweckt den Eindruck, daß die Sammlungen Rudolfs II., eines Freundes nicht nur der Kunst, sondern auch der Wissenschaften (Kepler), nach Wien gekommen sind. Das stimmt nur teilweise.

Rudolf II. hinterließ Kunstwerke, die auf einen Wert von 17 Millionen Gulden geschätzt wurden. Nach Angaben an die Habsburger, die böhmische Ständeverammlung, die Beamtenfamilie Ferdinands II. und die sächsische Besatzung erhielt die immer noch immense große Sammlung den Todesstoß durch die Eroberung Prag durch die Schweden Mitte Juli 1648. Nach eigenen Schätzungen machten die Schweden eine Beute von sieben Millionen Reichstälern. Eines der seltensten Stücke war dabei der Codex argenteus, die westgotische Bibelhandschrift des Bischofs Ulfilas aus dem 6. Jahrhundert, in Silber- und Goldbuchstaben auf purpurnem Pergament geschrieben. Sie befindet sich heute in der Universitätsbibliothek Uppsala.

Trotzdem sind im Prager Nationalmuseum auch heute noch Gemälde aus den Sammlungen Rudolfs II. zu sehen, so z. B. von Dürer (der vom Kaiser besonders geschätzt wurde) das „Rosenkranzfest“ und Werke von Cranach d. Ä., Tizian und Bruegel.

Mit freundlichen Grüßen

H. Seidel, Schwab, Gmünd

Wort des Tages

„Wer an seiner Läuterung arbeitet, dem kann nichts der Idealismus rauben. Er erlebt die Macht der Ideen des Wahren und Guten in sich. Wenn er von dem, was nach außen dafür wirken will, gar zu wenig bemerkt, so weiß er dennoch, daß er soviel wirkt, als Läuterung in ihm ist.“

Albert Schweitzer, elsässischer Theologe, Arzt und Musiker (1875-1965)

Personalien

Truppe hochgeschätzte General war 1970 vorzeitig, auf eigenen Wunsch, aus dem Dienst ausgeschieden, weil sich Überzeugungsunterschiede zwischen ihm und dem damaligen SPD-Verteidigungsminister Helmut Schmidt überbrücken ließen. Seitdem arbeitet Karst, gelernter Pädagoge, publizistisch und wissenschaftlich an einer geistigen Erneuerung unserer Streitkräfte. Sein überzeugendes Engagement für die Bundeswehr und ihre Soldaten würdigte der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Manfred Wörner, in einem Schreiben an den Mann, der als einer seiner wichtigsten Berater gilt.

Aus den Schlagzeilen, für die er in früheren Jahren als Chef der Westdeutschen Landesbank Girozentrale (WestLB) und als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes oft sorgte, ist er verschwunden. Doch die Aktivität von Ludwig Fossila, der am Sonntag, 23. Dezember, 65 Jahre wird, ist ungebrochen. „Mir macht meine Arbeit Spaß. Es ist noch kein Ende abzusehen“, beschreibt er seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Max-Grundig-Stiftung.

Paul Nitsche, Dirigent und Musikwissenschaftler, vollendet am 24. Dezember sein 75. Lebensjahr. Der Leiter des Städtischen Chors Le-

„Lauterbach: Er war Serbe“, WELT vom 7. Dezember

Sehr geehrte Herren,

war Nikola Tesla ein Kroat oder ein Serbe? Es ist nicht bedeutungslos und unerheblich, daß er in Kroatien geboren wurde und daß seine Familie sehr lange dort ansässig war.

Herr Maslar zitiert: „Der Film (über Nikola Tesla) schildert entscheidende Stationen im Leben des amerikanischen Physikers kroatischer Herkunft“ und behauptet, daß das „leider falsch ist“. Was ist hier falsch? Falsch, daß Tesla ein amerikanischer Physiker oder falsch, daß er kroatischer Herkunft ist? Anschließend wird klar, daß Tesla „ein echter Serbe“ war. Gibt es auch „unechte“ Serben?

Daß Tesla als Sohn eines orthodoxen Priesters zur Welt gekommen ist, ist noch kein Beweis für sein „echtes“ Serbentum. Herr Maslar mußte doch wissen, daß Tesla selber von sich gesagt hat, er ist ein Kroat orthodoxer Religion. Und wenn das Tesla sagte, wußte er, was er sagte. Nicht nur Nikola Tesla war Kroat orthodoxer Religion, sondern auch der kroatische General Boroevic, der im Ersten Weltkrieg die Truppen an der Isonzo-Front befehligte, war orthodox. Ich kannte in meiner Heimat Senj an der Adriaküste einige Kroaten, die Orthodoxe waren.

Herr Maslar und viele seinesgleichen machen eine falsche und überholte Gleichung auf: wer orthodox ist, ist Serbe und umgekehrt. Tesla, Boroevic, Blasko, Aramovic, Katalin in der Timok-Gegend und meine Landsleute aus Senj sprechen dagegen.

Anton Kosina, Missionar,

Leiter der „Katholische Kroatische Mission“, Ludwigshafen/Rhein

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion

Preisfrage

Die Entscheidung des Bundeskabinetts zugunsten eines Offiziers-Ruhestands ab vollendetem 45. Lebensjahr und 25-jährigem Dienst (von 1986 an gültig) ist, Herrn Wörner zitiierend, „bahnbrechend“, doch in einer sehr himmlischen Art! Die Begründung auch.

Im Ernstfall würden auch ältere Reservisten eingezogen, die dann im Umkehrschluß der Wörnerschen Theorie, Denken und Sprache jüngerer Führungskräfte ebensowenig „verstehen“ könnten. Das Kriterium Alter dürfte bei den heute mehr computergestützten Entscheidungen nicht mehr so wichtig sein.

Was nützt letztendlich der nationale Schildebürgerstreich, wenn dann ein verjüngtes deutsches NATO-Kontingent von Opas des Brüsseler Hauptquartiers aus befehligt wird und diese wiederum ihre politischen Orders von im Gesetzessinne hoffnungslos überalterten nationalen Parlamenten zu erwarten haben? Preisfrage: Welche Altersgruppe schützt uns vor weiterem Schwachsinn dieser oder ähnlicher Art?

G. Löw,

Porta Westfalica

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnesentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Die Regierung Lubbers überlebt schwerste Krise

Dramatische Nacht in Den Haag / Ein Minister bereut

HELMUT HETZEL, Den Haag
Der Tag begann fast wie ein Totortkrimi. Morgens um 9 Uhr erhielt der niederländische Wirtschaftsminister und Vizepremier, van Aardenne, eine telefonische Morddrohung. Der anonyme Anrufer nannte sogar ein Motiv: Er befand den nach Premier Lubbers wohl wichtigsten Mann im Haager Kabinett für schuldig, das Parlament belogen zu haben. Schuldig in einer Angelegenheit, die Züge einer Staatsaffäre trage und als „RSV-Skandal“ seit Wochen die niederländische Nation aufwühlte. Denn die holländischen Steuerzahler waren mit der stolzen Summe von rund 2,5 Milliarden Mark an dem Skandal beteiligt.

Genau diese Summe nämlich floß in den zurückliegenden sechs Jahren aus dem Staatsäckel in die leeren Kassen des mit Abstand größten Schiffsbaukonzerns der Niederlande: RSV. Das Kürzel steht für Rijnscheide-Verolme, jenen Schiffsbauriesen, dessen Manager mit einer falschen Unternehmenspolitik auf dem amerikanischen Markt riesige Verluste machten und denen es immer wieder gelang, mit dem Hinweis auf die zu sichernden Arbeitsplätze, von verschiedenen Haager Regierungen immer neue Subventionen zu ergattern – in Milliardenhöhe. Doch auch diese staatliche Hilfe konnte die Folgen des Mismanagements nicht mehr mildern. Der RSV-Konzern machte Konkurs.

Parlament irregeführt

Der soeben erschienene Abschlußbericht einer Untersuchungskommission, die unter Vorsitz des christdemokratischen Abgeordneten, van Dijk, das RSV-Drama in pingeliger Kleinarbeit rekonstruierte und in allen Einzelheiten an Tageslicht forderte, wie leichtfertig man in Den Haag mit Steuergeldern umging, die 5000 Seiten dicke Bericht sorgte auch noch für eine Sensation, indem er den noch amtierenden Wirtschaftsminister van Aardenne beschuldigte, das Parlament am 16. April 1980 falsch informiert zu haben, indem er sich damals bereits bei RSV abzeichnenden Milliardenverluste verschwie.

Am Mittag, als die Sicherheit des „Superministers“ von der Polizei ge-

rantiert werden konnte und sich die Morddrohung als makabrer Scherz erwies, trat van Aardenne dann den Gang nach Canossa an und nahm in den Gebäuden des historischen Binnenhof zu den Anschuldigungen Stellung. Mit den Worten: „Ich gebe zu, das Parlament falsch informiert zu haben“, zeigte der Minister die von ihm von fast allen Parlamentsfraktionen verlangte öffentliche Reue und schaffte es somit, seinen Kopf vorläufig noch einmal aus der Schlinge zu ziehen.

Mißtrauensvotum

Sein Reue-Auftritt war zeitlich hervorragend gewählt. Die große RSV-Parlamentsdebatte wird in Den Haag erst nach der Weihnachtspause stattfinden. Zeit genug also für van Aardenne, die weitere Verteidigungsstrategie zu planen.

Am Abend des folgenden Tages erregte sich dann die dramatische Wende. CDA-Fraktionschef, de Vries, erklärte den verblüfften zuhörenden Parlamentariern, daß seine Fraktion mit der Aardenne-Erklärung nicht zufrieden sei. Der sozialistische Oppositionsführer den Uyl witterte seine Chance und beantragte im Laufe der immer spannender werdenden Debatte ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen den Vize-Premier.

Zu diesem Zeitpunkt war in Den Haag alles offen. Die Stellung des Wirtschaftsministers und damit letztendlich die christlich-liberale Regierungskoalition unter Lubbers standen zur Disposition. Aardenne zog sich über drei Stunden lang zurück. Er bereitete eine neue Erklärung vor. Über Den Haag lag Krisenstimmung, ähnlich der Atmosphäre in Bonn im Jahre 1972, als Barzel versuchte, Brandt zu stürzen.

Endlich, gegen Mitternacht, kam Aardenne wieder ins Parlament. Die Redeschlacht ging weiter. An eine Abstimmung war immer noch nicht zu denken. Dann, kurz nach zwei Uhr nachts, sprach CDA-Leiter de Vries die erlösenden Worte: „Wir sind mit den jüngsten Ausführungen des Vizepremiers zufrieden und werden ihm in der nun folgenden Abstimmung unser Vertrauen aussprechen.“

Die Regierung Lubbers und Aardenne waren noch einmal gerettet.

Iran: „Präsent sein, wenn die große Leere kommt“

Ein Exilparlament entsteht / Heftige Kritik an Bonn

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn
Die gemäßigten Kräfte der iranischen Opposition formieren sich. In diesen Tagen und Wochen wählen sie eine Art Exilparlament, das sich vorwiegend aus Delegierten zusammensetzt, die von den verschiedenen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, den USA, Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, Schweiz und der Türkei entsandt werden.

In der Bundesrepublik, die mit rund 100 000 Exiliranern, wovon etwa 30 000 politisch aktiv tätig sind, zu den stärksten Kolonien zählt, wurden am vergangenen Wochenende in Frankfurt 25 der etwa 100 Delegierten des Exilparlaments gewählt. Leiter des aus diesem Gremium gewählten Exekutivkomitees ist der 45jährige Frankfurter Ingenieur Sabok-Seyr. Er gilt seither als gefährdete Person, da die Anhänger des Mullah-Regimes in der Bundesrepublik nicht gerade zimperlich mit Gegnern des Regimes umgehen. Das Exekutivkomitee setzt sich aus drei Frauen und sechs Männern zusammen.

In einer Grußbotschaft aus Washington an den deutschen Kongreß würdigte der junge Schah Reza die Sammlungsbewegung als „ersten Schritt eines noch langen Weges zur Ablösung des Khomeini-Regimes. Er selber wolle sich in die Arbeit des Exilparlamentes nicht einmischen.“

Kontakte zur Armee

Über Einfluß, Stärke und Zukunftsaussichten der Exiliraner, die sich für eine konstitutionelle Monarchie einsetzen, gibt es unterschiedliche Ansichten. Da sie über intensive Kontakte zur Armee und auch zu einem Teil der Geistlichkeit verfügen, ist diese Bewegung jedoch nicht zu unterschätzen. Unter den Teilnehmern des Frankfurter Kongresses befanden sich auch mehrere Offiziere.

In einem Gespräch mit der WELT am Rande des Frankfurter Kongresses erläuterten die führenden Teilnehmer der Bewegung, der ehemalige Premierminister Ali Amini und der in den USA als Volkswirtschaftler lehrende Generalsekretär der „Front zur Befreiung Irans“, Shahin Fatemi, die Ziele des Exilparlamentes. Es gehe darum, „präsent zu sein, wenn die große Leere nach dem Tod Khomeinis kommt“. Präsent heiße, eine der heutigen Zeit und dem Willen des

Volkes entsprechende Regierungsform anzubieten, die nach Ansicht der Exiliraner nur die konstitutionelle Monarchie etwa nach dem Vorbild Großbritanniens, Belgiens oder Spaniens sein könne.

Der auch im Exil lebende Schah Reza habe sich bereits zugunsten einer solchen Regierungsform ausgesprochen. Die Bewegung sei aber von dessen Familie unabhängig. Dieser werde, wenn er zurückkehre, allein kommen müssen.

Ein stolzes Volk

Scharf grenze man sich von den „marxistischen Mudschahedin“ des ebenfalls exilierten Radschawi ab, dagegen arbeite man mit den Sozialdemokraten des letzten Schah-Premiers, Schapur Bachtiar zusammen. Schah Reza sei die Integrationsfigur für diese teilweise ideologisch unterschiedlichen, aber alle den demokratischen Pluralismus bejahenden Tendenzen und Parteien.

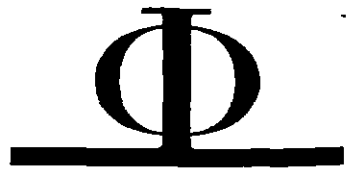
Als kurzfristig kritisiert Fatemi die deutsche Iran-Politik. Nach Khomeini werde sich Teheran an Frankreich, die USA, Italien und Spanien wenden, weil nur diese Länder Distanz zu dem Mullah-Regime gehalten hätten. Die Iraner seien ein stolzes Volk, das nicht vergesse, wer in der Zeit der Tyrannei mit den Theokraten gemeinsame Geschäfte gemacht habe. Fatemi: „Gewiß, Stolz wird in Mitteleuropa heute nicht mehr als dauerhafter Faktor der Politik betrachtet. Im Orient jedoch ist er überhaupt nicht zu unterschätzen.“

Wer vor 40 bis 50 Jahren mit Hitler paktierte, der sei heute noch in Verfall. „Und Khomeini verfolgt Juden, Bahais, hat überall seine geistliche Polizei und Spitzel und strebt nach der Welterbschaft für seine theokratische Form des Totalitarismus.“ Er sehe keine großen Unterschiede zu Hitler und wundere sich deshalb um so mehr, daß gerade die Deutschen gute Beziehungen zu dem Mullah-Regime pflegten. Die Befreiungsfront Irans erhalte, so Fatemi, täglich Nachrichten aus Iran. Etwa 10 bis 15 Prozent aller Iran-Reisenden bringen Botschaften in das oder aus dem Land. Die „Stimme der Befreiung Irans“ sende täglich vier Stunden. Kassetten würden in das Land geschmuggelt. Das Volk sei der Hetzparolen müde.

Piviera®
-exklusiv-
in führenden
Uhren-und Juwelier-
Fachgeschäften



Quarz, wasserdicht,
ultraflach.
Gold, Gold und Stahl
oder ganz in Stahl.
Für Damen und Herren.



BAUME & MERCIER
GENEVE
1830

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Gruppe 1: Griechenland - Belgien 0:0.

DIE TABELLE

1. Polen	2	1	0	5:3	3:1
2. Belgien	2	1	0	3:1	3:1
3. Albanien	2	0	1	5:5	1:3
4. Griechenland	2	0	1	1:3	1:3
Länderspiel: Israel - Luxemburg 2:0.					

HANDBALL

Bundesliga, Essen - Hofweier 20:21, Großwallstadt - Dankersen 18:20, Wal-

Anzeige
Gegen Ausbildungsdefizit bei Steuerungstechnik

AEG und TU Berlin entwickeln Schulungspaket für speicherprogrammierbare Steuerungen

Im Rahmen eines Forschungsprojektes des Arbeitskreises Technische Dokumentation der Technischen Universität Berlin und AEG-TELEFUNKEN wurde ein Schulungspaket für SPS entwickelt, das diese wichtige Technologie der wirtschaftlichen industriellen Steuerung systematisch vermittelt. Die Ausbildungseinheit besteht aus Fachtheorie, Fachpraxis, der Kompaktschulung LOGISTAT AO20, einem Personalcomputer und einer Simulationseinheit. Anhand von Übungsaufgaben mit steigenden Schwierigkeitsgraden wird dem Studierenden die Möglichkeit geboten, sich schrittweise mit unmittelbarer Erfolgskontrolle in die Thematik einzuarbeiten.

lau-Massenheim - Reimickendorf 20:17.
Frauen, Bundesliga, Gruppe Süd, Nachholspiel: VfL Sindelfingen - VfL Humboldt Berlin 21:8.

BASKETBALL

Bundesliga, Männer, 17. Spieltag: Gießen - Hagen 90:84, Heidelberg - Leverkusen 61:74, Köln - Charlottenburg 98:94, Düsseldorf - Osnabrück 85:86, Göttingen - Bamberg 87:83.

EISHOCKEY

Investition-Turnier in Moskau: Deutschland - CSSR 3:10, UdSSR - Schweden 10:0.

DIE TABELLE

1. UdSSR	3	3	0	0	34:1	8:0
2. CSSR	3	2	0	1	17:10	4:3
3. Finnland	2	1	0	1	7:12	2:2
4. Schweden	3	1	0	2	3:14	2:4
5. Deutschland	3	0	0	3	4:18	0:8

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 5, 12, 15, 18, 26, 30, 35, Zusatzzahl: 7. - Spiel 77: 8 8 3 3 4 9 8.

GEWINNQUOTEN

Mittwochslotto: Klasse 1: 453 512,80 Mark, 2: 27 210,70, 3: 2 915,40, 4: 66 30, 5: 6,00. (ohne Gewähr)

HANDBALL / Essen und Großwallstadt im Tief

Vereinstrainer greifen jetzt Simon Schobel an

DW. Bonn. Aufsteiger TuRu Düsseldorf Spitzenreiter der Handball-Bundesliga? Die Düsseldorf müssten morgen nur beim VfL Gummersbach gewinnen, dann wären sie es. Möglich ist zur Zeit offensichtlich alles im Lande des Silbermedaillen-Gewinners von Los Angeles. Und warum das so ist, liegt auch an dieser überraschenden Silbermedaille - jedenfalls ist das die Meinung der Trainer jener Klubs, die zu den Favoriten auf die Meisterschaften zählen.

Tabellenführer TuSEM Essen spielte am Mittwochabend gegen TuS Hofweier und verlor 20:21. Es war der erste Auswärtssieg von Hofweier. Essens Trainer Petre Ivanescu fand die Entschuldigung sehr schnell: „Die Spitzenvereine bezahlen für die Silbermedaille in Los Angeles. Die Nationalspieler sind überfordert, und das wirkt sich in ihren Klubs natürlich negativ aus.“

TV Großwallstadt, der Titelverteidiger, verlor in der eigenen Halle gegen Grün-Weiß Dankersen 18:20. Es war die erste Heimmiederlage des Meisters. Trainer Karl-Heinz Bergsträßer begab sich auf denselben Pfad der Entschuldigungen: „Die Belastung der Nationalspieler macht sich negativ bemerkbar.“

13 Trainer hatten vor dem Start in die Saison auf Essen als neuen Meister getippt - und nun dies: erste Heimmiederlage seit dem 28. Mai 1983, nachdem einen Spieltag zuvor auch gegen Düsseldorf verloren worden war. „So etwas war noch nie da“, wunderte sich Großwallstadts Trainer Bergsträßer, der seinen Blick in die Zukunft so zusammenfaßt: „Deutscher Meister wird, der es noch gar nicht weiß.“

Und genau an dieser Situation soll Simon Schobel, der Kollege Nationaltrainer, schuld sein. Simon Schobel, so heißt es, bestehe auf zu vielen Lehrgängen und Länderspielen. Essens Handball-Abteilungsleiter Klaus Schorn: „Ohne den Bundestrainer angreifen zu wollen, müssen sich alle Verantwortlichen Lösungen einfallen lassen, um aus diesem Teufelskreis der Termine auszubrechen.“ Doch Schobel versteht diese Vorwürfe überhaupt nicht. Er nennt die Entschuldigungen in Essen und Großwallstadt „eine Masche“, die überhaupt nicht mehr ziele: „Die Vereine

müssen sich endlich eine neue Ausrede einfallen lassen.“ Schließlich zählten die unter seiner Obhut stehenden Nationalspieler Woche für Woche zu den besten Kräften ihrer Mannschaften.

Beispiele kann Schobel dabei auch aus den jüngsten Niederlagen von Essen und Großwallstadt saugen: „Wenn ein Jochen Fraatz gegen Hofweier sieben Tore macht und ein Martin Schwalb gegen Dankersen zehnmal trifft, kann man doch unmöglich von einem Leistungseinbruch reden. Nur wer in physischer und psychischer Hinsicht ständig gefordert wird, kann sich weiterentwickeln.“ Schützenhilfe erhält er dabei von Hofweiers Spielertrainer Arno Ehret, den die ansonsten so sichere Essener Abwehr ebenso wenig stoppen konnte wie den jungen Rainer Bauert: „Die gesamte Essener Mannschaft hat es uns sehr leicht gemacht, es war nicht die Schuld von einzelnen Spielern.“

Streit zwischen den Vereinen und dem Bundestrainer um Abstellung der Spieler zu Lehrgängen und Länderspielen gibt es nicht nur, seitdem Simon Schobel im Amt ist. Auch der VfL Gummersbach, damals eine Spitzenmannschaft, drohte zur Zeit von Vlado Stenzel immer dann mit dem Boykott der Nationalmannschaft, wenn es einmal nicht mehr so gut lief wie erhofft. Kapriolen der Spitzenmannschaft sind jedenfalls zur Zeit nicht nur in der Tabelle abzulesen, sondern auch in den Worten ihrer Trainer.

Bergsträßer sagt zwar: „Die Belastung der Leistungsträger ist zu groß“, kritisiert aber im gleichen Atemzug nach innen: „Mit einer Abwehr, die ohne Biß spielt, und einem Angriff, in dem überhaupt nichts läuft, kann man nun mal kein Spiel gewinnen.“ Da zeigen sich Widersprüche, die mit dem Weg des geringsten Widerstandes aufgelöst werden sollen: Schuld haben der Bundestrainer, die Nationalmannschaft und die Anstrengungen, die es vor vier Monaten gekostet hat, in Los Angeles die Silbermedaille zu gewinnen.

Kurios bleibt die Situation in der Tabelle allemal: Selbst der Tabellenführer Gummersbach (11:7 Punkte) kann morgen mit einem Sieg über Düsseldorf die Essener von der Spitze verdrängen. Oder aber es gibt eben einen Tabellenführer Düsseldorf.

ALPINER SKISPORT

Deutsches Team sogar stärker als Österreich

sid, Bormio/Santa Caterina

Neidisch blickten die Funktionäre des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) jahrelang über die Grenze nach Österreich ob der vielen Talente und Medaillengewinner, die der alpine Skisport dort immer wieder hervorbrachte. Doch in diesem Winter gibt es nicht nur überraschende Platzierungen und Siege der deutschen Läuferinnen und Läufer - sie sind auch erfolgreicher als die klassische Ski-Nation Österreich.

Das letzte Rennen dieses Jahres, die Damen-Abfahrt in Santa Caterina, findet zwar erst heute statt, doch schon jetzt sprechen die Zahlen für den DSV. In der Zwischenbilanz des Weltcups liegen die deutschen Damen und Herren mit 364 Punkten schon 33 Zähler vor den Österreichern (331), die diese Wertung in zehn von 17 Wintern gewonnen hatten. Besser als Deutschland ist derzeit nur die Schweiz mit 672 Punkten.

Die deutschen Damen waren dabei erfolgreicher als die Herren. Mit 280 Punkten holtten sie mehr als die Läuferinnen aus Frankreich (129), Österreich (99) und Italien (51) zusammen.

Das Positive ist, daß sich diese Erfolge auf viele verteilen, nicht wie in den letzten Jahren nur auf die Epple-Schwester, freut sich Damen-Trainer Willi Lesch über die breite Spitze im DSV-Team. Sportwart Kuno Messmann sagt voraus: „Ich bin fest überzeugt, daß sich der positive Trend auch bei der WM in Bormio und Santa Caterina niederschlägt.“

SCHACH / WM

Karpow wechselte die Eröffnung - wieder ein Remis

L. P. Bonn

Auch die 34. Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Anatoli Karpow und seinem Herausforderer Garri Kasparow endete remis - es war das 28. Unentschieden. Damit ist schon jetzt der bisherige Weltmeisterschafts-Rekord von 34 Partien (1927 zwischen Aljechin und Capablanca) um mindestens eine Partie übertrafen. Karpow verzichtete in der 34. Partie auf die Damenindische Verteidigung, mit der er in der 32. Runde die bisher einzige Niederlage erlitten hatte. Er wählte die Tartakower Variante des Damengambits, die sein Gegner konsequent anwendet.

Die Notation (Weiß Kasparow, Damengambit): 1.d4 S5, 2.e4 e6, 3.Sf3 d5, 4.Sc3 Lc7, 5.Lg5 b4, 6.Lb4 0-0, 7.e3 b5, 8.Lc3 Lb7, 9.Td1...

Karpow wählt mit Weiß denselben Aufbau. Allerdings pflegt Kasparow mit 9... Sbd7 zu antworten. In der 31. Partie hatte er damit ernste Probleme. Deswegen scheint Karpows nächster Zug am besten zu sein, um Ausgleich zu erreichen.

9... dxc4, 10.Lxc4 Sbd7, 11.Ld4 0-0, Besser als 9... Sbd7, 12.Lxf7, 13.Sc4 Lxc4, 14.Lb5! und Schwarz hat Schwierigkeiten in der c-Linie. Nun will Karpow mit 12... b5 neben 13... c5 aktiv werden.

12.d4 e5, 13.Ld3 exd4, 14.Lxd4... Oder 14.Sc4 Sd4 mit Ausgleich. 14... Sd5, 15.Lxf7 Dxf7, 16.d5 Sd4, 17.Dc3 Df5, 18.Sc4...

Nach Dxf7 fxe6 käme Schwarz zum Angriff am Königsflügel. 18... Df5, 19.Sg3...

Da 19.Sd4 an Dg4, 20.g3 Lxd5 schaltet, muß Weiß die Züge wiederholen. 19... Dg7, 20.Sc4 Df5, Remis.

NACHRICHTEN

Pokalspiel fällt aus

Berlin (sid) - Das für heute abend angesetzte Fußball-Pokalspiel zwischen Hertha BSC und Bayer Leverkusen fällt aus. Der Platz des Olympiastadions ist unbespielbar. Das Achtelfinale-Spiel soll im Januar nachgeholt werden, ein genauer Termin steht noch nicht fest.

Fährt Bellof für Tyrrell?

London (sid) - Ken Tyrrell, der Chef des gleichnamigen englischen Formel-1-Rennstalles, hat in London bekanntgegeben, daß der Gießener Stefan Bellof auch 1985 wieder für sein Team starten werde. Bellof dagegen erklärte, er wisse von nichts. Ein Schiedsgericht in Paris hatte zuvor die Entscheidung des Automobil-Weltverbandes (FISA) aufgehoben, nach der Tyrrell im Juli von den Weltmeisterschaftsläufen ausgeschlossen und den beiden Fahrern Bellof und Brundage die WM-Punkte aberkannt worden waren.

Medaille für Samaranch

Lausanne (dipa) - Die Stadt Lausanne hat den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, für seine Bemühungen um den IOC-Sitz in Lausanne mit der Goldmedaille der Stadt ausgezeichnet.

Gebühr nicht rechtmäßig

Paris (sid) - Die Forderung des Französischen Automobilsport-Verbandes (FFSA) nach rund 330 000 Mark als Straßennutzungsgebühr bei der Durchführung der Rallye Monte

Carlo wurde vom höchsten französischen Gericht in Paris für unrechtmäßig erklärt. Weil der Veranstalter der Rallye, der Automobilklub von Monaco, die Zahlung verweigert hatte, war die Rallye vom Terminkalender gestrichen worden. Eine Neuansetzung ist noch unsicher.

Essen entließ Trainer

Essen (sid) - Der Eishockey-Bundesligaklub EHC Essen-West hat gestern Trainer Heinz Zeres von allen Aufgaben entbunden. Als Begründung gab Vorsitzender Rainer Bäumker zu tiefe Risse zwischen Mannschaft und Trainer an. Ein Nachfolger für den 37 Jahre alten Zeres ist noch nicht bekannt.

Autorenrennen gefährdet

Le Mans (sid) - Wegen finanzieller Schwierigkeiten ist die Austragung des 24-Stunden-Rennens von Le Mans, neben den 500 Meilen von Indianapolis das berühmteste Langstrecken-Rennen der Welt, im nächsten Jahr gefährdet. Wenn dem Veranstalter bis zum Jahresende keine Hilfe von den kommunalen Behörden zugesagt wird, will er die Veranstaltung absagen.

Palmer fährt Zakspeed

Niederzessen (sid) - Der Formel-1-Rennstall Zakspeed, der 1985 erstmals mit einem neuentwickelten Wagen an der Weltmeisterschaft teilnehmen wird, hat den Engländer Jonathan Palmer als Fahrer verpflichtet. Der Formel-2-Europameister von 1983 gab nach ersten Testfahrten in Le Castellet seine Zusage.

STANDPUNKT / Der Minister und die „hungrigen Athleten“

Die Entscheidung, Sport als Beruf zu betreiben, steht jedem frei. Wir werden aber keinen Amateur mit dem Beruf Sportler besolden.“ Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat das gesagt. Eine Aussage, die nichts anderes beinhaltet als dieses: Spitzensport sollte hierzulande zwar vom Staat gefördert und unterstützt, aber niemals geführt, reglementiert oder verordnet werden. Sport muß für bleiben, kann nicht Pflicht werden.

So sehr Willi Weyers Ruf nach dem bezahlten Amateur westlicher

Prägung seine Berechtigung zu haben scheint - eine Bezahlung darf niemals von Staats wegen erfolgen. Sie kann - so Zimmermann - nur über solche Modelle wie das der Sporthilfe abgewickelt werden.

Der individuelle Spielraum, nicht der verbeamtete Sport - an diesen Grundsätzen will Zimmermann auch künftig festhalten. Wenn er sagt: „Wir fördern nur die Verbände“, so beinhaltet dies zugleich den Respekt vor der Autonomie des Sports. Wenn er sagt: „Eine gesetzliche Regelung des Bundes, Arbeits-

plätze für Olympiasieger zu schaffen, ist nicht möglich“, so ist dies zugleich die Aufforderung, andere Hilfe anzugehen zu lassen. Ein Beispiel dafür nennt Zimmermann selbst: Wäre er Kultusminister eines Bundeslandes, in dem ein arbeitsloser Olympiasieger lebe, so wäre dieser Mann die längste Zeit arbeitslos gewesen. Würde es dann ungerechterweise heißen, dieser Athlet habe seine Anstellung nur einer Medaille zu verdanken, „dann muß man eben da durch“ (Zimmermann).

Denn wer den Sport als Ausdruck

staatlicher Leistungsfähigkeit verstehe, müsse schließlich auch helfen, wenn ein Spitzensportler in die Sackgasse geraten sei. Wobei die Betonung eindeutig auf dem Wort „helfen“ liegt.

Helfen für den Sport gibt es genügend. Ob das auch künftig für Medaillen ausreicht? Zimmermann: „Ich kann keine hungrigen Sportler gebären.“ Sicher, diesen Hunger auf Medaillen müssen die Athleten selber entwickeln, ministeriell verordnet werden kann er nicht.

KLAUS BLUME

Was überzeugt täglich mehr und mehr interessierte Raucher?

Verblüffender Geschmack bei 0,2/2.

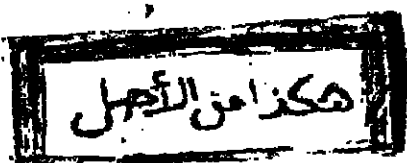
Dieser verblüffende Geschmack wird ermöglicht durch eine besonders gelungene Tabakmischung mit einem hohen Anteil wertvollster Virginia-Tabake.

Die besonders niedrigen Werte werden durch modernste Herstellungsverfahren des Hauses Reemtsma garantiert.

R1. Geschmack, der verblüfft.



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 2 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).



21. Dezember 1971

vom höchsten Punkt in Paris für umsonst. Weil der Veranstalter Automobilklub von Paris um Verweigerung des Termins nicht zu denken. Eine Neumarkierung.

ließ Trainer
- Der Eishockey-EHC Essen-West hat Heinz Zarnes gewonnen. Als Vorsitzender der Vereinskommission und Trainer der ersten Mannschaft ist er seit 37 Jahren nicht bekannt.

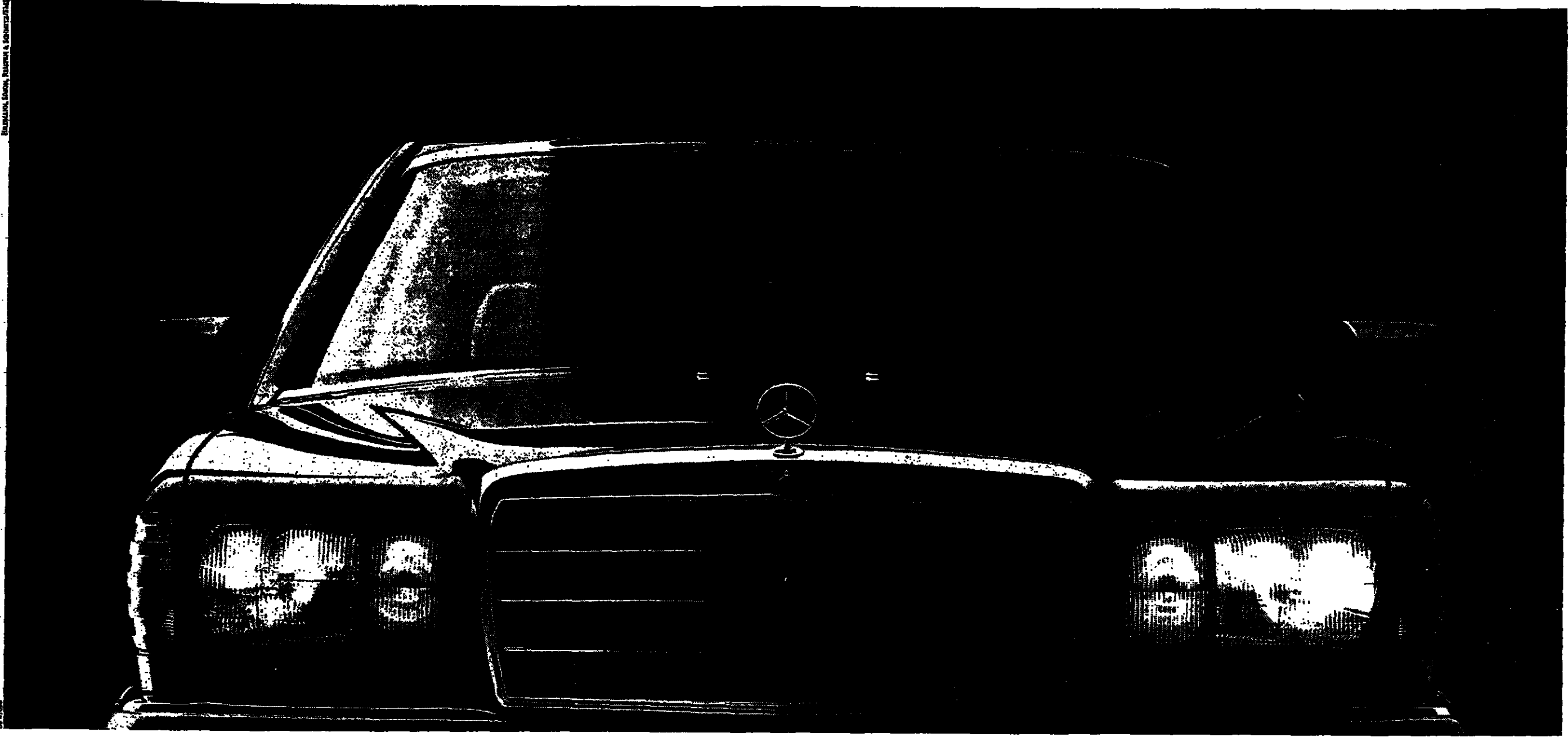
en gefährdet
- Wegen finanzieller Schwierigkeiten ist die Automobil-Rennserie von 500 Meilen von der Welt, in der gefährdet. Wenn dem zum Jahresende kommunalen Behörden, will er die Kosten.

ihrt Zakspeed
- Der Formel-1-Rennfahrer Zakspeed, der 1970 in der Weltmeisterschaft als Fahrer verlor, ist als Fahrer verpflichtet. Der Europameister hat seine Zusage.

hleten

zurückgeführt werden. Die Fahrer sind in der Regel auf dem Weg.

Die Fahrer sind in der Regel auf dem Weg. Die Fahrer sind in der Regel auf dem Weg.



Wer viel fährt, weiß, was er fährt.

Spätestens nach 50.000 gefahrenen Kilometern zeigt es sich, was ein Auto wirklich wert ist.

Dann bekommt man, oft genug schmerzhaft, zu spüren, ob man zuviel Geld ausgegeben hat für dynamische Sportlichkeit, elektronische Spielereien oder manch sinnlose Äußerlichkeiten.

Und zuwenig für Qualität, Sicherheit, Fahrkomfort und Zuverlässigkeit.

Es ist sicher kein Zufall, daß Mercedes-Fahrer mit ihrem Wagen im Durchschnitt mehr Kilometer zurücklegen als die Fahrer anderer Marken.

Und es ist bestimmt auch kein Zufall, daß

ein großer Teil der Firmenwagen Mercedes-Benz sind.

Wer beruflich viel unterwegs ist, überlegt sich gut, womit er am besten fährt.

Und wer es gewohnt ist, wirtschaftlich zu denken, investiert sein Geld lieber in etwas, das lange seinen Wert behält und sich auch gut wieder verkaufen läßt.

Mit einem Mercedes fährt man hier in jeder Beziehung gut.

Der vorbildliche Raum- und Sitzkomfort sorgt dafür, daß man auch auf langen Strecken seine Ruhe und Kondition behält.

Und die auf höchste Qualität und Präzision ausgerichtete Verarbeitung gibt jedem

Mercedes eine Funktionssicherheit, an die kaum ein anderes Fahrzeug herankommt.

Aber auch sonst hat man allen Grund, sich nicht nur mit, sondern auch in einem Mercedes sicher zu fühlen.

Denn wenn heute manche Sicherheitselemente eines Automobils, die zuerst von uns entwickelt worden sind, mittlerweile auch bei anderen zu finden sind, so haben wir doch auch auf diesem Gebiet einen noch immer beachtlichen Vorsprung.

Kein Wunder also, daß sich so viele „Dauerfahrer“ für einen Mercedes entscheiden. Wer viel fährt, hat eben viel Erfahrung.

Und Erfahrung macht klug.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft

Aktuell

Die WELT wird elektronisch hergestellt: An Bildschirm-Terminals werden die Texte in einen Datenspeicher eingegeben und dann in einer Belichtungseinheit vollautomatisch gesetzt – um ein Vielfaches schneller als im herkömmlichen Bleisatz.

Und die WELT-Redaktion ist ohnehin schon schneller, weil sie in Bonn arbeitet: direkt im Zentrum der deutschen Politik. Das gibt der WELT einen oft entscheidenden Aktualitäts-Vorsprung.

Probieren Sie's aus.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

09-10

Unser nächster Beitrag.

Volkswagen und Audi erweitern jetzt durch ein Nachrüstangebot mit Katalysatoren ihr Angebotschadstoffarmer Automobile auf alle neuen Personenwagen-Modelle mit Ausnahme des Käfers.

Wir hatten bereits zum Jahresanfang mit abgasgereinigten Katalysator-Fahrzeugen und ab Herbst mit der sogenannten Beipack-Lösung auf die jüngste Entwicklung auf dem Automobilsektor reagiert. Kernstück dieser Technik mit Lambda-Regelung ist bisher ein 1,8-l-Einspritzmotor mit 66 kW (90 PS), der auch weiterhin beibehalten wird. Jetzt haben wir weitere wirksame

Lösungen für Vergaser-, Einspritz- und Dieselmotoren entwickelt und erprobt.

Sie bestehen aus Katalysatoren, Abgasrückführungsanlagen und elektronischen Zündsystemen, die je nach Motor einzeln oder kombiniert eingesetzt werden und die Stickoxid-Emissionen bis zu 50 % des heutigen Grenzwertes reduzieren.

Die Verwendung eines Katalysators ohne Lambda-Regelung bewirkt zwar eine geringere Absenkung im Vergleich zum Katalysator mit Lambda-Regelung, führt aber kaum zu Kraftstoff-Mehrverbrauch. Leistung und Drehmoment bleiben im

wesentlichen unverändert.

Die Preise sind günstig: für Katalysatoren von DM 430,- bis DM 950,- (unverbindliche Preisempfehlung ab Werk zuzüglich geringer Montagekosten). Diese Nachrüstsätze können bei allen ab sofort gekauften Fahrzeugen ab Frühjahr 1985 von jedem V.A.G. Partner eingebaut werden.

Die Vorteile dieser Maßnahme liegen auf der Hand.

Zum einen: Umweltschutz durch Abgasreinigung.

Zum anderen: die Sicherheit, ein Auto zu fahren, das Zukunft hat.



Die Union vermeidet das Wort „Alleingang“

Medien-Streit: Weitere Runde schon bald im neuen Jahr?

GERNOT FACIUS, Bonn

Auch nach dem Scheitern der Verhandlungen über einen Medien-Staatsvertrag vermeiden die von der Union geführten Landesregierungen bei der Beschreibung ihrer künftigen Strategie das Wort „Alleingang“. Einen Tag nach dem ergebnislosen Ende der Ministerpräsidenten-Beratungen über das Dauerstreitthema einer neuen Rundfunkordnung unter Beteiligung privater Veranstalter griff der Sprecher der rheinland-pfälzischen Landesregierung, Hanns Schreiner, zu einer eher zurückhaltenden Formulierung: „Wir sind zunächst zu einem Alleinweg gezwungen worden.“ Dahinter steht die Hoffnung, daß die SPD-Regierungschefs nach einer gewissen Frist an den Verhandlungstisch zurückkehren werden. Nur der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich, hielt gestern öffentlich an der Forderung nach einem „Alleingang der unionsregierten Bundesländer zur Gestaltung der künftigen elektronischen Medienlandschaft“ fest. Weirich sah die SPD-Ministerpräsidenten unter einem starken Druck der Basis.

In der Mainzer Staatskanzlei hat man aber noch eine andere Begründung für den SPD-Widerstand, mit dem die Unterschrift unter einen Staatsvertrag verhindert wurde. Die sozialdemokratisch regierten Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen würden die jetzt entstandene Situation nutzen, um sowohl beim WDR-Hörfunk als auch beim 3. Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks Werbung in expansiver Weise einzuführen.

Die Warnung aus Mainz

Eine deutliche Warnung vor einem solchen Verhalten klang in der Stellungnahme von Ministerpräsident Bernhard Vogel (Mainz) an: Die „Basis von Bremerhaven“ (der Ministerpräsidentenbeschluss vom 19. Oktober) könne nur dann fortgehen, wenn in der Zwischenzeit die Verweigerung der nicht Tatsachen schaffenden, die die Ministerpräsidenten der Union dazu zwingen, auch ihrerseits den damals gefundenen Kompromiß zu verlassen. Wer es in Bremerhaven ernst gemeint habe, so Vogel zur WELT, könne die Verweigerung vom Mittwoch kaum sachlich begründen. Geradezu paradox sei, daß die Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rund-

funk, die am 19. Oktober zugesichert worden sei, nun gerade durch das Verhalten der SPD-regierten Länder in Frage gestellt werde. Vogel: Für eine solche Garantie sei das „Mitte aller elf Länder“ erforderlich, „nicht nur das Handeln von sieben“.

„Faire Chance für Private“

Der rheinland-pfälzische Regierungschef gab sich mit einer reinen Duldung privater Veranstalter durch seine SPD-Kollegen nicht zufrieden. „Duldung für die Privaten, weil man sie doch nicht verhindern kann, ist nicht genug, sie brauchen eine faire Chance, die am Mittwoch eben nur die unionsregierten Länder zu geben bereit waren.“ Es gehe daher nicht an, den öffentlich-rechtlichen Anstalten, die in diesem Jahr vier Milliarden Mark an Gebühren - staatsvertraglich gesichert - und 1,8 Milliarden Mark Werbeeinnahmen verzeichnen könnten, nochmals zusätzliche Werbeeinnahmen „ausschließlich auf Kosten der privaten Anbieter zuzuschlagen, die bekanntlich noch bei Null stehen“.

Die Möglichkeit eines Unions-Alleingangs wurde auch vom Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel (SPD) nicht allzu hoch eingeschätzt. Denn dann, so Vogel, würde es mit Sicherheit eine Anrufung des Bundesverfassungsgerichts geben, die Karlsruhe Richter hätten in einem solchen Fall die Frage zu klären, ob denn „ein Bundesland bewußt in ein anderes Bundesland über Satelliten hineinstrahlen kann“. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz machte klar, daß seine Partei konzentriert mit dem Argument Nordrhein-Westfalen um einen Kompromiß werben wird. Die privaten Anbieter seien zu Investitionen nur dann bereit, wenn sichergestellt sei, daß sie ihre Programme auch in Nordrhein-Westfalen in die Kabelnetze einspeisen könnten. Ministerpräsident Rau schlug vernünftliche Töne an. Er werde auf jeden Fall ein Gesetz vorlegen, mit dem privater Rundfunk in Nordrhein-Westfalen zugelassen werden solle.

Auf „Offenhalten“ setzt auch der Stuttgarter Regierungschef Lothar Späth (CDU). Späth kündigte für das Treffen der Ministerpräsidenten von CDU und CSU am 14. Januar Bemühungen an, die den SPD-Ländern den Weg zu einem Kompromiß möglich machen sollen.

Regierungskrise in Israel beigelegt

lav/DW, Jerusalem

Der Überlebenswille der beiden Großblöcke in der israelischen Regierung - der Arbeiterpartei unter Premier Shimon Peres und des „Likud“ unter Jitzhak Shamir - hat zur Beendigung der jüngsten Regierungskrise innerhalb von 48 Stunden geführt. Der nach dem Rücktritt eines Schas-Ministers ausgelöste Konflikt hatte zur ersten schweren Krise der Großen Koalition von neun Parteien seit ihrer Gründung im September geführt.

In einer Nachtsitzung, die um ein Uhr früh endete, kam es zur Einigung, nachdem der Likud auf seinen Schützling, die ultraorthodoxe Klempartei „Schas“, Druck ausgeübt hatte. Das Resultat: Die National-Religiöse Partei (NRP) unter Barak erhält das Religionsministerium, Schas bekommt das Innenministerium, aber mit etwas beschränkteren Befugnissen.

Bei der Regierungsbildung hatte Ministerpräsident Shimon Peres vorläufig das Innen- und das Religionsministerium selbst übernommen. Diese Regelung sollte solange gelten, bis zwischen den Forderungen von Schas und NRP über die Besetzung der Ministerien eine Einigung erzielt sei.

Es ist schwer zu sagen, wer als Gewinner aus dieser Regierungskrise hervorgeht. Am ehesten noch die Arbeiterpartei, denn sie hat weniger Verzicht geleistet als der Likud. Viele Beobachter erblicken hier auch einen Wettstreit innerhalb des Likud, genauer gesagt, innerhalb der von Außenminister Shamir geführten Sektion der „Herut“-Partei. Shamirs Rivale um die Führung der Partei, Vizepremier David Levy, gelang es zu beweisen, daß er die Geschichte der Partei besser im Griff hat als Shamir. Levy hatte die Krise entfacht, er war es auch, der sie beilegte. Shamir war bei Ausbruch der Regierungskrise in Südamerika, doch brach er die Reise ab und kehrte sofort zurück, um an der Beilegung mitzuwirken.

Doch was diese Krise nur ein Vorgeschmack der wirklichen Krisen, die noch bevorstehen, wenn es um etwas Wesentliches geht. Das betonte Shamir in einem Fernsehinterview und fügte hinzu: „Wir haben uns der nationalen Einheitsregierung angeschlossen, um zu verhindern, daß wir Teile der Westbank aufgeben, daß wir die Besiedlung der Westbank vernachlässigen, oder daß wir ohne ausreichende Sicherheiten aus Libanon abziehen.“

Weinberger: Verteidigung im Weltraum ist auch ein Schutzschild für Europa

„Hoffnung für eine Zukunft ohne Nuklearwaffen“ / Warnung an die Adresse Moskaus

FRITZ WITTE, Washington

Knapp drei Wochen vor dem Genfer Dialog zwischen dem Außenminister Shultz und Gromyko, bei dem die strategische Verteidigungsinitiative „Star Wars“ ein zentrales Thema sein wird, hat US-Verteidigungsminister Casper Weinberger dieses Programm gegen Kritiker innerhalb und außerhalb des Atlantischen Bündnisses mit bemerkenswerter Schärfe und Deutlichkeit verteidigt.

Ich weiß, daß einige Europäer fürchten, diese Verteidigungsinitiative könnte Amerika von Europa abkoppeln. Das ist völlig falsch. Die Sicherheit der Vereinigten Staaten ist untrennbar von der Sicherheit Europas. Wir arbeiten eng mit allen unseren Verbündeten zusammen, um sicherzustellen, daß dieses Programm unserer Sicherheit als ganzer nützt“, erklärte Weinberger in einer Rede vor Auslandsjournalisten in Washington.

Der Minister ging in einer anschließenden Fragestunde auch auf die angebliche Kritik an diesem Programm durch Präsident Mitterrand, Premierminister Thatcher und Bundeskanzler Kohl ein. Er akzeptierte dabei lediglich die Äußerungen Mitterrands als „relativ negativ“, was wohl darauf zurückzuführen sei, daß dieser noch nicht voll über diese strate-

gische Verteidigungsinitiative informiert sei, schloß jedoch Frau Thatcher und Kanzler Kohl aus dem Kreis der Kritiker aus. „Ich hatte das Vergnügen, mit beiden in den letzten drei Wochen zu sprechen, und habe dabei keine Opposition gespürt, wohl aber den starken Wunsch nach Information und ein Gefühl, das wir alle teilen, nämlich, daß niemand eine Verschärfung des Rüstungswettlaufs wünscht.“

Eine wirkungsvolle strategische Verteidigung könne nicht nur die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen konventionellen Attacke auf Westeuropa reduzieren, sondern könne zugleich einen wirksamen Schutz gegen sowjetische Mittelstreckraketen vom Typ SS 20 bilden.

Das sogenannte Star-Wars-Programm“, erklärte Weinberger, ist die einzige wirkliche Hoffnung für eine Zukunft ohne Nuklearwaffen. Dieses System ist gedacht, Waffen und nicht Menschen zu vernichten. Wir wollen versuchen, sowjetische Raketen mit nicht-nuklearen Mitteln zu zerstören, bevor sie in die Nähe irgendwelcher Ziele in unserem Lande oder in der Allianz kommen. Die Wahl liegt nicht zwischen der Verteidigung von Menschen oder Waffen. Unser Ziel ist es, jene Waffen zu zerstören, die Menschen töten.“

„Diese Reise in eine sichere Welt wird nicht leicht und nicht kurz sein“, fuhr Weinberger fort, „doch ich bin sicher, daß wir die vor uns liegenden technischen Probleme meistern können, so wie wir in der Vergangenheit viele technische Wunder vollbracht haben.“

Das „Timing“ dieser bemerkenswerten Rede des amerikanischen Verteidigungsministers ist kein Zufall. Sie ist ganz offensichtlich eine Antwort auf Äußerungen des sowjetischen Politbüromitglieds Gorbatschow in den letzten Tagen in London, in denen Gorbatschow warnte, es gebe wenig Hoffnung für einen Stopp des nuklearen Rüstungswettlaufs, solange Washington „an sogenannten Star-Wars-Programmen festhalte“. Der sowjetische Politiker hatte allerdings zugleich betont, die amerikanischen Versuche stellten die Genfer Gespräche, in die Moskau eine Vorbedingung gebe, nicht in Frage.

Weinberger sagte - ohne ihn beim Namen zu nennen - an Gorbatschows Adresse: „Präsident Reagan hat deutlich gemacht, daß er die Bedrohung aller Nuklearwaffen reduzieren möchte.“ Der Präsident sei fest entschlossen, diese Verpflichtung gegenüber dem amerikanischen Volk und den amerikanischen Verbündeten zu erfüllen.

USA: Streit um Veröffentlichung über Satelliten

with Washington

Die geplante Entsendung eines Spionage-Satelliten mit Hilfe einer Weltraumfähre hat die bisher schwerste Fehde zwischen der Reagan-Administration und der Washington Post ausgelöst (WELT v. 19. 12.). Das amerikanische Verteidigungsministerium hatte in den letzten Wochen erhebliche Anstrengungen unternommen, Einzelheiten über den Satelliten geheimzuhalten und einige Zeitungen und Fernsehanstalten, die im Besitz von Informationen über diese Weltraum-Mission waren, gebeten, diese Informationen zurückzuhalten.

Die „Washington Post“ durchbrach diesen Geheimnisschleier und enthielt, daß es sich um eine neue Generation von Spionage-Satelliten handele. Er sollte direkt über der westlichen Sowjetunion stationiert werden und in der Lage sein, Radiosignale von sowjetischen Raketenstarts, die möglicherweise nukleare Rüstungskontrollabkommen verletzen, direkt in die USA weiterzuleiten.

Der sichtlich verärgerte Verteidigungsminister Casper Weinberger nannte die Veröffentlichung der „Washington Post“ den „Gipfel der Verantwortungslosigkeit“ und beschuldigte die Zeitung, die nationale Sicherheit gefährdet zu haben. Außerdem seien die Informationen der „Washington Post“ ungenau.

Nachrichten über den geplanten Start der Weltraumfähre in geheimer Mission, der für den 23. Januar vorgesehen ist, kursierten seit drei Wochen in Washington. Sie drohten am 1. Dezember bereits an die Oberfläche zu kommen, so daß Weinberger seinerzeit ein Gespräch mit dem deutschen Bundeskanzler in Washington unterbrechen mußte, um in Telefongesprächen einige Zeitungen und Fernsehanstalten zu beschwören, die Nachrichten geheimzuhalten. „Es war das erste Mal in meinem Leben, daß ich solche Gespräche führen mußte“, sagte Weinberger später, „und ich hoffe, daß es nicht wieder nötig sein wird.“

Die „Washington Post“ verteidigte gestern in einem Leitartikel die Veröffentlichung dieser Informationen. Sie behauptete, daß alles, was sie zu diesem Thema berichtet habe, bereits vorher in anderen Publikationen zu lesen gewesen sei. Im übrigen sei sie nicht von Verteidigungsminister Weinberger angefragt und gebeten worden, diese Geschichte nicht zu veröffentlichen.

Gewerkschaft greift Grüne an

hey, Bonn

Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie hat erneut die Grünen insbesondere wegen ihrer Energiepolitik und ihrer Haltung zur Gewaltfrage angegriffen. In der jüngsten Ausgabe der IGBE-Mitgliederzeitung „Einheit“ wird ihnen vorgeworfen, daß sie mit ihrem Verstromungsverbot für die heimische Kohle einen „Giftbecher“ gemischt hätten, „der den deutschen Bergbau in den Sarg bringen würde. Nach den „Express“-manövern“ gegenüber der hessischen SPD und dem Generalangriff auf die deutsche Kohle seien von der „klassischen Arbeiterpartei“, der SPD, angesichts der arbeitnehmerfeindlichen Ziele „mehr denn je glaubwürdige Absagen“ an die Politik der Grünen notwendig. Weiter wirft das Gewerkschaftsorgan der Partei ein gebrochenes Verhältnis zu Recht und Gesetz vor.

Andreotti zu Besuch in Polen

dpa, Warschau

Zu einem viertägigen offiziellen Besuch ist der italienische Außenminister Giulio Andreotti gestern in Polen eingetroffen. Er ist nach der Visite des griechischen Regierungschefs und Außenministers Andreas Papandreu der zweite Außenminister eines NATO-Landes, der nach Verhängung des inzwischen wieder aufgehobenen Kriegsrechts in Polen nach Warschau kam.

Andreotti trifft in Polen mit den führenden Vertretern der Regierung zusammen. Vorgesehen ist ein Meinungsaustausch mit dem Primas der katholischen Kirche, Kardinal Jozef Glemp, wie auch ein Besuch am Grab des ermordeten Priesters Jerzy Popieluszko. Andreotti hatte Anfang Dezember in Rom mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher über die Ziele seiner Reise nach Warschau gesprochen.

Früherer Minister bittet um Asyl

SAD/dpa, London

Der frühere nigerianische Verkehrsminister Umaru Dikko, der im vergangenen Juli Opfer einer spektakulären Entführungsaffäre werden sollte und in letzter Minute vor dem Rücktransport nach Lagos in einer Hubschrauberlandeung in Großbritannien entdeckt wurde, hat in Großbritannien um politisches Asyl gebeten. Er hätte nach den britischen Einwanderungsgesetzen gestern das Land verlassen müssen. Die zuständigen Behörden beschäftigen sich bereits mit seinem Asyl-Antrag.

Dikko, einer der führenden Politiker der letzten nigerianischen Zivilregierung und in seinem Heimatland der Korruption in großem Ausmaß beschuldigt, gilt für die gegenwärtige Militärregierung als „meistgesuchter Mann“. Drei Israelis und ein Nigerianer, die an der versuchten Entführung beteiligt waren, sind in Haft.

Ogarkow meldet sich wieder zu Wort

Warnung vor nuklearer Überrüstung / Weiter militärpolitischer Vordenker des Kreml?

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Zwei Monate nach seiner Absetzung als Generalstabschef der Sowjetunion hat sich Marschall Nikolai Ogarkow mit einem Zeitungsartikel über strategische Rüstung zu Wort gemeldet. Diese Veröffentlichung in der November-Ausgabe der offiziellen Zeitschrift „Kommunist in den Streitkräften“ (Kommunisti wojskowy) hat im Westen Beachtung gefunden. Der Eindruck wurde bekräftigt, daß der am 6. September von Marschall Sergei Achromjew abgelöste Ogarkow weder in der Versenkung verschwunden ist noch auf seine Rolle als militärpolitischer Vordenker der Sowjetunion verzichten mußte.

Im Westen war vielfach vermutet worden, daß Äußerungen Ogarkows am 9. Mai in der Armeezeitung „Roter Stern“ Anlaß zu seiner Amtsenthebung waren. Damals hatte er die These vertreten, die Anhäufung nuklearer Waffen könne keiner Seite einen Vorteil bringen. Der Angegriffene werde auf jeden Fall in der Lage sein, dem Angreifer „unannehmbar hohen Schaden“ zuzufügen. Daran knüpfte

Ogarkow den Gedanken, daß der konventionelle Teil der Rüstung gestärkt werden müsse.

In dem neuen Artikel Ogarkows fehlt der Hinweis auf konventionelle Rüstung und Weltraumwaffen. Aber ansonsten wiederholt er - zum Teil Wort für Wort - seine Kritik an der Nuklearrüstung. Er schreibt, daß die weitere Anhäufung nuklearer Waffen angesichts der ungefähren Parität beider Seiten „sinnlos“ sei. „Maximale Vorräte nuklearer Waffen“ erhöhen nur die Gefahr, daß der Angreifer einem zerstörenden Gegenschlag ausgesetzt werde.

Obwohl Ogarkow positive Hinweise auf die neu einschlagende Richtung der sowjetischen Militärpolitik unterläßt, ist seine Kritik an der Nuklearrüstung, die er indirekt als Überrüstung kennzeichnet, unübersehbar. Als bemerkenswert gilt in diesem Zusammenhang, daß der im November erschienene Artikel Ogarkows etwa sechs Wochen nach seiner Absetzung als Generalstabschef in die Druckerei ging.

Eine Reihe westlicher Beobachter ist der Ansicht, daß Ogarkow tatsäch-

lich wegen seines Mai-Artikels gehen mußte, weil er über die damit enthaltenen Änderungen zur Militärstrategie hinaus in Bereiche der sowjetischen Militärdoctrin vorgedrungen war. Nach sowjetischer Definition ist die Militärdoctrin „das im Staat bestehende System von Anschauungen über die wichtigsten grundlegenden Fragen des Krieges“. Damit ist die Militärdoctrin eine Sache des Staates, spricht des Zentralkomitees und des Politbüros, die der Militärstrategie übergeordnet sind.

Mit anderen Worten: Ogarkow habe die Regeln der Hierarchie verletzt, was in der Sowjetunion zu Konsequenzen führen müsse. Die Sowjets wußten aber, daß Ogarkow einer ihrer fähigsten Denker ist. Ihm werde es gestattet, weiter die Diskussion um grundlegende militärpolitische Fragen zu befruchten. Es gibt auch Meldungen, wonach er den Oberbefehl über sämtliche im Westen der UdSSR stationierten Streitkräfte der Sowjetunion und auch ihrer Verbündeten übernehmen solle. Damit unterstützt er direkt dem obersten Militär der Sowjetunion. (SAD)

Khadafi für „Weltkongreß über Terrorismus“

G5/DW, Madrid

Der libysche Revolutionsführer Khadafi hat in Palma de Mallorca den Vorwurf, sein Land finanziere Terrororganisationen, als „zionistische Propaganda“ bezeichnet. Offensichtlich um von den Beschuldigungen abzulenken, setzte er sich für einen Weltkongreß ein, der sich ganz allgemein mit dem Terrorismus beschäftigen solle. Khadafi war zuvor mit dem spanischen Ministerpräsidenten Gonzalez zusammengetroffen. Dieser berichtete, er habe mit Khadafi die Situation im Nahen Osten erörtert - offensichtlich um zu sondieren, wie er auf den bevorstehenden Austausch diplomatischer Beziehungen zwischen Spanien und Israel reagieren würde. Khadafi, der seine Beziehungen zu Spanien als „sehr positiv“ bezeichnete, meinte, die Welt beschäftige sich mit der Auslöschung des zionistischen Staates, nicht aber mit seiner Anerkennung. Auf die Frage, ob die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla durch den Zusammenschluß Libyens und Marokkos bedroht seien, sagte Khadafi, der Gewaltanwendung ausschloß: „Das sind arabische Städte. Warum also die spanische Sorge darüber?“

CDU: Lex Schily macht freies Mandat zur Farce

hey, Bonn

CDU/CSU und SPD haben den Beschluß der Grünen über die Mandatsverlängerung für den Bundestagsabgeordneten Otto Schily und dessen Taktiken im Flick-Ausschuß kritisiert. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Bohl, meinte: „Das hatten wir noch nicht: der Flick-Untersuchungsausschuß als Mandatsverlängerungsinstrument.“ Vor Bohl hatte SPD-Chef Willy Brandt das Parlamentsgremium schon ironisch als „Schily-Verlängerungsausschuß“ bezeichnet.

Nach den Worten Bohls wird das freie Mandat „zur Farce“, wenn - wie geschehen - die Grünen in NRW die Mandatszeit von Schily bis zum Abschluß der Ausschussarbeit verlängern. Die strenge Bindung an die Verfassung, nach der Abgeordnete nur ihrem Gewissen unterliegen, würde für Schily anscheinend „nur gelten, wenn es im Interesse der Grünen liege“. Bohl selbst Ausschussmitglied, rechnet damit, daß dieser „seine langatmigen Befragungen“ noch weiter ausdehnt. Er werde „sich weniger an der Sache“ orientieren, „nur um sein Mandat selbst zu verlängern“.

Geldstrafe wegen „Steuererminderung“ bei Parteispende

AP, Köln

In einem weiteren Parteispendenprozeß hat ein Kölner Schöffengericht gestern den 80-jährigen Unternehmer Bruno Jöster zu einer Geldstrafe von 7000 Mark wegen sogenannter leichtfertiger Steuerverkürzung verurteilt. Jöster, Mitinhaber einer Kölner Firma, hatte in den 70er Jahren für Zahlungen an die Kölner CDU in Höhe von insgesamt 48 000 Mark Spendenquittungen des „Seminar für sozial- und staatspolitische Bildung“ der christlichen Arbeitnehmerschaft in Köln erhalten, und steuermindernd geltend gemacht. Erstmals in den bisherigen Parteispendenprozessen haben die Kölner Richter in diesem Fall der sogenannten „Umwegfinanzierung“ jedoch keine vorsätzliche Steuerhinterziehung. Der Angeklagte habe sich lediglich „grob fahrlässig“ verhalten, als er „blindlings“ die von seinem Steuerberater erstellten Steuererklärungen unterschrieben habe. Bei dieser Entscheidung der Kölner Amtsrichter handelt es sich um das bundesweit vierte Urteil im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Steuerhinterziehung bei der umstrittenen „Umwegfinanzierung“ der Parteien.

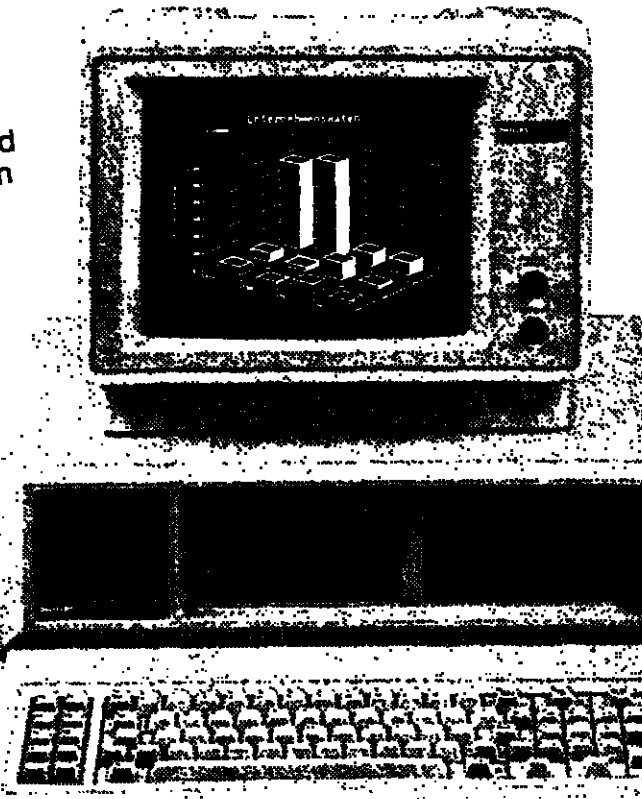


PHILIPS

Unser Disponent hat was mit der Buchhalterin und die wiederum mit dem Verkaufsleiter:

Richtig, unser Disponent muß mehrmals am Tage mit der Buchhalterin die Bestände abstimmen und die wiederum muß diese Bestände dann in Zahlen fixieren und als »intime« Botschaft verschlüsselt dem Verkaufsleiter übermitteln. Daß dieser Informationsaustausch so reibungslos und vor allem blitzschnell funktioniert, verdanken wir unserem Personalcomputer von Philips. Jeder wichtige Mitarbeiter hat einen leistungsstarken Philips PCP 3100 auf dem Schreibtisch und so einen direkten Zugriff auf alle für seinen Arbeitsplatz relevanten Daten. Softwarepakete gibt's passend für jede Aufgabenstellung, und die Kompatibilität zur Großrechenanlage ist gegeben. Und der Philips-Service arbeitet prompt und zuverlässig. Der Philips PCP 3100 steht für Sie einsatzbereit beim Philips-Bürofachhändler und freut sich auf neue Aufgaben bei Handel, Handwerk und Freiberuflern.

Philips PCP 3100.
Der Computer für alle!



Philips Kommunikations Industrie AG

Philips Kommunikations Industrie AG
Unternehmensbereich Philips Data Systems
Abteilung MA-K 394
Postfach 21 01 45
5500 Siegen

Data Systems TEKA DE Formulare und -drucker

هكذا من النقص

Freitag, 21. Dezember 1984
Nr. 299

Streit um
Entwicklung
Satelliten

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Die Entscheidung über die Entwicklung von Satelliten ist ein Streit zwischen der Bundesregierung und der Westdeutschen Rundfunkgesellschaft (WDR). Die WDR will die Entwicklung von Satelliten für den Fernsehmarkt, während die Bundesregierung dies ablehnt, da es die Entwicklung von Satelliten für militärische Zwecke fördern würde.

Neuer Schrecken

J.G. - Auch die Experten erlauben sich die EG-Partner der Deutschen ihren Stahlindustrien für das feierlich beschworene Subventionsende-Jahr 1985 im letzten Aufguss an Staatszuschüssen zugeordnet haben, summiert sich auf gut 22 Milliarden Mark oder gleich dem Doppelte der seit 1980 gewährten Jahresrate. Im Extremfall des italienischen Staatskonzerns Finisider, inzwischen nahezu der größte EG-Stahlproduzent, macht der Staatszuschuss dann schon 850 Mark je Walzstahltonne oder ebensoviele wie der Marktpreis der Tonne aus.

Der Schrecken wird noch schrecklicher ob der vor allem von Italien und Frankreich noch nachgeschobenen Subventionsbegehren von weiteren zehn Milliarden Mark, die gleichfalls 1985 fließen sollen. Wenigstens das hat mit Vorreiterrolle der Deutschen der EG-Ministerrat dieser Tage abgelehnt. Ob es gütig, wird (vielleicht) die nächste Ratssitzung im Januar lehren.

Doch auch die 22 Milliarden bleiben eine Schreckenssumme. Tolerieren kann man sie zum Ende des von weitaus sozialliberaler Bonner Regierungskoalition geduldeten Subventionswahnsinns nur unter einem Aspekt: Die EG-Partner

müssen damit wirklich den notwendigen Abbau ihrer überschüssigen Stahlkapazitäten realisieren, statt Steuerzahlergeld in neue Stahl-Freikämpfe zu stecken. Die nämlich würden das schon überlange Stahl-Elend verewigen.

Unsicherheiten

adh. - Selbstbewusst präsentiert sich die deutsche Automobilindustrie über ihren Branchenverband bei der Abwehr der Folgerungen, die die Industriegewerkschaft Metall aufgrund einer Studie zu den Beschäftigungsrisiken in der Branche gezogen hat. Wo die Gewerkschaft derartige Risiken sieht, wittert die Automobilindustrie Chancen. Die Hersteller betonen, daß man vor allem in der Leistungsfähigkeit der Anlagen nach den gigantischen Investitionen der zurückliegenden Jahre die Nase wieder vor den Japanern habe.

Sicher, die neue (Mikro-) Technologie und der Höhenflug des Dollars haben für die deutschen Automobilproduzenten in diesem Jahr Früchte getragen und für die Glättung der Folgen des langanhaltenden Streiks gesorgt. Als Unsicherheitsfaktor für die künftige Entwicklung wirkt freilich die Katalysatordiskussion ohne Ende. Hier liegen Risiken für die Beschäftigung, denen aber mit Ausschüssen und öffentlicher Koordination nicht beizukommen ist.

Neue Ackerfurchen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Für die Agrarpolitik war 1984 ein ereignisreiches Jahr. Man könnte sogar von einer Wende sprechen, wenn das, was in den letzten Monaten geschehen ist, konsequent weiterverfolgt würde. Denn im Mittelpunkt standen zuletzt, wenn auch das Wort vermieden wird, direkte Einkommensübertragungen.

Das lag schlicht daran, daß die Einkommenspolitik über den Preis am Ende war und ist. Und zwar nicht wegen der enormen Überschüsse, die sind systembedingt und waren auch vorhersehbar, sondern es fehlt das Geld. Wäre aus der EG-Kasse noch etwas zu holen gewesen, wäre die Butter noch höher gestapelt worden. Aber schon das Vorhandensein war nur über Tricks finanzierbar.

Die Quotenregelung auf dem Milchmarkt ist der Versuch, das System der garantierten Preise zumindest für eine nach oben begrenzte Menge zu retten. Dafür wird sogar ein gewaltiger Dirigismus in Kauf genommen. Dabei wird der Absatz noch nicht einmal in Höhe des Verbrauchs abgesichert, sondern es sind auch weiterhin erhebliche Überschüsse eingeplant. Dies engt die Möglichkeit für die Landwirtschaftsminister ein, höhere Preise zu beschließen.

Die meisten Experten im Bonner Landwirtschaftsministerium haben daher Ignaz Kiechle gewarnt, von einer aktiven Preispolitik zu sprechen, wie das Fachwort für höhere Preise heißt. Im Gegensatz zum Bauernverband benutzt er es auch nur sehr konditioniert. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat den Begriff der Experten aufgegriffen, er spricht jetzt von einer aktiven Einkommenspolitik, was eben mehr ist als Preispolitik und neben Stenervergrößerungen auch Entlastungen bei den Ausgaben umfaßt. Dazu gibt es Ansätze, wenn auch noch mit Widerständen.

Erinnern wir uns: Um die Preisentkennung aufgrund des Abbaus des deutschen Agrarüberschusses zum 1. Januar 1984 um fünf Punkte auszuhebeln, wurde die Steuerpauschale schon am 1. Juli 1984 gleich von acht auf 13 Prozent erhöht, können die Bauern ihren Abnehmern fünf Prozent mehr Mehrwertsteuer in Rechnung stellen, ohne sie an den Fiskus abführen zu müssen. Geschätzte Steuerminderungen: 2,7 Milliarden Mark im Jahr. Zunächst war nur eine um drei Prozent höhere Pauschale für angemessen gehalten worden. Aber die Abgeordneten saßen auf dem Punkt, daß diese Agrar-Experten, da diese an den Umsatz gekoppelte Maßnahme die größeren Betriebe stärker begünstigt als die kleineren.

Sie hätten die zusätzliche Milliarde lieber zielgerichtet ausgegeben, gemäß dem Hauptpostulat der Bundesregierung, nämlich der Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe. Dabei handelt es sich zwar um einen unbestimmten Begriff. Aber Ignaz Kiechle hat ihn präzisiert. Ihm geht es um die untere Hälfte, um die einkommensschwächeren Vollerwerbsbetriebe. Diesen wird mit den für 1985 um ein Viertel auf 3,75 Milliarden Mark aufgestockten Bundeszuschüssen zur Alters-, Kranken- und Unfallversicherung, die zum Teil noch sozial gesteuert sind, mehr geholfen als über den Preis. Dies gilt auch für die Ausgleichszulagen für Landwirte in benachteiligten Gebieten, die auch um mehr als 100 Millionen Mark angehoben werden. Und 1986 soll in diesen Bereichen noch mehr geschehen.

Gemessen an dem Ziel der Existenzsicherung ist dies adäquat. Vor allem: Diese Subventionen kommen bei den Bauern auch an, was bei der Einkommenspolitik über den Preis zum Teil der Fall ist. So hat der liberale Kronberger Kreis für die Bundesrepublik ermittelt, daß die Preisstützung mehr kostet, als die Vollerwerbsbetriebe im Durchschnitt mit ihrer Arbeit verdienen. Innen wäre also mehr geholfen, wenn ihnen die Beträge direkt überwiesen würden, statt daß die Preise hoch gehalten werden. Auch aus diesem Grund war die Fachleute vor einer aktiven Preispolitik.

Leider gehen Wunsch und Absicht in der Landwirtschaftspolitik in eine andere Richtung. Angestrebt werden höhere Preise und höhere Zuschüsse. Keine günstige Perspektive. Denn so werden Steuerzahler und Verbraucher zur Kasse gebeten. Direkte Hilfen wären, da es keine Steuererlässe gibt, wirksamer und billiger. Die Experten müssen aber wohl noch erhebliche Aufklärungsarbeit leisten, bis das, was zuletzt auf den richtigen Weg gebracht wurde, auch den notwendigen Stellenwert erhält.

OECD / Optimistische Prognose für Produktion und Preisentwicklung veröffentlicht

Die Industrieländer stehen vor dem stärksten Wachstum seit acht Jahren

Die meisten westlichen Industriestaaten haben die Inflation überwunden. Ihre Produktions- und Preisprognosen sind heute mindestens so gut wie vor dem ersten Ölshock (1973). Allerdings wird die Arbeitslosigkeit außer in den USA und in Japan bis Mitte 1986 nicht zurückgehen, meint die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem neuesten „Outlook“.

Das Wirtschaftswachstum der 24 Mitgliedstaaten, das 1983 durchschnittlich erst 2,6 Prozent erreicht hatte, war vom OECD-Sekretariat für 1984 auf ein Jahr auf 3,5 und für ein halbes Jahr auf 4 Prozent geschätzt worden. Diese Prognose wurde jetzt weiter auf 4 Prozent nach oben revidiert. Das wäre die stärkste Expansionsrate seit 1976, heißt es. Für 1985 erwartet das Sekretariat nunmehr drei Prozent (letzte Prognose 2,4 Prozent) und für das erste Halbjahr 1986 eine Rate von 2,4 Prozent.

Diese Abschwächung erklärt sich aber hauptsächlich aus der „Normalisierung“ der amerikanischen Expansion, die von voraussichtlich 6 Prozent 1984 in den nächsten 18 Monaten auf drei Prozent zurückgehen dürfte. Auch Japan muß etwas zurückstecken, bliebe aber mit fünf Prozent noch überdurchschnittlich expansiv. Westeuropa dagegen verharrt laut OECD bis Mitte 1986 auf seiner diesjährigen Rate von 2,4 Prozent.

Günstiger als im letzten Outlook ist auch die globale Preisprognose ausgefallen. Nach einer Inflationsrate von voraussichtlich fünf (5,4) Prozent in 1984 werden für 1985 jetzt nur noch 4,4 (5,4) Prozent erwartet und 4,4

Prozent im ersten Halbjahr 1986. Zur amerikanischen Wirtschaftspolitik äußert sich das OECD-Sekretariat kritisch. Zwar sei wahrscheinlich, daß sich die US-Wirtschaft, was Wachstum, Preise und Beschäftigung betrifft, günstig entwickeln. Aber die anhaltend hohen Defizite (vor allem in den Budgets) und die Verschuldung seien besorgniserregend. Gleichwohl wären neue Zinssenkungen nicht ausgeschlossen - vor allem, wenn sich der Dollar-Kurs abschwächen sollte. Ein Kursrückgang um 20 Prozent wird für möglich gehalten.

Eine Verminderung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits erwartet die OECD vorerst aber noch nicht. Im Gegenteil wird dieses von neun Milliarden Dollar 1982 auf 42 Mrd. Dollar 1983 und voraussichtlich 100 Mrd. Dollar 1984 gestiegene Defizit für 1985 auf 130,5 Mrd. Dollar veranschlagt (im letzten Outlook waren 105 Mrd. Dollar genannt worden). Unter diesen Umständen werden protektionistische Entwicklungen (in den USA) befürchtet. Andererseits dürften sich die Leistungsbilanzen fast aller anderen OECD-Staaten verbessern; dabei soll Japan auf einen Überschuß von 40 (32,5), die Bundesrepublik auf 7,5 (2,4) Mill. Dollar

kommen. Das globale Leistungsbilanzdefizit der OECD-Zone, das sich von 24,8 Mrd. Dollar 1983 auf 71 Mrd. Dollar 1984 erhöhen dürfte, wird für 1985 auf 86 Mrd. Dollar veranschlagt.

Der wirtschaftliche Aufschwung der OECD-Zone wird nach wie vor von einer starken Investitionstätigkeit getragen, die den Verbrauchsanstieg wesentlich übertrifft, aber doch nicht das Ausmaß von früheren Konjunkturbelebungen erreicht. Andererseits wird der Verbrauchsanstieg durch die schwächere Zunahme der Reallohn gedämpft - in Europa vor allem eine Folge der restriktiven Einkommens- und Budgetpolitik.

Die wirtschaftliche Expansion wird schließlich durch die verschlechterten Exportaussichten gedämpft. Dem Outlook zufolge dürfte das Welthandelsvolumen 1985 nur noch um sechs (neun) Prozent wachsen, was eine Verminderung des Exportanstiegs der OECD-Zone auf sechs (9,4 Prozent) zur Folge hätte.

Zwar erwartet die OECD, daß bis Mitte 1986 insgesamt fünf Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, davon 80 Prozent in den Vereinigten Staaten. In Westeuropa dagegen wird auch aus strukturellen Gründen die Arbeitslosigkeit weiter bis auf 20,25 (19) Millionen Menschen bzw. 11,4 (11) Prozent der aktiven Bevölkerung zunehmen. Das Heer der Arbeitslosen aller OECD-Länder dürfte sich auf 32 (31,25) Millionen Menschen vergrößern.

US-HANDELSBILANZDEFIZIT

In Washington wird über Importsteuern nachgedacht

H.A. SIEBERT, Washington

Immer offener wird in Washington von der Möglichkeit gesprochen, die geradezu explodierenden US-Handelsbilanzdefizite durch eine Importsteuer in den Griff zu bekommen. Wie die WELT aus zuverlässiger Quelle erfuhr, wollen führende Kongreßmitglieder Präsident Reagan von der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme überzeugen. Einen Einfuhrzuschlag von zehn Prozent hatte Richard Nixon am 15. August 1971 zusammen mit der Loslösung des Dollars vom Gold verfügt. Er wurde vier Monate später aufgehoben, als Amerika Partner in der Smithsonian-Vereinbarung einer allgemeinen Wechselkursanpassung zustimmte.

Abhängig gemacht werden soll der Vorstoß, wie es heißt, auch vom Ausgang der Handelsgespräche, die Reagan am 2. Januar in Kalifornien mit dem japanischen Ministerpräsidenten Nakasone führt. Japans Überschuß im Warenverkehr mit den USA war 1971 der Auslöser; er schlug damals jedoch mit nur acht Mrd. Dollar zu Buch. In diesem Jahr soll er 35 und 1985 sogar 40 Mrd. Dollar erreichen. Notfalls kann der Kongreß auch allein handeln, vorausgesetzt, das verabschiedete Gesetz hält einem präsidentiellen Veto stand, wozu in beiden Häusern zwei Drittel der Stimmen erforderlich sind.

Was in der amerikanischen Hauptstadt für Aufregung sorgt, sind neue Voraussagen und Projektionen, zum Beispiel die des mit deutschen Marshallplan-Geldern geförderten Institute for International Economics (IIE). Danach wird Amerikas Handelsbilanz 1984 im günstigsten Fall einen Passivsaldo von 120 Mrd. Dollar ausweisen. Er steigt im kommenden Jahr auf 150 Mrd. Dollar und fällt damit zweieinhalbmal so hoch aus wie 1983. Vielleicht noch kritischer ist, daß sich das US-Leistungsbilanzdefizit wegen der sprunghaft zunehmenden Zinszahlungen aus Ausland noch schneller nach oben bewegt, und zwar von rund 42 (1983) auf 110 und 140 Mrd. Dollar.

Aber damit nicht genug. Unter der Voraussetzung, daß sich der Wechselkurs des Dollars nicht ändert und in Amerika die jährliche wirtschaftliche Wachstumsrate real drei Prozent beträgt, erhöht sich das US-Leistungsbilanzdefizit bis 1989 auf sage und schreibe 250 Mrd. Dollar. Zu diesem Zeitpunkt würden die Vereinigten Staaten dem Ausland etwa eine Bill. Dollar netto schulden, während Japan mit einem Überschuß von 500 Mrd. Dollar zum größten Gläubigerland avanciert sein wird. Der „Killer“ ist für die USA der Zinsendienst für das ausländische Kapital, das seit 1981 einströmt.

Folgt man dem IIE, dann kann dieser Zug nur angehalten werden, indem Washington das Haushaltsproblem löst. Dadurch sinken die US-Zinsen und der Dollarwert, so daß Anlagen in amerikanischer Währung ihre Anziehungskraft verlieren.

AUF EIN WORT



Alle Kritiker betonen mit Recht, daß das Bildungswesen einer Gesellschaft nicht ausschließlich nach Arbeitsmarktsgehtspunkten ausgerichtet sein darf, aber ebenso richtig ist, daß es nicht völlig am Arbeitsmarkt vorbeizieht. Abiturienten und Akademiker „produzieren“ darf.

Dr. Karl Lang, Geschäftsführender Gesellschafter der Tayloritz Organisation, Stuttgart. FOTO: DIE WELT

Energieverbrauch ist gestiegen

dpa/WVD, Essen

Der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland hat nach ersten Berechnungen der Essener Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen 1984 um 12,8 Mill. Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) oder 3,5 Prozent auf 377,5 Mill. Tonnen zugenommen. Wie die Arbeitsgemeinschaft gestern erklärte, war für die Steigerung neben der wirtschaftlichen Erholung die insgesamt kühler Witterung ausschlaggebend. Zur Deckung des höheren Primärenergiebedarfs trugen vor allem die Kernenergie, die Steinkohle und das Erdgas bei. Der Mineralölverbrauch blieb gegenüber dem vergangenen Jahr mit 158,5 Mill. Tonnen SKE unverändert.

FISCHEREIPOLITIK

Neue Fangquoten rechtzeitig vor dem Ende des Jahres

WILHELM HADLER, Brüssel

Die gemeinsame Fischereipolitik der EG-Staaten hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Zum ersten Mal ist es den Fachministern gelungen, sich rechtzeitig vor Jahresabschluß auf die neuen Fangquoten im „EG-Meer“ zu einigen.

Die Fischer der Gemeinschaft dürfen danach 1985 von den sieben wichtigsten Speisefischen gut zwei Millionen fangen, etwa ebensoviel wie im vergangenen Jahr. Auf die deutsche Hochseeflotte entfallen davon rund 300.000 Tonnen. Bei einigen Fischarten (zum Beispiel Heringen) haben sich die Bestände dank früherer Fangbeschränkungen soweit erhöht, daß die Quoten aufgestockt werden konnten. Bei anderen Arten (etwa Kabeljau) waren Abschnitte nötig.

Weniger Kabeljau fangen können die deutschen Trawler vor allem in ihren angestammten Fanggründen bei Grönland. Die Meeresbiologen haben festgestellt, daß der an deutschen Trawlern besonders beliebte Fisch wegen einer plötzlichen Kaltwasserströmung den Gewässern vor der „grünen Insel“ den Rücken gekehrt hat.

Ein besonderes Problem ergab sich, weil Grönland zum 1. Januar aus der Gemeinschaft ausscheiden will. Als Gegenleistung für die den Grönländern in Aussicht gestellte Finanzhilfe der Gemeinschaft hatte Bonn eine Sicherung der bisherigen Fangmöglichkeiten verlangt.

Zunächst hatten die Grönländer dem Bonner Unterhändler, Staatssekretär Wolfgang von Geldern, nur schwarzen Heibutt und GRENADIERFISCH als Kompensation angeboten. Beides sind Fischarten, die auf dem deutschen Markt kaum abzusetzen sind.

EG-FORSCHUNGSPOLITIK

Ministerrat verständigt sich auf Mehrjahresprogramm

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft wird auch in den kommenden Jahren trotz ihrer angespannten Finanzlage beträchtliche Mittel für Forschungsvorhaben bereitstellen. Ein Mehrjahresprogramm, auf das sich der Ministerrat in Brüssel verständigt hat, sieht bis 1988/89 Ausgaben aus dem EG-Haushalt von rund 2,74 Mrd. DM vor.

Überraschend gelang es in relativ kurzen Beratungen (neun Stunden) Einigkeit über die Schwerpunkte der künftigen gemeinsamen Forschung zu erzielen. Dabei machten die „großen“ Mitgliedsländer zum Teil erhebliche Abstriche an ihren Wünschen, um Arbeiten verwirklichen zu können, an denen vor allem die kleineren Länder interessiert sind.

Gegenwärtig wurden sechs Programme mit einer Laufzeit von vier oder fünf Jahren. Sie erstrecken sich vor allem auf die Bereiche thermokernere Fusion (1,55 Mrd. DM), nicht-kernere Energie (392 Mrd. DM) sowie Strahlenschutz und radioaktive Abfälle (268,8 Mrd. DM). Rund 200 Mrd. DM sollen in Forschungsprojekte gesteckt werden, die der Entwicklung und Erprobung von neuen industriellen Werkstoffen dienen und besonders der Klein- und Mittelindustrie zugute kommen.

Zur Entwicklung der Biotechnologie stellt die Gemeinschaft in den nächsten fünf Jahren 123 Millionen DM bereit, während rund 134,4 Millionen DM einem Programm vorbehalten sind, das sich eine größere Mobilität von Forschern und einen stärkeren Austausch von wissenschaftlichen Informationen zum Ziel gesetzt hat. Der Gesamtbetrag des Forschungsprogramms bleibt hinter den Vorschlägen der EG-Kommission zurück.

Ministerrat verständigt sich auf Mehrjahresprogramm

Die Europäische Gemeinschaft wird auch in den kommenden Jahren trotz ihrer angespannten Finanzlage beträchtliche Mittel für Forschungsvorhaben bereitstellen. Ein Mehrjahresprogramm, auf das sich der Ministerrat in Brüssel verständigt hat, sieht bis 1988/89 Ausgaben aus dem EG-Haushalt von rund 2,74 Mrd. DM vor.

Überraschend gelang es in relativ kurzen Beratungen (neun Stunden) Einigkeit über die Schwerpunkte der künftigen gemeinsamen Forschung zu erzielen. Dabei machten die „großen“ Mitgliedsländer zum Teil erhebliche Abstriche an ihren Wünschen, um Arbeiten verwirklichen zu können, an denen vor allem die kleineren Länder interessiert sind.

Gegenwärtig wurden sechs Programme mit einer Laufzeit von vier oder fünf Jahren. Sie erstrecken sich vor allem auf die Bereiche thermokernere Fusion (1,55 Mrd. DM), nicht-kernere Energie (392 Mrd. DM) sowie Strahlenschutz und radioaktive Abfälle (268,8 Mrd. DM). Rund 200 Mrd. DM sollen in Forschungsprojekte gesteckt werden, die der Entwicklung und Erprobung von neuen industriellen Werkstoffen dienen und besonders der Klein- und Mittelindustrie zugute kommen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesrat stimmt Kreditwesengesetz zu

Bonn (dpa/WVD) - Der Bundesrat hat gestern der Änderung des Kreditwesengesetzes (KWG) zugestimmt. Durch eine striktere Überwachung der Kreditvergabe soll besonders das Risiko im internationalen Bankgeschäft vermindert und damit der Schutz der Sparer verbessert werden. Kernpunkt der von 1985 an geltenden Neufassung des KWG ist die Einführung einer bankaufsichtlichen Konsolidierung aller in- und ausländischen Töchter durch ein Zusammenrechnungsverfahren von Kreditrisiken und tatsächlich verfügbarem Eigenkapital für Bankgruppen.

Zulassungen unverändert

Flensburg (dpa/WVD) - Mit insgesamt 188 000 neu zugelassenen Kraftfahrzeugen wurden im November dieses Jahres in der Bundesrepublik Deutschland ebenso viele Erstzulassungen registriert wie im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die in dieser Summe enthaltenen fast 172 000 Anmeldungen neuer Pkw lagen jedoch um 1,7 Prozent höher als im November 1983. Das geht aus einer gestern vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) in Flensburg veröffentlichten Statistik hervor.

Förderlimit konstant

Genf (WVD) - Die Opec-Staaten haben die Empfehlung des Marktüberwachungsausschusses, das derzeitige Förderlimit von 16 Mill. Barrel pro Tag beizubehalten, angenommen. Das teilte der Präsident der Opec-Konferenz, der indonesische Ölminister Subroto, mit.

Namensänderung

Frankfurt (cd.) - Die Atlantic Capital Corporation, die 100prozentige New Yorker Investmentbanktochter der Deutschen Bank, ändert ihren Namen zum 1. Januar in Deutsche Bank Capital Corporation.

Anleihe läuft gut

Frankfurt (cd.) - Recht gut läuft die 100-Mill.-Dollaranleihe der Deutschen Bank Finance NV, Curacao, die mit Garantie der Deutschen Bank Compagnie Financière Luxemburg

zum Kurs von 100 Prozent emittiert und nach zehn Jahren zum Kurs von 287 Prozent zurückgezahlt wird. Die Nachfrage nach dieser Anleihe, die eine Rendite von 11,2 Prozent hat, stammt vor allem aus dem Ausland.

Verjährung beachten

Düsseldorf (Py.) - Wer aus einem 1982 erlittenen Schaden noch Geld von der Versicherung zu bekommen hat, sollte jetzt aktiv werden. Der Bundesverband Deutscher Versicherungs-Kaufleute (BVVK) weist auf die Ende 1984 nach zwei Kalenderjahren verfallenden Ansprüche und insbesondere auf Fälle aufmerksam, in denen Versicherer für ein Auto nur den Zeitwert bezahlt haben, nach neuer BGH-Rechtsprechung aber der höhere Wiederbeschaffungswert zu zahlen ist.

Forderung abgelehnt

Bonn (Mik.) - Das Finanz- und das Landwirtschaftsministerium haben die Forderung des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels nach Einführung eines Wechselakzels für Interventionskäufe durch die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung (BALM) abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung unter anderem mit dem Hinweis auf das Haushaltsrecht.

Wieder mehr Beschäftigte

Köln (dpa) - Die Zahl der Arbeitnehmer in der Metallindustrie hat sich zum Herbstbeginn erstmals seit vier Jahren wieder gegenüber dem Vorjahr erhöht. Sie sei von Juni bis Oktober um 73 000 auf 3,72 Mill. gestiegen, berichtete der Arbeitgeberverband Gesamtmetall gestern in Köln. Für 1985 hält der Verband eine Zunahme der Beschäftigung um zwei Prozent für möglich.

Wochenausweis

	15.12.	7.12.	15.11.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	65,3	65,6	66,3
Kredite an Banken	48,9	49,2	49,3
Wertpapiere	4,4	4,6	4,7
Bargeldumlauf	111,2	111,7	110,4
Einkl. v. Banken	46,1	46,7	47,9
Einzinsen v. öffentl. Haushalten	3,2	3,2	3,5

US-KONJUNKTUR

Tempo des Aufschwungs hat sich wieder beschleunigt

H.A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich das Wirtschaftswachstum, wie erwartet, wieder beschleunigt. Das Handelsministerium in Washington geht in einer ersten Blitzprognose davon aus, daß sich das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 1984 voraussichtlich um 2,8 Prozent erhöht. In der Juli-September-Periode machte die Zunahme nach letzten Berechnungen nur nur 1,6 Prozent aus, verglichen mit 7,1 und 10,1 Prozent im zweiten und ersten Quartal. Solch drastische Veränderungen der Konjunkturszene hat es in Amerika lange nicht gegeben.

„Unsere Wirtschaft begann das Jahr wie ein Löwe, jetzt ähnelt sie mehr einem Lamm“, erklärte US-Handelsminister Malcolm Baldrige. Diese Entwicklung sei jedoch insofern gesund, als sich ein beschleunigtes, aber stetigeres Wachstumstempo

länger durchhalten lasse. Laut Baldrige ist das große Sommerloch überwunden; die wieder steigende Verbraucherfrage und die sinkenden Zinsen signalisieren für ihn eine deutliche Fortsetzung des Aufschwungs, der jetzt zwei Jahre alt ist.

Nach Angaben des Ministeriums haben sich zwei wichtige Trends gegenüber dem dritten Quartal umgekehrt: Die Einzelhandelskonjunktur zieht wieder an und die erhöhten Lagerbestände werden abgebaut. Beides ist natürlich das Ergebnis des Weihnachtsgeschäftes. Außerdem rechnet die Behörde mit einem stark reduzierten Handelsdefizit, das in der Juli-September-Periode von 25,8 auf 33,1 Mrd. Dollar gesunken war. Zunehmen werden die Investitionen und die Regierungsausgaben. Eine Korrektur der Wachstumsrate ist indes nicht auszuschließen.

VOLKSBANKEN / Die regionale Selbstbeschränkung soll Verluste verhindern

Wettbewerbskraft nicht beeinträchtigt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Spektakuläre Schieflagen einiger Volksbanken wie der in Frintrop, Oberhausen und Hamm sind für den Spitzenverband der genossenschaftlichen Banken Anlaß, die Überprüfung der Sicherungseinrichtungen des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken mit dem Ziel einer effizienteren Ausgestaltung zu forcieren. Großmannschaft und auch kriminelle Geschäfte von Vorstandsmitgliedern hatten einigen Volksbanken Verluste eingebrockt, die so hoch waren, daß sie von den Instituten selbst nicht mehr verkraftet werden konnten, und die auch die Leistungskraft der regionalen Garantiefonds überstiegen, so daß die Garantiefonds anderer Regionen mit zur Kasse gebeten werden mußten. Immerhin entstanden in den letzten beiden Jahren bei 21 Volksbanken Verluste von 730 Millionen Mark, die meist höher waren als das Eigenkapital.

Vom Verbandsrat wurde ein neues Sicherheitsstatut abgelehnt, das auf der Mitgliederversammlung im April verabschiedet werden soll, wenn Bankenaufsicht und Kartellamt keine Einwendungen erheben. Kernpunkt ist eine Beschränkung der Aktivitäten der 3725 Genossenschaftsbanken, die derzeit eine Bilanzsumme von etwa 375 Milliarden Mark haben, auf ihren angestammten regionalen Geschäftsbereich. Die Einhaltung des Regionalprinzips, die mit Sanktionen erzwingen werden kann, die von der Mahnung bis zum Ausschluss aus der Sicherungseinrichtung reichen, soll verhindern, daß sich Volksbanken auf riskante Geschäfte in anderen Regionen einlassen, in denen sie sich nicht auskennen. Ein Riegel vorgeschoben werden soll aber auch dem gefährlichen Eingriff von Volksbankleitern, die das Bundesgebiet von Flensburg bis Garmisch nach Einkaufen abgrasen, um mit diesem Geld

ein zu großes Rad in der eigenen Region zu drehen. Denn die Aktivitäten in fremden Revieren waren die Hauptursachen der jüngsten Schieflagen einiger Volksbanken.

Es ist klar, daß dieser Vorstoß des Bonner Spitzenverbandes nicht überall auf Zustimmung stößt; denn er trifft auch manche Volksbankdirektoren, der das Geschäft außerhalb seines engen lokalen Bereichs mit Augenmaß gepflegt hat. Doch der Verband erwartet Solidarität und Selbstbeschränkung. Auch wenn jetzt vielleicht manche Volksbank etwas kleinere Brötchen backen muß, bedeutet dies keine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der genossenschaftlichen Bankengruppe. Schließlich sind für größere Geschäfte im Verbund die Zentralbanken da und für größte und internationale Geschäfte die DG-Bank als Spitzeninstitut der Gruppe.

„Sherry Christmas.“

HARVEYS
BRISTOL CREAM

EG / Einheitliches Warenbegleitedokument vereinbart

Der Handel wird erleichtert

WILHELM HADLER, Brüssel
Die EG-Regierungen haben sich auf eine beträchtliche Vereinfachung des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs verständigt. Nach zweijährigen Expertenberatungen beschlossen sie die Einführung eines einheitlichen Warenbegleitedokumentes, das den „Papierkrieg“ an der Grenze einschränken soll.

Das „Einheitsdokument“ soll bis 1988 an die Stelle von rund 70 verschiedenen Formularen in der Gemeinschaft treten, statt bisher etwa 100 sollen künftig nur noch maximal 48 Angaben beim Grenzübergang verlangt werden können.

Die Beneluxstaaten waren bereits am 1. Juli dieses Jahres mit einem ähnlichen Papier vorangegangen. Im Handel zwischen den drei Ländern gilt mittlerweile sogar ein Warenbegleitedokument mit nur 14 Rubriken. Auch im größeren EG-Verband können die Mitgliedsstaaten auf einen Teil der geforderten Angaben verzichten. Das Gemeinschaftsdokument umfaßt

nur eine Seite mit sechs Kopien. Es ist so gestaltet, daß es sich für elektronische Datenverarbeitung eignet.

Das neue Dokument soll nach Ausarbeitung der erforderlichen Durchführungsbestimmungen erstmals in der zweiten Jahreshälfte 1985 getestet werden. Die endgültige Einführung kann erst zum 1. I. 1988 vorgenommen werden, da den Zollverwaltungen eine genügend lange Anpassungsfrist gewährt werden muß.

Die Kommission hat dem Rat kürzlich auch eine Mitteilung über die Automatisierung der Zollverfahren zugeleitet. Darin entwickelt sie einen Rahmenplan für die Entwicklung von Datenverarbeitungssystemen für den Außenhandel, der den Zollverwaltungen der Import- und Exportwirtschaft, den Verkehrsträgern sowie den Hafen- und Flughafenbehörden Vorteile bringen soll. Die Kommission glaubt, daß bis Anfang der 90er Jahre der größte Teil des grenzüberschreitenden Warenverkehrs datentechnisch verarbeitet wird.

VDA / Falsche Voraussetzungen der IG-Metall-Studie

Erneut mehr Beschäftigte

INGE ADHAM, Frankfurt

Als „überflüssiges bürokratisches Belwerk“ sieht der Verband der Automobilindustrie (VDA), Frankfurt, die in einer Studie der IG Metall über „Beschäftigungsrisiken in der Automobilindustrie“ erhobenen Forderungen. Die Kernpunkte der IG-Metall-Vorschläge zielen auf eine Sicherung der Beschäftigung durch eine vorausschauende Strukturpolitik. Den von der IG Metall geforderten Ausschüttung, eine Quasi-Konzertierte Aktion zur Koordinierung von Beschäftigungsprognosen und Investitionen, hält der VDA genauso für einen Irrweg („zentrale Investitionslenkung“) wie die geforderte europaweite Abstimmung von Entscheidungen in der Branche, die praktisch auf eine Selbstbeschränkung zu Lasten der in Europa gut dastehenden deutschen Automobilindustrie hinauslaufen würde, wie der VDA meint.

In einer Vorab-Stellungnahme zu der heute veröffentlichten Studie vertrat VDA-Geschäftsführer Achim Diekmann die Ansicht, daß sich die IG-Metall auf eine Reihe falscher Vor-

aussetzungen stütze. Der von ihr behauptete Trendbruch in der Beschäftigtenentwicklung der deutschen Automobilindustrie sei bisher nicht zu erkennen. Vielmehr sei die Zahl der in den drei Herstellergruppen der Automobilindustrie Beschäftigten in den Jahren 1978 bis 1983 um 25 000 Mitarbeiter gestiegen, der Trend habe sich mit einer Steigerung um rund 15 000 Beschäftigte in diesem Jahr (auf 690 300) weiter fortgesetzt.

Trotz des scharfen Abbruchs der Inlandsbestellungen im Gefolge der Katalysator-Diskussion rechnet Diekmann offenbar vorerst nicht mit einem Umkippen der Autokonjunktur, da der Export hervorragend laufe. Der VDA erinnert daran, daß das „qualitative Wachstum“ an Bedeutung gewonnen habe, was zu „intelligenteren“ Arbeitsplätzen führte. Die von der IG Metall geforderte Bildungsoffensive finde in den Betrieben bereits statt. Auch verkenne die IG Metall, daß die Mehrheit der Beschäftigten mit den technischen Neuerungen in den Betrieben zufrieden sei.

SCHWEDEN / Reederei muß Konkurs beantragen – Refinanzierung gescheitert

Größte Kühlschiff-Flotte der Welt

R. GATERMANN, Stockholm
Trotz mehr als zweimonatiger zäher Verhandlungen war eine der beiden größten Reedereien Schwedens nicht mehr vor dem Zusammenbruch zu retten. Für die Muttergesellschaft Saléninvest sowie ihre drei Reedereien Salén Reefer Services, Salén Dry Cargo und Salén Tanker sowie die Salén Marine Supplies, auf die rund 80 Prozent des Konzernumsatzes in Höhe von ca. 1,85 Mrd. DM entfielen, wurde Konkurs beantragt. Die Forderungen waren auf ungefähr 600 Mill. DM gewachsen, dem stand jetzt nur noch ein Eigenkapital von 4,5 Mill. gegenüber. Die Verluste für 1984 sind auf rund 300 Mill. DM veranschlagt. Fast parallel mit der Konkursanmeldung wurde jedoch die Kühlschiff-Reederei, die größte der Welt, unter dem Namen S&S Reefer AB neu gebildet.

In den Verhandlungen der vergangenen Wochen, an denen vor allem der Hauptaktionär der Saléninvest, die beiden Brüder Salén, sowie die

wichtigsten Gläubiger mit dem schwedischen Staat und den vier größten schwedischen Geschäftsbanken an der Spitze beteiligt waren, ging es um einen Refinanzierungsplan für den Konzern. Nach Angaben des Aufsichtsratsvorsitzenden Sven Hampus Salén hätten zum Schluß noch ungefähr 30 Mill. gefehlt, keiner der Partner sei jedoch zu weiteren Zugeständnissen bereit gewesen. Der Staat hatte sich als oberste Grenze rund 90 Mill. DM gesetzt. Die Gesamtsumme der Forderungen der wichtigsten Gläubiger werden mit ca. 650 Mill. Dollar angegeben, von denen nach Konzernberechnungen zwischen 318,5 und 380 Mill. gedeckt sind. Jedoch hatte sich die S-E-Bank, die mit einem Gesamtengagement von 164 Mill. Dollar der größte nichtstaatliche Gläubiger ist, entschlossen, dem Sanierungsplan nicht beizutreten.

Der Salén Konzern wurde Anfang der zwanziger Jahre gegründet. Am stärksten engagierte er sich im Bananentransport. Hieraus erwuchs mit ei-

nem Marktanteil von 20 Prozent die größte Kühlschiff-Flotte der Welt. Zu ihr gehören 17 eigene und ungefähr 70 gecharterte Schiffe. Die neu gebildete SRS Reefer AB will ihre Kapazität um ca. 20 Prozent abbauen.

Anfang der siebziger Jahre stieg Salén groß ins Tankergeschäft ein. In den siebziger Jahren baute man sich ein weiteres Standbein auf, Salén Energy, die vor der Türkei, Portugal und in Fernost mit vier eigenen Bohrplattformen nach Öl und Gas suchte. Sie macht Gewinn und ist vom Konkurs nicht betroffen.

Es gehörte zur Konzernpolitik, Krisen mit aggressiven Gegenmaßnahmen zu meistern. Dies gelang bisher, weil Verluste in dem einen Bereich durch Gewinne in einem anderen gedeckt werden konnten. Seit gut zwei Jahren schreiben indes sämtliche Schiffszweige rote Zahlen. Und somit war der größte Konkurs Schwedens seit dem Zusammenbruch des Kreuzer-Imperiums 1933 ein Faktum.

WELTBÖRSEN / Zinssenkung brachte kräftige Kursgewinne an der Wall Street

Hausse in Amsterdam und London

New York (VWD) – Uneinheitlich mit schwächerem Grundton schloß zur Wochenmitte die Aktienbörse in New York. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte beendete die Sitzung mit 1208,04 (Vorwoche 1168,84) um 3,53 Punkte unter dem Schlussniveau vom Freitag. Als Ursache für die schwächere Verfassung wurden vom Handel besonders die nachgebenden Kurse einiger namhafter Ölkaktien genannt. Die Umsatztätigkeit war erneut lebhaft, erreichte mit 141,72 Millionen Aktien allerdings nicht das Vortagesniveau (170,45 Millionen). Analytiker meinten, daß es nach dem starken Kursanstieg am Dienstag zu einer Konsolidierung kommen mußte. Am Dienstag war der Dow-Jones-Index vor allem unter dem Eindruck der neuen Zinssenkung um 34,78 Punkte gestiegen.

Tokio (dlf) – In Tokio ließen sich die Kursverluste der Vorwoche weitgehend wieder aufholen. Der Dow-Jones-Index stieg im Wochenvergleich um 174,1 Punkte auf 11 514,2 (Vorwoche 11 340,5). Die Tagesumsätze bewegten sich zwischen 289

und 630 Millionen Aktien. Zur Erholung trugen das Interesse der Anleger an neuen Ausgaben von Blue Chips ebenso bei wie der Aufschwung an der Wall Street und Spekulationen auf ein steigendes Kursniveau am Jahresende.

London (AP) – Die Kurse an der Londoner Börse zogen in der letzten Woche scharf an. Vier Börsentage hintereinander gab es einen neuen

Wohls tendieren die Weltbörsen? Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche jeweils in der Freitagsgabe einen Überblick über den Kurstrend an den wichtigsten internationalen Börsen.

Index-Höchststand. Die Börsianer ließen sich kaum von der Tatsache beeindrucken, daß der Kurs des Pfund Sterling auf einen neuen Tiefpunkt gefallen ist. Die Wall Street-Erhölung hätte wohl in London zu noch stärkeren Kursgewinnen geführt, wenn die meisten Investoren nicht schon ihre Bücher geschlossen hätten. Zur Wochenmitte betrugen

die Kurssteigerungen bei Blue Chips zwischen ein bis fünf Pence. Der 30 ausgesuchte Industriewerte umfassende Financial-Times-Index stieg auf 942,6 (Vorwoche 927,6) und damit auf ein neues Höchstniveau.

Paris (DW) – Mit dem Beginn der neuen Abrechnungsperiode konnte die vorübergehende Schwäche wieder überwunden werden. Einige Aktien erreichten sogar neue historische Höchststände. So kletterte der Kurs von Moët-Hennessy um 96 auf 1900 Franc, Thomson-CSF um zehn auf 405 Franc. Der Aktienindex ermäßigte sich gegenüber der Vorwoche aber leicht von 119,2 auf 118.

Amsterdam (DW) – Angeregt durch den Aufschwung an der Wall Street zogen die Kurse an der niederländischen Börse kräftig an. Der ANP-CBS-Index erreichte mit 182,3 einen neuen Rekordstand. Zeitweise hektische Nachfrage wurde von in- und ausländischen Anlegern entgegnet. Gesucht waren besonders die großen internationalen Werte wie Unilever, Royal Dutch und Philips.

FRANKREICH / Das Weihnachtsgeschäft enttäuscht

Preiswerte Geschenke gefragt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Weihnachten dürfte in Frankreich diesmal wahrscheinlich noch weniger aufwendig als vor einem Jahr begangen werden. Schon damals hatten die Franzosen unter dem Druck massiver Steuererhöhungen den Gürtel enger geschnallt. Inzwischen sind außerdem die Löhne real spürbar zurückgegangen. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit.

Von dem leichten Optimismus, der beim Handel nach den großen Ferien aufkam, ist heute nichts mehr zu spüren. Nach dem Verkaufseinbruch im Oktober und November hatte man auf eine Geschäftsbelebung wenigstens vor Weihnachten gehofft. Aber die Umsätze der Pariser Warenhäuser lagen bis in die letzten Tage um etwa 3 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Das entspricht einem realen Absatzrückgang von etwa 10 Prozent.

Nun konzentriert sich in Frankreich das Weihnachtsgeschäft zwar auf die letzten Tage vor dem Fest. Aber einige Tendenzen sind doch schon deutlich geworden: So der als „spektakulär“ bezeichnete Verkaufsrückgang für elektronisches Spielzeug – wie zum Beispiel Videospiele –, das vor einem Jahr immerhin 20 Prozent des gesamten Spielzeugumsatzes der Warenhäuser ausmachte. Darin käme zwar auch eine gewisse Sättigung zum Ausdruck, weil die Kinder in den letzten Jahren mit Elektronik überflutet worden seien, heißt es. Vor allem aber sei den Eltern dieses Spielzeug zu teuer geworden.

Verhältnismäßig gut gefragt war preiswertes, traditionelles Spielzeug. Die kleinen Kinder werden vor allem Puppen, Baukästen und andere edukative Spielsachen auf dem Gabentisch finden, die größeren hauptsächlich Gesellschaftsspiele. In Mode gekommen ist wieder die gute alte elektrische Eisenbahn. Kaufhermeneutik wirkte allerdings auch der Mangel an echten Neuheiten.

Die Geschenke für Erwachsene werden ebenfalls bescheidener ausfallen. Vorzugsweise gekauft werden kleine Präsente zu niedrigen Preisen. Einigermaßen befriedigend ist das Bekleidungssektor. Nach dem starken Einbruch der Vormonate (minus 3 bis 4 Prozent im Jahresvergleich) ist hier ein gewisser Nachholbedarf zu befriedigen. Auch werden später geplante Anschaffungen antizipiert. Dies um so mehr, als schon jetzt zahlreiche Textilgeschäfte Winterschlußverkäufe veranstalten. Der einzige Renner ist das kleine „aktuelle“ Festkleid mit Pailletten- oder Spitzenbesatz.

Ob die Franzosen zu Weihnachten und Silvester viel ausgehen werden, ist zu bezweifeln. Die Tischbestellungen der Restaurants ihre Festmahlpreise um 10 bis 20 Prozent senken mußten. Noch völlig offen ist, wieviel Geld die Franzosen in letzter Minute für das Festessen zu Hause ausgeben werden. Daran spart man erwartungsgemäß am wenigsten. Auch ein mäßiges Jahr kann Grund zum Feiern sein.

NAMEN

Günter Schmidt, langjähriger Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Eisen- und Metall verarbeitenden Industrie (AVI), tritt zum Jahresende in den Ruhestand. Die Nachfolge übernimmt Walter Janssen.

Eicke Milan (41), im Verbund Continentale/Europa-Versicherungen Vorstandsmitglied der Europa Versicherungen, Köln, ist zusätzlich in den Vorstand der Continentale Krankenversicherung AG, Dortmund, berufen worden.

Wilhelm Niedergüter (36), derzeit bei der Düsseldorfer Messgesellschaft Nowea, ist zum Leiter der Hauptabteilung Messen und Ausstellungen I bei der Kölner Messe- und

Ausstellungs-Ges. mbH bestellt worden.

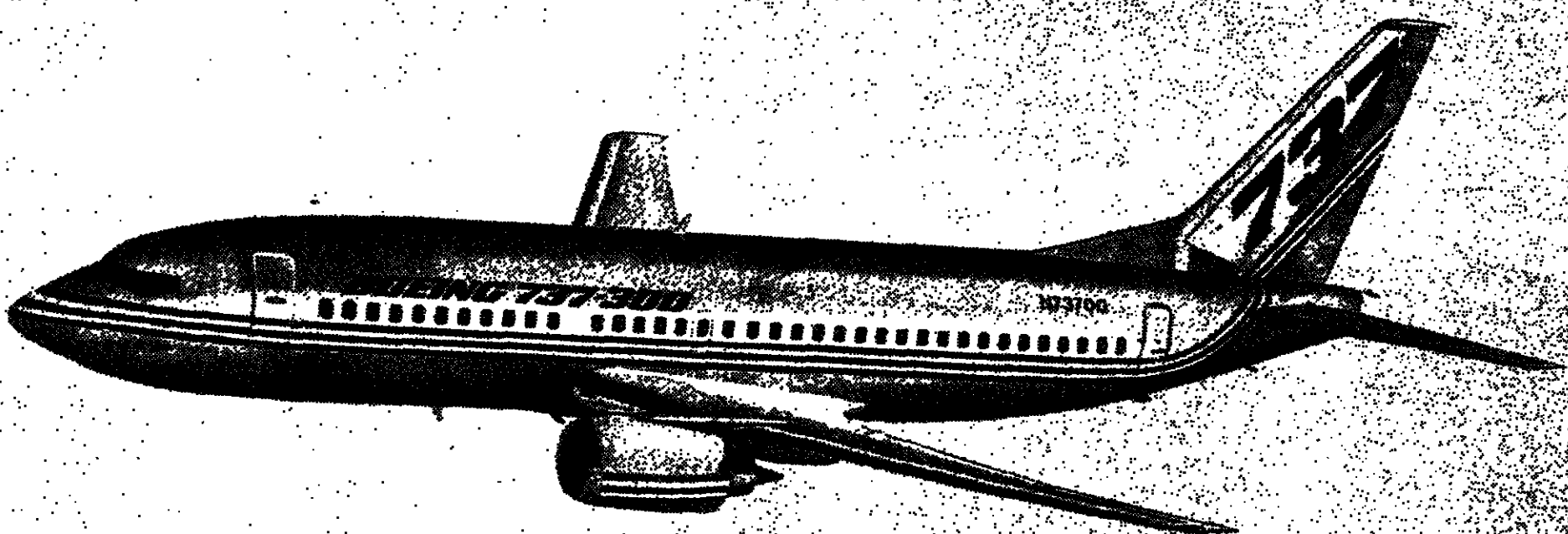
Karl-Ernst Löhbe, Filialleiter der Dresdner Bank Kassel, ist zum Vorstandsmitglied der DSL Bank Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank Bonn per 1. Januar 1985 berufen worden.

Klaus Biniakowski, bisher Geschäftsführer bei Doppelherz Pharma Essen, wurde zum Geschäftsführer der Sesam Promotion GmbH berufen.

Fritz Lill, Geschäftsführer der Aachener Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsges. mbH, Köln, scheidet zum Jahresende wegen Erreichen der Altersgrenze aus der Geschäftsführung aus.

FLIEGEN SIE AUF BOEING.

Die Zukunft der europäischen Luftfahrt hat soeben begonnen.



Familie Boeing hat Zuwachs bekommen! Mit der 737-300 stellt Boeing einen Jet-Liner vor, der exakt auf den europäischen Markt zugeschnitten ist, einen Jet-Liner, der das ideale Flugzeug darstellt im harten Wettbewerb des expandierenden Reise-Business. Heute wie in Zukunft. Die Boeing 737-300 bietet bis zu 149 Passagieren einen denkbar komfortablen Platz.

Konzipiert wurde sie speziell für den Kurz- und Mittelstreckenverkehr, konstruiert für den technisch anspruchsvollen Dauerbetrieb, für häufige Starts und Landungen, auch auf kurzen Bahnen.

Triebwerke einer neuen Generation sorgen für einen drastisch verringerten Treibstoffverbrauch und machen die 737-300 außerdem zu einem der leisesten Jets der Welt.

Das alles erklärt auch, warum bereits 155 Maschinen dieses Typs verkauft und 73 optioniert sind – von 13 Fluggesellschaften in sechs Ländern. Was die 737-300 zum gegenwärtig meistverkauften Flugzeug der zivilen Luftfahrt macht.

Mit einem Wort: das ideale Flugzeug für den europäischen Markt der Gegenwart und der Zukunft – das ist die Boeing 737-300.

BOEING
Verbindet Menschen miteinander.

هكذا من الأجمل

BENECKE / Wechsel in der Geschäftsführung steht an

Exportaktivitäten verstärkt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover. Die zu den führenden deutschen Kunststoffverarbeitern gehörende J.H. Benecke GmbH, Hannover, rechnet damit, 1984 das „positive Vorjahresergebnis“ wieder erreichen zu können. Nach Angaben der Geschäftsführung ist diese Zielgröße akzeptabel, weil die Streikauflösung in der Automobilindustrie, die durch Sonderschichten nicht völlig aufgehoben werden konnten, einen negativen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung hatten.

Benecke hat nach eigenen Angaben eine bedeutende Position im Zulieferbereich für die europäische Automobilindustrie. Auf diesem Sektor seien richtungsweisende neue Entwicklungen bei namhaften Autoherstellern eingeführt worden. Die jüngsten Anstrengungen, in den USA und Japan Fuß zu fassen, seien erfolgreich verlaufen. Ähnliches gelte für den industriellen Bereich. So seien Neuentwicklungen für die Sportschuh-Hersteller gut angekommen.

Den nicht konsolidierten Umsatz beziffert Benecke mit unverändert „mehr als 300 Mill. DM“. Leicht ver-

ringert hat sich 1984 die Mitarbeiterzahl, die zur Jahresmitte noch mit 1650 und jetzt mit 1600 Beschäftigten angegeben wird. Die Bilanzsumme belaufe sich auf über 135 Mill. DM; der Eigenkapitalanteil erreiche rund 30 Prozent.

Erheblich gestärkt habe das Unternehmen seine Position auf dem Gebiet der Spinnvliese. Nachdem Mitte 1984 dieser Bereich verselbstständigt wurde, sei jetzt ein dritter „Investitionsschritt“ verabschiedet worden. Mit gut 30 Mill. DM sollen die Kapazitäten verdoppelt werden.

Johann Heinrich Benecke, Vorsitzender der Geschäftsführung und Hauptgesellschafter des Unternehmens, wird sich zum Jahresende 1984 aus dem aktiven Tagesgeschäft zurückziehen und den Vorsitz im Aufsichtsrat übernehmen. Sein Nachfolger wird Wolfgang Polensky, der zusammen mit Werner Wagner die Geschäftsführung bildet. Der Wechsel soll die Kontinuität in der Führung frühzeitig gewährleisten.

TEXACO / Wieder Verluste bei Mineralölprodukten

Ertragslage unbefriedigend

JAN BRECH, Hamburg. Die Ertragslage der Deutschen Texaco AG, Hamburg, ist auch im Jahr 1984 unbefriedigend geblieben. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Armin Schram sind in den Bereichen Verarbeitung und Verkauf von Mineralölprodukten wieder hohe Verluste angefallen. Der Bereich Aufschluß und Gewinnung erreichte dagegen ein positives Ergebnis in der Größenordnung des Vorjahres, und die Chemie verließ die roten Zahlen.

In ihren Raffinerien hat die Deutsche Texaco den Einsatz von Rohöl und Halbfabrikaten um 2,5 Prozent auf 7,9 Mill. Tonnen erhöht. Die Verarbeitungsanlage in Heide war zu 58 Prozent, die Partnerschaftsraffinerie in Karlsruhe zu 95 Prozent ausgelastet. Die Erdölproduktion hielt sich mit 2,4 Mill. Tonnen auf Vorjahreshöhe. Der Rückgang im Inland, bedingt durch Erschöpfung der Lagerstätten, wurde durch höhere

Produktion im Ausland ausgeglichen. Mit der Inbetriebnahme der Förderung aus dem Vorkommen Schwedeneck-See sei jetzt eine Umkehr des jahrelangen rückläufigen Trends der Inlandsproduktion eingeleitet worden, heißt es. Mit 325 Mill. tcm war die Erdgasförderung der Deutschen Texaco im Berichtsjahr deutlich höher.

Die Suche nach neuen Öl- und Gasvorkommen soll auch 1985 intensiv fortgesetzt werden, erklärt der Vorstand in einem ersten Überblick. In diesem Jahr sind vorrangig für Aufschluß und Gewinnung rund 300 Mill. DM investiert worden. Der Inlandsabsatz der Texaco hat sich nach Angaben von Schram 1984 durch die Übernahme der Chevron Erdöl Deutschland GmbH ab 1. April deutlich ausgeweitet. Ohne Einbeziehung der Chevron-Mengen sei der Absatz gegenüber 1983 nahezu unverändert geblieben.

STADTSPARKASSE KÖLN / Rentenfonds gefragt

Expansives Kreditgeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf. Die als „letztes Zucker“ des Kölner Sparkassentrends Ende letzten Jahres erfolgte Übertragung von 26 Zweigstellen der Kreissparkasse auf die Stadtsparbank Köln Nr. 4 unter den deutschen Großsparkassen innerlich und äußerlich gut verlaufen. Auch um diesen Zuwachs bereinigt haben sich die Stadt-Kölner 1984 gut entwickelt. Als herausragende Ergebnisse hob Vorstandsvorsitzender Fritz Hermanns die wieder einmal erstaunliche Sparleistung der Kölner hervor, von der erneut die hauseigenen Wertpapiere, vor allem aber die Sparkassen-Obligationen profitierten. Dem steigenden Interesse der Kunden an Rentenfondspapieren wird das Institut mit dem Angebot einer Inhaber-Obligation Rechnung tragen. Dieses Papier hat die Merkmale einer klassischen Kapitalmarktanlage.

Das Geschäftsjahr war bei den Kundeneinlagen durch außergewöhnlich hohe Fälligkeiten von einer Mrd. DM beim bilanziell wirksamen Sparvolumen und durch einen Rückgang bei den Termineinlagen entscheidend geprägt. Rund 100 Mill. DM Abgang wurden zinsbedingt bewußt in Kauf genommen. Dieser Abfluß wurde jedoch durch erfolgreiche Wiederanlagebemühungen beim bi-

lanziell wirksamen Sparvolumen überkompensiert.

Im Kreditgeschäft nutzte die Sparkasse die lebhafteste Investitionstätigkeit bei Ersatzbeschaffungen und Rationalisierungsvorhaben. Von den 3,3 Mrd. DM an Kreditzusagen entfielen fast 2,07 Mrd. DM auf gewerbliche Kredite, rund 1,07 Mrd. DM auf private Kunden. Als Folge des wachsenden Liquiditätsbedarfs zahlreicher Unternehmen im kurzfristigen Bereich kaufte das Institut erstmals für mehr als 1 Mrd. DM Wechsel an.

Die Liquiditätslage der Sparkasse bezeichnet Hermanns als unverändert gut, die Ertragslage (bei 3,17 nach 3,3 Prozent Zinsspanne) sei 1984 sogar noch besser gewesen als im Jahr zuvor.

Stadtsparbank Köln	1983	± %
Kundeneinlagen (Mill. DM)	10 885	+ 1,6
Sparvolumen	9887	+ 2,7
dav. Sparvolumen	5080	+ 2,6
Spark.-Briefe	1630	- 2,8
Spark.-Oblig.	970	+ 20,3
Schuldenvolumen	1285	+ 2,0
Termineinlagen	923	- 8,4
Kreditvolumen	8459	+ 6,5
dav. Kurz- u. mittelfr.	2099	+ 7,1
langfristig	6360	+ 4,8
Bilanzsumme	12 558	+ 2,5
Geschäftsvolumen	13 116	+ 3,6

Veränderungen seit Jahresbeginn.

TENGELMANN / Im 27-Milliarden-Imperium steht die Rendite unter Druck

Der Riese will „aggressiver“ werden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf. Erstmals seit vier Jahren winkte zwar dank freundlichem Preisklima den Arbeitnehmern wieder ein (kleiner) realer Einkommenszuwachs. Doch das Konsumklima sei immer noch gedrückt. So werde 1985 den Handelsunternehmen in der Bundesrepublik nur wenig Raum für reales Wachstum bieten. Und im Lebensmittel-Einzelhandel beginne das anhaltende Wachstum der Verkaufsfächen „uns alle langsam zu ertränken“. Schon bis zu einem Fünftel des Bestandes seien unwirtschaftlich, der Kampf mit den Preisen entsprechend hart und immer härter.

Erwin Karl Haub, alleingeschäftsführender Gesellschafter und nebst Familie Alleineigentümer der Unternehmensgruppe Tengelmann, Mühlheim/Ruhr, hat auch im eigenen Haus Grund für solche Molttöne. Nach dem Erfolgsjahr 1983/84 (30. 6.) liegen seit Juli in der „engeren“ deutschen Gruppe Tengelmann/Kaiser's die Filialumsätze um 4 Prozent und die Erträge sogar um 15 Prozent unter Plan. Trotz postulierter davor der Firmenchef in der Hauszeitschrift unter dem Titel „Aufbruch '85“. Mit noch aggressiver Verkaufspolitik, stattdichter Investitionsplanung und schlagkräftiger Werbung strebe man

zum Ziel „bester Lebensmittelanbieter zu sein“.

Der größte ist die gesamte Gruppe schon längst. Rechnet man alles zusammen und den Dollar nun zu 3 (2,50) DM, so wurden in dieser Gruppe, die sich auf ihrem Arbeitsfeld stolz als „größter Einkäufer der Weltaktion“ bezeichnet, 1983/84 rund 27 (21,9) Mrd. DM Umsatz erzielt. Mehr als die Hälfte trug dazu mit 15,6 (11,5) Mrd. DM die Mehrheitsbeteiligung an der nordamerikanischen A & P-Gruppe bei. Die kam nach jahrelang hohen Verlusten und radikaler Schrumpfkurs nun wieder in (moderaten) Expansionskurs und glänzte in ihrem Geschäftsjahr 1983/84 (25. 2.) mit einer seitdem noch weiter steigenden Umsatzrendite vor Steuern von 1,5 (0,85) Prozent.

Das hatte Tengelmann in seinem „Europa-Bereich“ letztmals vor zwei Jahren erreicht. Seitdem hat sich dieser Bereich des Atlantiks die Bruttoerträge auf etwa 1 Prozent ermäßigt. Für den Firmenchef, von dem man bislang verging die Vorlage einer „Welt-Bilanz“ seines Imperiums erhofft, offensichtlich kein Grund zur Sorge. Die Innenfinanzierungskraft der wichtigsten Glieder im deutschen Teil seiner „Europa-Gruppe“ reicht offensichtlich aus, um die für 1984/85

THYSEN INDUSTRIE / Radikalkur zur Lösung des Werft-Problems - Strukturbesserung trägt jetzt Früchte

Einem Flautejahr folgt reicher Auftragssegen

J. GEHLHOFF, Essen. Im ersten Quartal von 1984/85 (30. 9.) sei die Kurzarbeit in den Inlandswerken auf weniger als die Hälfte des Vorjahresstandes gefallen, der Auftragssegen aber um voraussichtlich 40 Prozent höher als vor Jahresfrist geworden. Letzteres gelte mit Ausnahme der Schiffbauabteilung für alle Unternehmensbereiche und stets mit Aussicht auf Verlässlichkeit des Wachstums.

Mit gutem Grund stellt Werner Bartels als Vorstandsvorsitzender der Essener Thyssen Industrie AG (TI) diesen neuen und reichen Auftragssegen bei der Präsentation der ersten Zahlen aus dem Geschäftsjahr 1983/84 in den Vordergrund. Einerseits als Erfolgsbeweis dafür, daß der bei dieser Konzern-Tochter konzentrierte (vornehmlich deutsche) Verarbeitungsbereich der Thyssen AG dank Produktumwandlung auf höherwertiges („Systeme und Problemlösungen“ statt „Komponentenfertigung“) jetzt höchst erfreuliche Kunden-Akzeptanz findet.

Und andererseits als Trost für ein ausgesprochen mageres Renditejahr 1983/84, das der Konzernmutter (mit gut 90 Prozent aus 470 Mill. DM Aktienkapital beteiligt) nur noch hauchdünn Positives bescherte. Das werde,

meint Bartels, 1984/85 „sehr deutlich“ besser.

Wenigstens auf halbwegs passablem Vorjahresniveau wäre die TI-Rendite auch im Berichtsjahr geblieben, hätten unter dem guten Dutzend Geschäftsbereichen nun nicht die Nordseerwerke/Emden diese Teilkonzernrechnung mit 60 (5) Mill. DM Verlust belastet, dazu mit 30 Mill. DM Risikoversorge in Rückstellungen. Auch die Gefahr eines „Ausblutens“ des Gesamtkonzerns an diesem Wertproblem mußte man stoppen, sagt der TI-Chef zur nun anlaufenden Radikalkur in Emden.

Grob summierte Krisenursache: Zumal aus Südkorea (und mit Krisenfolgen auch für den einst blühenden Schiffbau in Japan) werde die Fertigungsumsätze mit 6,40 DM gegenüber rund 30 DM in Emden und auch sonst in Europa angeboten. Dies sei hoffnungslos für den heimischen Handelschiffbau, mit Spitzentechnologie überwindbar nur im „Kriegsmarinebau“.

Da haben die Nordseerwerke/Emden, die 1983/84 mit noch 2856 (3604) Beschäftigten 538 (314) Mill. DM Umsatz brachten, mit U-Boot-Bau vor allem für NATO-Partner (Norwegen) Aussicht auf solide Grundauslastung.

Doch das bringt nur die quasi „halbe Miete“. Folglich fiel nun in Emden die Entscheidung für eine „Strukturanpassung“ mit Rückzug auf noch etwa 1850 Arbeitsplätze.

Ähnlich durchgreifende Maßnahmen hat der TI-Bereich in seinem „Europa-führenden“ Gießereisektor an Anpassungsmaßnahmen vor. Sinnfälliges Indiz für „Sozialverträgliches“ dabei: Die 135 Mann starke Rest-Betriebschaft im Werk Hilden/Rheinland bekommt mit Ausgliederung des Betriebes im Thyssenkreis bis zu 300 Ersatz-Arbeitsplätze. Auch das darf man auf die Resonanz der „sozialverwöhnten“ Betroffenen gespannt sein.

Diesseits solcher Spekulation auf Arbeitnehmer-Akzeptanz des Strukturwandels bietet TI aus den Aktivitäten von 1983/84 vielerlei Herausragendes. Die unverändert hochrentablen Aktivitäten im Aufgabebereich, im Berichtsjahr ein Geschäft mit 322 (305) Mill. DM Umsatz bei 3312 (2875) Beschäftigten, verfloppelt sich nun im Umsatz durch neue Kooperationen daheim und in Spanien. Hier hat Thyssens TI-Kreis den Ertrag, das mit diesen Kooperationen nun verdoppelte Umsatzpotential bis auf eine Milliarde DM zu bringen. Damit

RUHRKOHLE

Absatz um acht Prozent gestiegen

AP, Essen. Die Ruhrkohle AG, Essen, hat in diesem Jahr wieder erheblich mehr Kohle und Koks abgesetzt als 1983. Wie das Unternehmen mitteilte, werden es voraussichtlich 62,7 Mill. Tonnen sein, was einer Steigerung von acht Prozent entspricht. Das wird zurückgeführt auf das Zusammenwirken von konjunktureller Belebung, AP, Essen.

Die Ruhrkohle AG, Essen, hat in diesem Jahr wieder erheblich mehr Kohle und Koks abgesetzt als 1983. Wie das Unternehmen mitteilte, werden es voraussichtlich 62,7 Mill. Tonnen sein, was einer Steigerung von acht Prozent entspricht. Das wird zurückgeführt auf das Zusammenwirken von konjunktureller Belebung,

DekaDespa-Info Nr. 5

Mit DespaFonds* beteiligen Sie sich an ertragreichen kommerziellen Immobilien im ganzen Bundesgebiet.

Dieser SparkassenFonds bietet Ihnen damit eine attraktive, bequeme Sachwertanlage.

Mehr über DespaFonds und seine Steuervorteile erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Despa*

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Bahnantrag für Krupp

Essen (dpa/VWD) - Die Krupp Industrietechnik GmbH hat von der Bundesbahn einen Auftrag über 40 Mill. DM erhalten. Nach einer Krupp-Mitteilung beinhaltet er die Teilfertigung von 60 sowie die Endmontage von 20 Lokomotiven des neuen Typs E 120. Diese schnellen Elektroloks für den Güter- und Personenverkehr sind die Nachfolger des Typs E 111, von dem Krupp Industrietechnik sieben die letzte von 52 Maschinen ausgeliefert hat.

Mit neuem Namen

Frankfurt (dpa/VWD) - Nach der Änderung ihres Konzepts bei der Versorgung innovativer mittelständischer Unternehmen mit Risikokapital im Oktober dieses Jahres gibt sich die Deutsche Wagnisfinanzierungs-GmbH (WFG), Frankfurt, jetzt auch einen neuen Namen: WFG Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital mbH.

Pflanzenschutz expandiert

Berlin/Düsseldorf (dpa/VWD) - Eine Umsatzsteigerung von 17 Prozent auf 1,2 Mrd. DM weist die Sparte Pflanzenschutz der Schering AG, Berlin/Bergkamen, für die ersten elf Monate dieses Jahres aus. Damit ist das Unternehmen der viergrößten Pflanzenschutz-Anbieter in der Bundesrepublik Deutschland. Das Auslandsgeschäft der Sparte nahm im Berichtsjahr um 19 Prozent zu und macht damit 88 Prozent des Gesamtumsatzes aus.

Mehr Ausbildungsplätze

Düsseldorf (Py.) - Die deutsche Versicherungswirtschaft hat 1983 noch einmal die Zahl der Ausbildungsplätze im Beruf Versicherungs-

kaufmann um 4,5 Prozent auf 10 188 erhöht. Im Lauf dieses Jahres wurden mit fast 4100 rund 6 Prozent mehr Lehrlinge eingestellt als im Vorjahr. Daneben werden rund 1000 junge Leute in den Berufen Bürokaufmann, Bürohilfin und EDV-Kaufmann ausgebildet. Nicht berücksichtigt sind die Ausbildungsplätze im Bereich der selbständigen Versicherungskaufleute. Die Ausbildungsquote der Versicherer liegt bei 6 Prozent.

JAL erweitert Service

Düsseldorf (Py.) - Japan Air Lines (JAL) wird von Juni 1985 ihren deutschen Service erweitern und neben Frankfurt und Hamburg auch Düsseldorf zweimal wöchentlich anfliegen. Begründet wird diese Entscheidung mit „der großen wirtschaftlichen Bedeutung von Nordrhein-Westfalen“. Auch die hohe Zahl der im Rhein-Ruhr-Gebiet tätigen Japaner habe eine Rolle gespielt.

Witterungseinflüssen, verkäuferischen Maßnahmen und Sonderfaktoren, die besonders die Lieferungen in die übrigen EG-Länder begünstigten.

An die Stahlindustrie führte die Ruhrkohle rund 28,5 Mill. Tonnen und damit 14 Prozent mehr als im Vorjahr. An die Elektrizitätswirtschaft gingen 27,5 Mill. Tonnen Kohle (plus drei Prozent), und der Absatz an die übrigen Verbraucher war mit 6,6 Mill. Tonnen ebenfalls höher als 1983, was jedoch allein auf den Anstieg der Exporte zurückzuführen ist.

Die Belegschaft ist trotz Übernahme von 1000 Mitarbeitern einer stillgelegten Schachtanlage des Eschweiler Bergwerksvereins stark zurückgegangen. Zum Jahresende wurden 116 500 Mitarbeiter bei der Ruhrkohle beschäftigt sein, 5800 oder fünf Prozent weniger als Ende 1983. Der starke Belegschaftsrückgang ist durch vorzeitige Pensionierung älterer Mitarbeiter, durch Ausscheiden ausländischer Arbeitnehmer im Zusammenhang mit dem Rückkehrhilfegesetz und durch Einstellungsstopp erreicht worden.

Btx möbelt Speditionen auf.



Bildschirmtext wendet sich nicht nur an den privaten Nutzer. Gerade im gewerblichen Bereich kann Btx eine Lücke schließen, durch die bislang vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen benachteiligt waren. Ihnen bietet Btx die Chance, kostengünstig in die Datenfernverarbeitung einzusteigen. Auch für freie Berufe wie Ärzte, Apotheker, Landwirte und Handwerker mit nur gelegentlichem Nutzungsbedarf ist das neue Medium wirtschaftlich interessant.

Bildschirmtext - neue Möglichkeiten der Information, der Kommunikation und der Dialogverarbeitung. Und das rund um die Uhr. Bald überall zum Telefon-Nachruf.

Hier ein Beispiel aus der Praxis:

Die Arbeitsgemeinschaft Möbeltransporte Bundesverband eV (AMÖ) betreibt ein rechnergestütztes Informationssystem für den Umzugsverkehr über Btx. Das hilft Leerfahrten zu vermeiden und löst damit ein altes Problem der Branche. Eine geschlossene Benutzergruppe von 1.500 Speditionen hat jetzt die Möglichkeit, per Btx Kontakt zu Kollegen aufzunehmen und Rück- oder Beiladungen für eigene Transporte zu suchen. Oder Aufträge, die aus Standortgründen nicht kostendeckend auszuführen wären, an einen Kollegen weiterzugeben. Das erste Btx-Ladungsausgleichssystem im deutschen Straßenverkehrsgebiet - die AMÖ-Umzugsbörse - hat schon in der Test-Phase die Erwartungen erfüllt: Low-Auslastung und Ertragslage konnten deutlich verbessert werden.


Bildschirmtext - damit Sie's leichter haben



Post

Auf der Straße neue Wege gehen.





**Konferenzzimmer, 4,6 qm, exklusive Ausstattung,
auf Wunsch mit Funktelefon*
und Computer-Terminal*, 175 km/h.**

* Fernsehgeräte gibt es als Sonderzubehör direkt von der Renault Bourges.
Bei der Auswahl von Telefon- und Computerausstattungen helfen wir Ihnen gerne.

هكذا نحن الأفضل

Renault Espace. Viel Raum für das Unkonventionelle.



Es gibt Transporter und Kombi-Wagen, die zwar viel Platz, aber dafür wenig Komfort und PS haben. Oder Limousinen, die zwar viel Komfort und PS haben, dafür aber wenig Platz.

Und es gibt den neuen Renault Espace. Zum Beispiel in seiner TSE-Version: Der schnelle Raumkreuzer, der viel Platz (4,6 qm), viel Komfort (in der Position verstellbare Monotrace-Vordersitze, um 180° drehbar) und viel PS (80 kW/109 PS, 1.995 ccm) hat. Die erste Großraum-Limousine, die Ihnen viel Freiraum läßt, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Und Ihnen das Autofahren dabei so angenehm wie möglich macht: mit 5 bequemen, variabel platzierbaren Sitzen (ausbaufähig zum 7-Sitzer), einem Arbeitstisch, Telefon* und Computer-Terminal** auf Wunsch, modernster Technologie, einer außergewöhnlichen Langzeitqualität (u. a. durch eine Rostfrei-Karosserie) und einer für diese Klasse einzigartigen Höchstgeschwindigkeit von 175 km/h.

Renault Espace. Das beste Beispiel dafür daß es sich lohnt, neue Wege zu gehen. Immer wieder.

Wenn Sie mehr über den neuen Renault Espace wissen möchten, z.B. wo Sie ihn live erleben können, rufen Sie uns an: Tel. 02232/73208. Oder schreiben Sie uns.

Schicken Sie bitte diesen Coupon mit Ihrem Namen und Adresse an die Deutsche Renault AG, Kölner Weg 6-10, 5040 Brühl 1.

Name

Adresse

PLZ/Wohnort

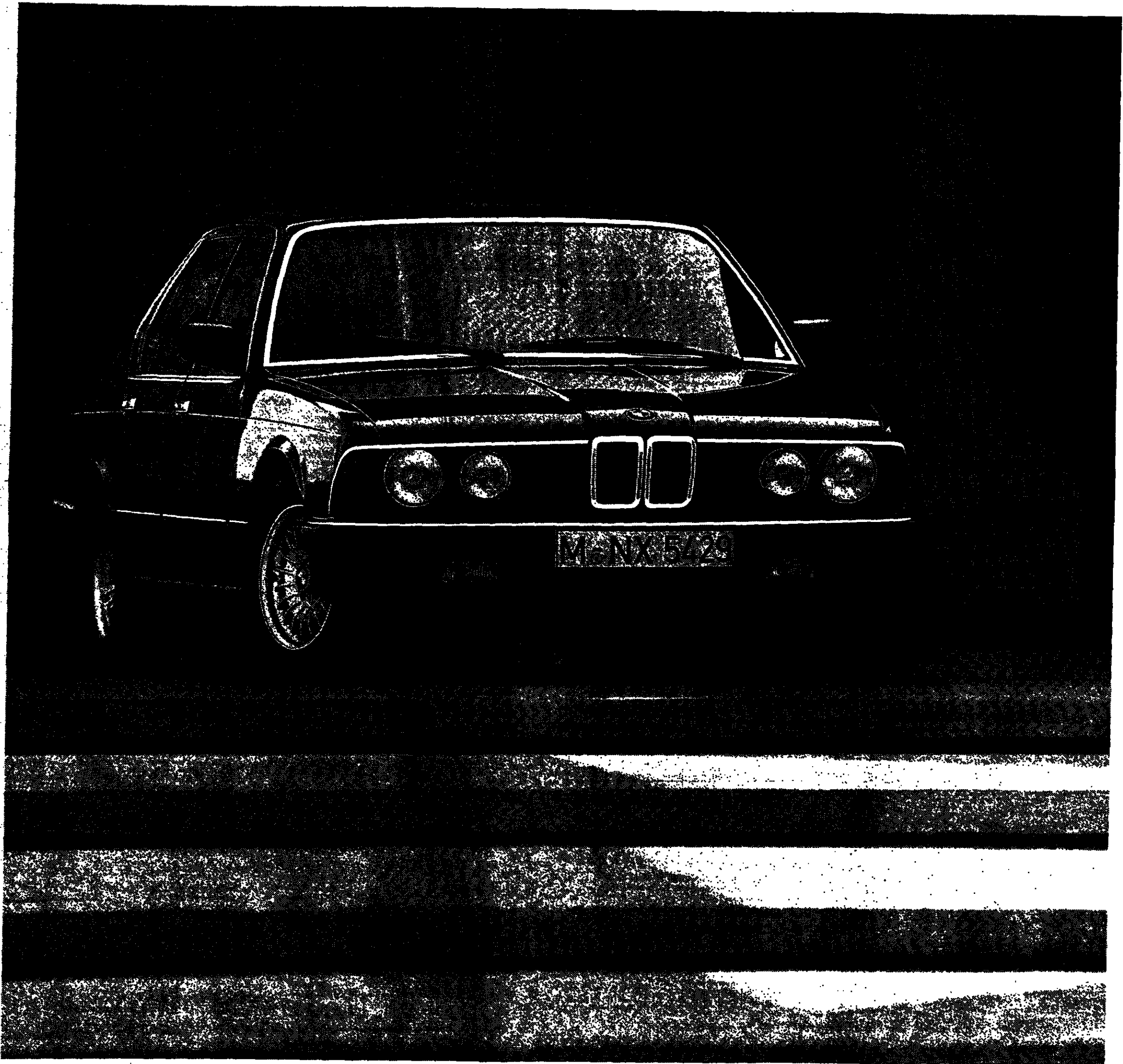
RENAULT

Auf der Straße neue Wege gehen.

Renault empfiehlt elf Motorendie.

21. Dezember
DM

Wer an die Möglichkeiten der Zukunft glaubt, sollte es auch zeigen: BMW 7er Reihe.



Sie werden an Ihren Fähigkeiten gemessen. Warum sollten Sie bei Ihrem Automobil geringere Maßstäbe anlegen?

Lesen Sie einmal, wie renommierte Fachleute in ebenso renommierten Medien die Fähigkeiten des BMW 745i beurteilen:
»Zur Zeit stellt kein Automobilhersteller überzeugender unter Beweis: Zukunftssichere Motorentechnik gibt es nicht ohne Motor-

Elektronik.« (FAZ zum 745i, 8.8.84)
»Hohe Leistung mit günstigem Treibstoff-Verbrauch bei minimaler Schadstoff-Emission verlangt ein außergewöhnliches technisches Niveau für motorinterne Maßnahmen... und Motor-Elektronik.«
Und: »Noch bei keinem Serien-Automobil wurde... ein so umfassendes elektronisches Motor-Getriebe-Management realisiert.« (Schweizer Automobil-Revue v. 4.10.84)

Sind nicht schon die Anforderungen der Umwelt ein guter Grund, sich das nächste Mal für etwas mehr als nur konventionelle Gediegenheit zu entscheiden?
Warum sollten Sie dem Fortschritt hinterherfahren – fahren Sie BMW.

Die BMW der 7er Reihe. Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.



buch aktuell

Die neue Ausgabe von „buch aktuell“ gibt es jetzt kostenlos im Buchhandel. Auf 132 Seiten finden Sie Informationen über die Neuerscheinungen in diesem Herbst. Fragen Sie Ihren Buchhändler nach „buch aktuell“ oder fordern Sie das Heft an bei Harenberg Kommunikation, Postfach 1308, 4600 Dortmund (bitte 2,- DM in Briefmarken als Versandkostenanteil beifügen).



Kostenlos im Buchhandel!

Axel Springer-Üllstein Unterstützungsrichtung Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden. Berlin, den 23. Oktober 1984. Der Liquidator Günther Kleinke Kaiser-Wilhelm-Str. 6 2000 Hamburg 36

Firmengründungen weltweit - Steuerdomizile. J. Richter, P.-Box, CH-6825 Capolago

40 % Gewinn erwarten wir mindestens für unser Musterdepot bis Ende März 1985. Probeabonnement 1.1.85-31.3.85 für 60 DM. HL-Bürobedarf, Postfach 15 10 7520 Bruchsal

Der Uhu braucht unsere Hilfe

Informapapier für 3,50 DM (Briefmarken) anfordern! Aktion zur Wiedereinführung des Uhus. Hertzweg 13 5650 Solingen

Diese Formel macht aus großen Augenblicken kleine Ewigkeiten



Es ist die Formel für ein Magnetit, ein magnetisches Mineral mit dem höchsten Eisengehalt aller Erze (72,4 %). Pulverisiert und auf Kunststoffbändern bewahrt es die guten wie die schlechten Töne der Menschheit, hält es die flüchtigen Bilder eines Augenblicks magnetisch für alle Zeiten fest.

Magnetbänder, Magnetplatten und Mikroprozessoren steuern Weltraumfahrten und Satelliten, Montagestraßen und Roboter, Forschungsabläufe und Heilprozesse, Großrechner und Heimcomputer. Sie werden das Gesicht der Welt verändern.

Ein Industrieland wie unseres, in dem fast jeder Arbeitsplatz vom Weltmarkt abhängt, muß in Wissenschaft und Technik vorn bleiben.

Sie haben auch in der Forschung viele Väter. Die Liste wissenschaftlicher Erfolge, die mit dem Namen

von Bürgern für immer verbunden sind, weil sie als Stifter ihr Vermögen zum Wohle aller eingesetzt haben, ist lang.

Auch heute stiften viele Mithbürger große und kleine Vermögen, um mit einer Stiftung die Wissenschaft zu fördern. Nicht immer sind es allein die Naturwissenschaften, die sie fördern wollen. Oft setzen sie mit einer Stiftung ein Lebenswerk fort, oder ihr persönliches Interesse für ein Wissenschaftsgebiet wird zum Anlaß, eine Stiftung zu errichten. Nicht selten ist es auch nur der Wunsch, Sinnvolles zum Wohle aller zu tun.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft verwaltet zur Zeit 90 gemeinnützige, private Stiftungen. Fragen Sie uns, wenn Sie über die Errichtung einer Stiftung nachdenken. Schreiben Sie, rufen Sie uns einfach an oder lassen Sie sich mit dem Coupon zunächst einmal mehr Informationen schicken.

Sie werden sehen: als Stifter müssen Sie kein Millionär sein. Auch mit relativ kleinen Stiftungsbeträgen können Sie Großes bewegen. In Ihrem Namen oder im Namen eines geliebten Menschen. Für unser Land.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V.

Brucker Holt 56-60 · Postfach 23 03 60 · 4300 Essen 1
Telefon 02 01/71 10 51 — Stiftungszentrum —

An den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V. — Stiftungszentrum — Brucker Holt 56-60 · 4300 Essen 1

Bitte ankreuzen:

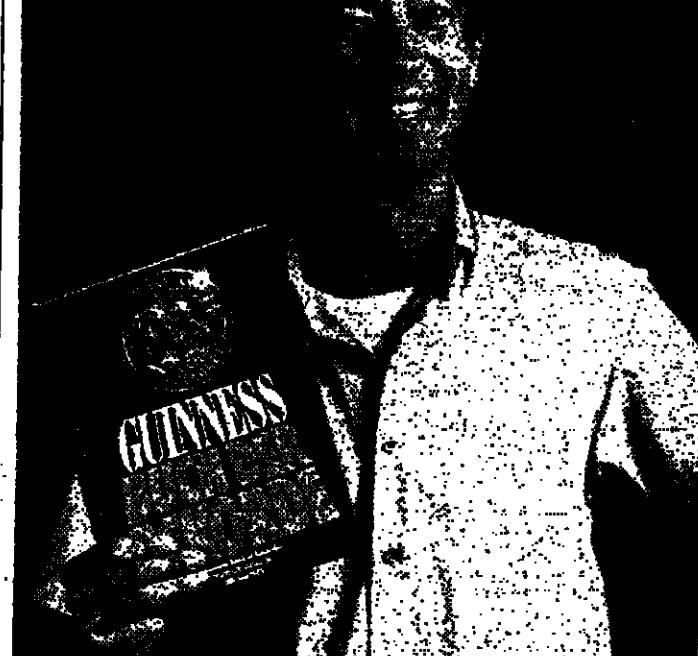
- ☐ Ich interessiere mich für gemeinnützige Stiftungen und Wege zu ihrer Errichtung.
Bitte schicken Sie mir unverbindlich Informationsmaterial.
☐ Ich möchte mehr wissen über die Arbeit des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Name

Straße

PLZ, Ort

»Wie lange dauerte das längste Fernrohr-Schachspiel? Wetten, Sie wissen es nicht? Auf Seite 259 steht's.«



Die tollste Geschenk-Idee - das neueste Guinness Buch der Rekorde. 352 Seiten Gesprächsstoff. Überall für DM 29,80.

Wir verkaufen Fitneß,

genauer gesagt, elektronisch gesteuerte Heimtrainer. Zu unseren Kunden zählt der Sport- und Sanitätsfachhandel sowie kommerzielle Anwender wie Fitneßstudios und ähnliches.

Wir expandieren, deshalb suchen wir sofort einen Handelsvertreter für Norddeutschland.

Wir erwarten professionelle Verkäufer mit überdurchschnittlichem Willen zum Erfolg und der Fähigkeit, sich auf unterschiedliche Gesprächspartner einzustellen.

Unser Angebot:

Die Chance, mit marktgerechten Produkten Erfolg zu haben und das persönliche Einkommen deutlich zu steigern. Rufen Sie an! Sprechen Sie mit Herrn Heinzl 06 31/4 80 92. Keiper Dynavit GmbH & Co. Mannheimer Straße 234-236, 6750 Kaiserslautern.

Dynavit

Connexion-Pool soll erweitert werden

Ideal für alle, die Geschäfte machen oder machen möchten und gute Kontakte zu Gleichgesinnten suchen. Fast alle Branchen sind vertreten, mit ständiger qualitativer und quantitativer Verbesserung.

Nähere Informationen erhalten Sie unter Angabe Ihrer genaueren Anschrift, Branche und eigener Möglichkeit, dem Pool mit neuen Kontakten zu dienen, von:

M + S c/o Connexion-Pool · Postfach 8 33, Lange Straße 74 757 Baden-Baden

D · CH · A

Handelsvertreter / Möbelhandel

Wir haben eine exklusive Collection, gutes Katalog- und Displaymaterial. Wir zahlen attraktive Provisionen und geben Gebietsschutz.

Zuschr. erb. u. D 12162 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing., Architekt, seit ca. 25 Jahren als Sachverständiger im Bauwesen tätig, übernimmt ab sofort

GENERALVERTRETUNG

für die BRD bzw. für den norddeutschen Raum, möglichst für Artikel des Bauhaupt- und -nebenhandels, aber auch andere Artikel technischer Art. Ausreichendes Eigenkapital und entsprechende Lagermöglichkeit mit Betriebsorganisation sind verfügbar. Ihre freundliche Zuschrift erbittet ich unter 7820 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

24
HEILIGABEND
geschlossen!

Am 24.12. bleibt unser Haus geschlossen. Wir wünschen deshalb allen unseren Kunden bereits jetzt ein frohes Weihnachtsfest.

pesch wohnen
Kaiser-Wilhelm-Ring 22 · 5000 Köln 1
Telefon 02 21/1613-0

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen



Die Prämie des Monats Dezember '84
Gilt nur bis 31.12.1984

Ein vielseitiger Mikro-Computer Modell Commodore 116.

Wer von Anfang an richtig in die „Computerer“ einsteigen will, findet mit diesem Gerät die besten Voraussetzungen. Für unterhaltsamen Freizeit-Spaß mit fertigen Programmen bis hin zum kreativen visuellen Gestalten auf dem eigenen Fernseher, fürs Musizieren und fürs Selberprogrammieren.

SPEICHER: 32 KB ROM Betriebssystem und BASIC V3.5 Interpreter - 16 KB RAM.
PROZESSOR: 7501 Mikroprozessor mit 0,89-1,76 MHz Taktfrequenz.
GRAFIK: 40 Spalten x 25 Zeilen, 121 Farben (15 Farbtöne mit 8 Helligkeitsstufen plus Schwarz) Groß- und Kleinbuchstaben, Grafiksymbole - Hochauflösende Grafik (320 x 200 Punkte) mit voller BASIC-Unterstützung - geteilter Bildschirm (Text/Grafik gemischt).
TON: 2 Tongeneratoren, davon einer als Rauschgenerator verwendbar - 8 Lautstärkepegel.
TASTATUR: 62 Gummipuffertasten, 8 programmierbare Funktionstasten, Cursor-Steuerpult.
EIN-/AUSGABE: Serielle Schnittstelle, Cassettentport, Erweiterungsport, 2 Joystickports, Video- und TV-Ausgang.
EINGebaute Software: BASIC 3.5, Interpreter (über 75 Befehle), Maschinensprachemonitor.
MASS: 26 cm x 6 cm x 18 cm.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Abende-Datum) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür erhalte ich den Mikro-Computer Commodore 116

Name:

Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Datum:

Unterschrift des Vermittlers:

Der neue Abonnent ist nicht mit mir identisch.

Meine Dankeschön-Prämie erhalte ich nach Eingang des ersten Bezugsgeldes für das neue Abonnement.

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstigste Abonnementspreis beträgt monatlich DM 25,60. Versandkosten + Mehrwertsteuer sind eingeschlossen.

Name:

Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Datum:

Unterschrift des neuen Abonnenten:

VERLAGSGARANTIE

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten:



Deutschlands größtes Observatorium steht in Spanien, wo der Himmel meist wolkenlos und die Luft noch sauber ist. Jetzt wurde das neue 3,5-Meter-Teleskop eingeweiht. Es soll Galaxien in der unvorstellbaren Entfernung von 10 Milliarden Lichtjahren aufspüren.

hobby
magazin der technik

DM 5,-

NR. 12 DEZEMBER 1984

Erleben, was die Welt verändert

Forschung: Lösen Hornissen das Schwerkraft-Rätsel?
Handwerk: Kunst des Schweißen
Super-Teleskop
Formeln: Die Kunst der Berechnung

Luftverkehr im Jahr 2000
Mit Mach 29
New York

hobby im Dezember - ein Magazin voll faszinierender Technik:

Luftverkehr im Jahre 2000: In 11 Minuten nach Amerika.

Auto-Cockpit der Zukunft: Navigations-System, Digital-Display, Computer- und Bildschirm.

Revolution in der Drucktechnik: Von Gutenberg zum Laser-Strahl.

„Slick 6“: Amerikas neuer Weltraumbahnhof.

Hornissen im Dienste der NASA: Schwerkraftexperimente im All.

Foto-Special: 10 Kompaktkameras im Vergleich.

hobby jetzt neu.

هكذا من الأهل

Frustrierte Oberbüttel

Man stelle sich einmal vor: Die Polizei führt in einem Report öffentlich Klage darüber, daß der Bürger es an Aufmerksamkeit fehlen lasse. Genau das hat die Hauspolizei der traditionsreichen englischen Elite-Universität Cambridge getan, genauer: Die zu Proctors, also Oberbütteln, gewählten Hochschullehrer Dr. John Marks und Dr. Michael Tanner, die Friedensbruch in der Alma Mater mit Hilfe der hauseigenen Polizeitruppe verfolgen, die es seit 755 Jahren gibt und deren Mitglieder „Bulldogs“ heißen, obwohl sie traditionsgemäß mit einem Bowler auf dem Kopf ihres Amtes walten.

Die Doctores Marks und Tanner klagen doch tatsächlich darüber, daß ihre Amtszeit gar so ereignislos verlaufen sei. Für sie Anlaß genug, den bislang erst vierten Report über die eigene Amtszeit zu verfassen, den Proctors in den letzten hundert Jahren zu Papier gebracht haben. „Wir sind enttäuscht über die dürftigen Bekundungen von Dissens, die wir in diesem Jahr erlebt haben.“ Weiter: „Wir sind besorgt über die derzeitige politische Apathie seitens der Studenten ange-

sichts zahlreicher nationaler und internationaler Probleme.“ Und: „Wir hatten nur mit einer einzigen gewaltsamen Demonstration in unserem Amtsjahr zu tun.“

Es klingt, als würden ausgerechnet die Proctors den „goldenen 68er“ Jahren nachweinen, als auch die Colleges von Cambridge vom Furor der Systemveränderer heimgesucht wurden und als zu den Verletzten auch Bulldoggen mit Bowler Hut gehörten.

Weit gefehlt: Die Doctores sind keine Nostalgie-Apostel. Besagte Demonstration bedauern sie ausdrücklich, „besonders in dieser Hochburg von Gelehrsamkeit und Redefreiheit“. Sie haben die apathische Ruhe für die des Grabes. Ihre Diagnose: Die neue Studentengeneration tut nur das, was von ihr erwartet wird, also studieren. Die Oberbüttel wollen die im Blick auf die magere Chancen am Stellenmarkt einsig Büttelnden keineswegs auf die Barrikaden locken: Sie wollen ihnen die Angst vor der Duckmäuserei nehmen.

Damit wird dieser Proctor-Report zu einem Plädoyer wider die Unpolitischen. Cambridge wäre nicht die Pflanzstätte der Elite von morgen, wenn man dort an der Bravheit der Kritiklosen Gefallen fände.

Gerechtigkeit für den „Bastard“ Juan d'Austria: Anmerkungen zu J. Beechings großer Monographie

Nie sah ich soviel Geist und Gefälligkeit

Don Juan d'Austria - „Johann von Österreich“ - geboren 1547, war ein unehelicher Sohn des habsburgischen Kaisers Karl V. und der Regensburger Offiziers-Tochter Barbara Blomberg. Karl V. beherrschte ein Weltreich, in dem die Sonne nicht unterging. Es umfaßte die österreichischen Gebiete, die Niederlande (samt dem heutigen Belgien), Burgund, Norditalien, Neapel mit Sizilien, Spanien, Tunis und die Weiten der neuentdeckten amerikanischen Kontinente.

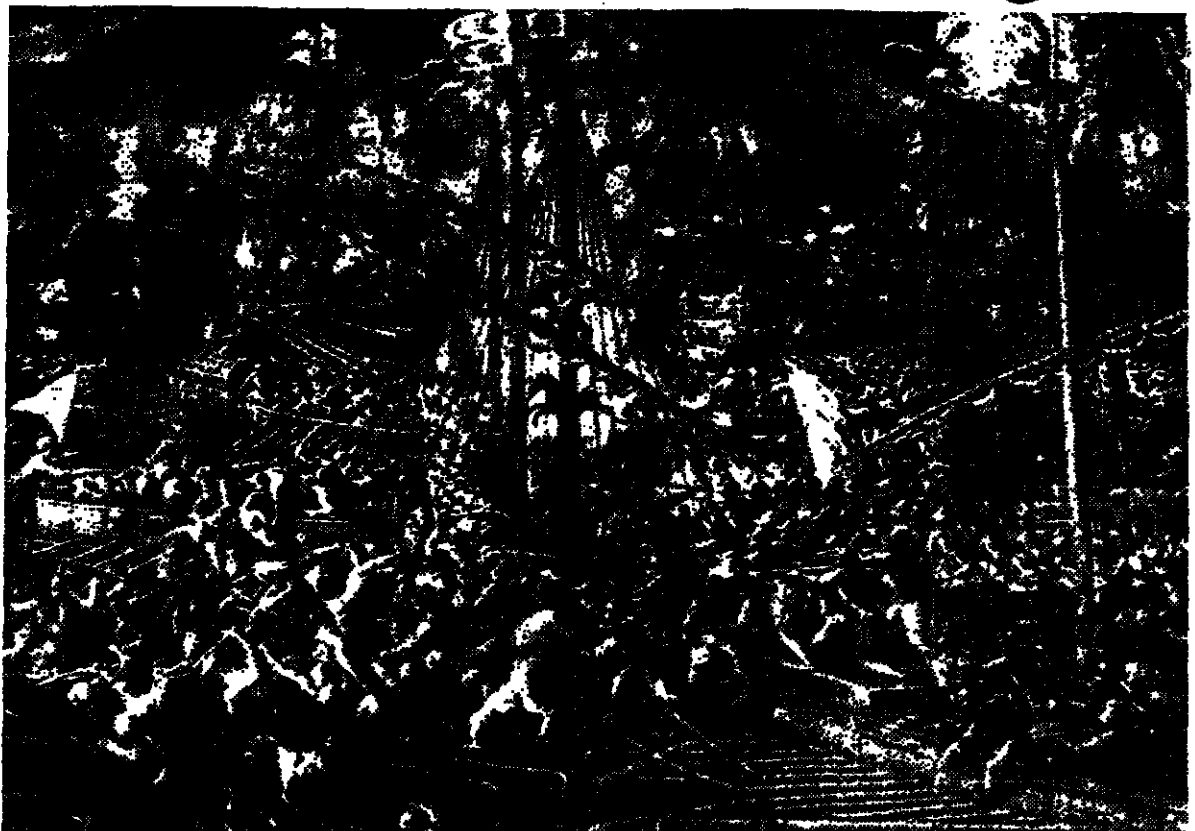
Als er 1556 abdankte und sich in die Nähe des Klosters San Jerónimo de Yuste zurückzog, wo er zwei Jahre später starb, erhielt sein Sohn Philipp II. die Herrschaft über Spanien, Burgund und die Niederlande. Karls jüngerer Bruder Ferdinand I. dem schon 1525 die österreichischen Erblande und bald darauf auch die Kronen Böhmens und Ungarns zugefallen waren, trat hingegen die Nachfolge in der Kaiserwürde an.

Don Juan d'Austria wurde zuerst von einem flämischen Musikanten, dann von einem engen Vertrauten Karls V. erzogen. Erst in seinem zwölften Lebensjahr wurde ihm enthüllt, wer er war, und er wurde vom nunmehrigen König Philipp I. als Halbbruder anerkannt.

Zeitgenossen schildern uns Don Juan als gutaussehenden jungen Mann von mittlerer Größe mit blondem Haar und blauen Augen. Er hatte hervorragende Manieren, war ein ausgezeichneter Reiter und spielte zur Erholung gerne stundenlang Netzball. Er sprach Spanisch und Französisch, verstand darüber hinaus auch Latein, Deutsch, Flämisch und wohl auch Italienisch. Zeit seines Lebens verehrte er insbesondere die heilige Maria, und von allen Büchern, die er las, entzückte ihn am meisten jene Ritterromane, die Cervantes später in seinem „Don Quixote“ persiflierte.

Er war mutig bis draufgängerisch, fühlte sich von allem Anfang an zum Kriegswesen hingezogen, war dabei von gewinnendem Charme und bewundert von den Frauen. Er selbst hat sich in seinem kurzen Leben nur einmal leidenschaftlich verliebt, nämlich in die Femme fatale Margarete von Valois, genannt „Königin Margot“, die Tochter der Katharina Medici und des französischen Königs Heinrich IV. Im Vergleich zu anderen Zeitgenossen war er, obwohl überzeugter Katholik, dem Fanatismus abhold.

Sogar ein englischer Geheimdienstmann, Sir Francis Walsingham, der den Prinzen ermannen lassen wollte, bekannte nach einer Begegnung mit ihm: „Nie sah ich einen Edelmann von solcher Statur und Rede, von so viel Geist und Gefälligkeit.“ Er bemerkte allerdings auch: „Widerstreit in seiner Brust zwischen Ehre und Notwendigkeit“, zwischen gewinnenden persönlichen Anlagen und der kalten Staatsräson des spanischen Herrschers.



Hier entschied sich Europas Schicksal: Die von Juan d'Austria gewonnene Seeschlacht von Lepanto, dargestellt auf einem Fresko von Andrea Vicentini im Palazzo Ducale zu Venedig

Philipp II. mißtraute ihm, hielt ihn stets auf Distanz und legte bis zuletzt Wert darauf, daß sein unehelicher Halbbruder nur mit „Exzellenz“, nicht aber mit dem königlichen Titel „Hoheit“ anredet wurde. Dank seiner Fähigkeiten war Don Juan gleichwohl eine bedeutende Karriere vergönnt. Er schlug einen Aufstand der Morisken in Granada nieder, kämpfte erfolgreich gegen Piraten und wurde schließlich Admiral.

Zu weltgeschichtlicher Bedeutung stieg er auf als Sieger in der Seeschlacht bei Lepanto am Golf von Korinth, wo er am 7. Oktober 1571 die türkische Flotte vernichtend schlug. Der englische Philosoph Francis Bacon hat diesen Sieg mit dem Triumph der Flotte Oktavians - des späteren Kaisers Augustus - über Mark Anton bei Aktium verglichen.

Lepanto bedeutete den Beginn des Niedergangs der bis dahin für unbesiegbare gehaltenen Türken, die damals Griechenland, den gesamten Balkan, große Teile Ungarns, Syriens, Palästina, Arabien, Ägypten und Nordafrika beherrschten und zeitweise nicht nur Wien, sondern auch Rom ernsthaft bedrohten. Es ist heute nicht unangebracht, an diese geschichtlichen Tatsachen zu erinnern: Der „Imperialismus“ ist keineswegs, wie neuerdings von Politikern und Ideologen unterstellt wird, eine europäische Erfindung; vielmehr sind die Völker des Abendlandes jahrhundertlang selber das Opfer einer grausamen Expansions- und Kolonialpolitik der Türken gewesen.

Jack Beechings spannend geschriebenes Buch „Don Juan d'Austria, Sieger von Lepanto“ (Prestel-Verlag, München, 384 S., 39,80 Mark) ist weit mehr als eine Biographie des Siegers von Lepanto. Es bietet vielmehr einen Rundblick auf die gesamte Geschichte des Mittelmeerraumes im sechzehnten Jahrhundert. Während im Norden der Kampf zwischen Reformation und Katholizismus tobte, ging es hier im Süden um die weitere Schicksals ganz Europas weit mehr entscheidende Frage, ob die aus Zentralasien stammenden Türken, die sich zuerst in Anatolien niedergelassen und schließlich das Oströmisch-Byzantinische Reich vernichtet hatten, auch das gesamte westliche Mittelmeer beherrschen sollten oder nicht.

Beeching gelingt es vortrefflich, so wohl die Schaulust als auch die Hauptdarsteller dieses Ringens anschaulich vor Augen zu führen. Der Leser lernt Madrid, Granada und den Escorial ebenso kennen wie das päpstliche Rom, die Republik Venedig, die umkämpften Inseln Malta und Zypern sowie Konstantinopel, das seit 1453 Hauptstadt der osmanischen Sultane war. Er wird mit dem Ritterorden der Malteser ebenso vertraut wie mit dem Schicksal der Galeerensklaven, die es sowohl auf christlicher wie auf islamischer Seite gab. Inquisition, Folter und Ketzerverbrennungen im Westen stehen systematisch Menschenraub und Massenmorde an Besiegten im Osten gegenüber.

Für die islamischen Türken war ihr Vordringen ein „Heiliger Krieg“, den Europäern erschien ihre Abwehr als eine Neuauflage der Kreuzzüge. Papst Pius V. nannte Don Juan d'Austria, mit den Worten des Evangeliums, einen „von Gott gesandten Menschen, dessen Name war Johannes“; bei den Türken war der Sultan zugleich Kalif, das heißt Nachfolger Mohammeds und damit Haupt der muslimischen Gemeinschaft.

„Die Zeit für gute Ratschläge ist vorbei; jetzt ist es Zeit zu kämpfen“, sagte Don Juan d'Austria unmittelbar vor der Schlacht von Lepanto, als ihn Gianandrea Doria bat zu bedenken, daß eine offene Seeschlacht in so gefährlicher Situation immer noch vermieden werden könne. Seiner Besatzung rief er mit seiner hellen, fast knabenhaften Stimme zu: „Kinder, wir sind hier, um zu siegen oder unterzugehen. Aber ihr werdet unsterblich sein, ob im Tod oder im Sieg.“

Die Lektüre des Buches von Beeching vergegenwärtigt dem Leser nicht nur ein Menschenschicksal und eine entscheidende Schlacht, sondern ein ganzes dramatisches Kapitel europäischer Weltgeschichte. Don Juan d'Austria starb am 1. Oktober 1578, also mit einunddreißig Jahren, in den Niederlanden. Sein Herz wurde in Namur beigesetzt, seine einbalsamierte Leiche über Frankreich nach Spanien gebracht und dort in der königlichen Grabkammer des Escorial an der Seite Kaiser Karls V. bestattet.

G.-KLAUS KALTENBRUNNER

JOURNAL

Anatolij Martschenko wird vermißt

DW, Perm Anatolij Martschenko, einer der prominentesten russischen Bürgerrechtler, Autor des Buches „Meine Aussagen“, des seinerzeit ersten Buches über die Straflager der Chruschtschow-Zeit, ist verschwunden. Er sollte im September vom Perm-Lager (Ural) Nr. 35 in das Lager Nr. 36 verbracht werden. Martschenko, der seine sechsunddreißigjährige Freiheitsstrafe verbüßt, ist, wie die Menschenrechtsorganisation „Kontinent“ jetzt erfüllt, nie im Perm-Lager Nr. 36 eingetroffen. Martschenkos Gesundheitszustand ist seit langem besorgniserregend.

Unesco fordert Hilfe für Restaurierung Sanaas

AFF, Sanaa Zu einer internationalen Hilfskampagne für die Rettung und Restaurierung der nordjemenitischen Hauptstadt Sanaa hat der Generaldirektor der Unesco, Amadou Mahtar M'Bow, aufgerufen. Das Unesco-Programm, dessen Finanzdecke auf 300 Millionen Dollar geschätzt wird, betrifft die Restaurierung des alten Stadtkerns von Sanaa, in dem 50 000 Menschen leben. In dem Gebiet stehen 19 Moscheen, 29 Koranschulen und 18 türkische Bäder.

Keine Entscheidung über Leitung der „documenta“

dpa, Kassel Das Vorhaben, die für 1987 vorgesehene „documenta 8“ in Kassel von zwei gleichberechtigten Partnern leiten zu lassen, ist gescheitert. Der Leiter des Städtischen Museums Amsterdam, Eddy de Wilde, und Harald Szemann, der Generalsekretär der „documenta 5“ von 1972, haben dem Aufsichtsrat geschrieben, daß sie die nächste große Kasseler Avantgarde-Kunstschau „gemeinsam nicht machen können“, weil jeder der beiden in Aussicht genommenen gleichberechtigten künstlerischen Leiter gewohnt sei, Entscheidungen allein zu treffen.

Ted Hughes neuer britischer Hof-Poet

dpa, London Der 54jährige Ted Hughes ist zum neuen „Poet Laureate“ ernannt worden, zum offiziellen britischen Hof-Poeten. Er wird Nachfolger des verstorbenen Sir John Betjeman, der das Amt seit 1972 innegehabt hatte. Der Poet Laureate ist offizielles Mitglied des königlichen Haushalts und hat die Aufgabe, bei großen Ereignissen im königlichen Oden abzuheften.

„Passage to India“ bester Film des Jahres

AP, New York Der neue Film des britischen Regisseurs David Lean, „Passage to India“, ist vom „National Board of Review“ als bester Film des Jahres 1984 ausgewählt worden. Der Film wurde auch an erster Stelle von „zehn besten Filmen des Jahres“ genannt. Auf Platz zwei erscheint „Paris, Texas“ des deutschen Regisseurs Wim Wenders. Die Hauptdarsteller des Lean-Films, Victor Banerjee und Peggy Ashcroft, wurden als beste Darsteller genannt, Lean als bester Regisseur des Jahres.

Jean Bazaine 80

Der Maler Jean Bazaine wird heute 80 Jahre alt. In Deutschland wurde er erst nach dem Zweiten Weltkrieg so recht bekannt, denn er kam schon während des Krieges nach Paris, wo seine Arbeiten regelmäßig zu sehen waren und wo er 1941 mit zu den Organisatoren der Ausstellung „Les Jeunes Peintres de la Tradition Française“ gehörte. Der Maler, 1904 in Paris geboren, hatte zuerst Philosophie und Literatur studiert, sich dann mit der Bildhauerei beschäftigt, ehe er zur Malerei kam. Seine rhythmisch gegliederten Gemälde lenken zwar oft durch die Titel - „Ebbe“, „Wasser“, „Lichtung“, „Morgen im Wald“ - auf Naturereignisse hin, sind aber nicht deren Abbild, sondern nur Ausdruck einer Impression. Denn, so hat der Maler einmal erklärt, es komme auf die innere Geometrie der Dinge an und nicht deren Erscheinungsform.

Johannes Edfelt 80

Der große alte Mann der schwedischen Literatur, der Lyriker, Kritiker und Übersetzer deutscher Literatur von Goethe bis Kafka, Johannes Edfelt, wird heute 80 Jahre alt. Edfelt begann mit Gedichten, deren Duktus kaum zu überbieten war, wo die Bitterkeit über menschliches Elend nur durch die Strenge der Form abzufangen war. In Edfelts späteren Sammlungen kommt mehr und mehr das Prosagedicht zur Geltung; geistreiche, aber auch sensible Notate voller Bilder und Anspielungen. Dieser Tage ist im C. Hanser Verlag, München, eine von Edfelt selbst getroffene Auswahl von Prosagedichten aus drei Jahrzehnten erschienen: „Fiebertief“ (83 S., 24 Mark).



Genialer Dilettant: Fritz von Herzmanovsky-Orlando

Joh. Grütze in der Neuen Nationalgalerie Berlin

Eiertanz in toller Pose

Weihnachten wird es wieder mal zeigen. Nicht jeder hat die passenden Anzüge für die Hemden, die er geschenkt bekommt. Und so manche glitzernde Präsent muß vom neuen Besitzer erst noch erforscht werden. Der Nationalgalerie ging es jetzt wohl ganz ähnlich, als sie rund 4000 Zeichnungen Johannes Grützes geschenkt bekam - aus der Hand der Freundin des Künstlers, Barbara Naujok (die Künstler nennt sie seine „Königin“). Die Nationalgalerie besaß bis dato kein einziges Bild dieses prominentesten Jüngers der „Schule der neuen Prachtigkeit“. Und sie wird es auch künftig mit einem Ankauf nicht allzu eilig haben. Eines der Gründungsmitglieder der „Freunde der Nationalgalerie“ nennt eine umfangreiche Grütze-Sammlung sein eigen. Da kann man hoffen.

Überdies siedelt Grützes realistische Malerei technisch irgendwo zwischen Caravaggio und 19. Jahrhundert. Sie sitzt, genauer gesagt, zwischen den Stühlen eines Konservatismus und jener Avantgarde, die bei der Ankaufspolitik fortgeschrittener Museen, eben weil sie Avantgarde ist, automatisch Qualitätspunkte gutgeschrieben bekommt.

Es bedurfte in dieser etwas unglücklichen Situation, um das Geschenk mit einer Ausstellung würdig willkommen zu heißen, erstaunlicher Eierdanze. Da wird einmal im Katalog der intellektuelle Saito geschlagen, Grütze sei insgeheim ein Konzeptkünstler. Eine direkte Analogie zwischen seinen motivischen Grundprinzipien und den Standards von Franz Erhard Walther wird entdeckt - eine hintergründige Ironie, auf die nicht einmal Grütze selbst gekommen wäre.

Nun haben es aber die vielen geschenkten Zeichnungen erstens an sich, daß sie zum großen Teil in Skizzenbüchern festgehalten sind. Man kann also nur ein paar Originale aufschlagen, im übrigen muß man sich mit Foto-Reproduktionen behelfen. Und noch wichtiger: Diese Zeichnungen sind nicht als losgelöst selbständige Kunstwerke. Sie sind Skizzen und Skizzenfolgen. Sie gehen über mehr als anderthalb Jahrzehnte diversen Motiven nach, sie variieren Kompositionsmöglichkeiten.

Den Veranlassern ist also gar nichts anderes übriggeblieben, als aus dem geschenkten Gaul eine Nebensache zu machen und wenigstens eine Bilderausstellung drumherum zu improvisieren. Da kann man dann, im Hin und Her zwischen Skizzen und fertigen Gemälden (und durchaus nicht nur zu dessen Vorteil), sehen, wie sich Ideen entwickeln und verfestigen - manchmal allerdings auch versteifen. Nun sind aber neun Bilder, aus wenigen Sammlungsquellen gespeist, doch ein bißchen dünne für ein solches Unterfangen. Das schöpferische Potential, das da in dem Skizzen-Archiv lagert, umfaßt weit mehr, als die Leistung dieser wenigen Bilder noch repräsentieren kann.

demselben Modell gleich in verwickelten Rollen-Vervielfachung. Und sieht an: In diesen Bildern steckt auf satirisch hintergründige Weise mehr Gegenwartsbezug, als sich manche Deuter träumen lassen, die allzuviel in der Psychologie des Künstlers nach Erklärungen herumsuchen. Das selbstgefällige Pathos von Demonstrationen (1969 gemalt) in dem Bild „Anonymus Triumph“, zu schweigen vom Kalorienaufwand ganz und gar nicht idealisierter Körper oder dem Gehalt an Spieligkeit zahlreicher Physiognomien, aus denen Grütze die eigene auffallendweise nicht ausgespart hat, stehen dafür.

Der Witz will es, daß mit hübscher Gleichzeitigkeit die „Ladengalerie“ am Kurfürstendamm auch ihre Grütze-Ausstellung hat. Sie zeigt nämlich 30 Pinselfzeichnungen zu Tankred Dorsts „Der nackte Mann“, eine Mythen-Episode aus dem Leben Parzivals. Der begegnet da einem



Grimasse als Methode: Selbstkritik mit einem Pinselfbild (Ausschnitt) von Joh. Grütze, aus der Berliner Ausstellung

seitsamen Heiligen, der eines Tages zu pilgern aufbricht, um das Getier in der Erde nicht zu gefährden und damit prompt die eigenen Kinder dem Hunger überläßt. Ein Fisch, den Parzival vor einem Reiter bewahrt, folgt ihm sogar auf dem Landweg. Hier haben wir nun wirklich Zeichnungen (nicht Pastellen), die für sich selbst sprechen. Alles ist da: Der Antiklassizismus (oder vielmehr: die Idealität des Trivialen), das ironisch-parodistische Pathos der eigentümlichen Pose.

Eine außerordentliche winklige und dynamische Figurenszene vor „Ghetto“-Inszenierung, drei große Rollen aus dem „Kamikaze“-Film machen obendrein auf ein Problem aufmerksam: Johannes Grütze ist durch seine Arbeiten für verschiedene Theater zu einem der interessantesten Bühnenbildner geworden. Was passiert eigentlich mit den „Originalen“? (Nationalgalerie bis 27. Jan., Katalog 30 Mark; Ladengalerie bis 15. Jan.)

PETER HANS GÖPPERT

Duisburg: Fleischmanns Oper „Rothschilds Geige“

Vom traurigen Zwilling

Man könnte sich die Inszenierung dieses Vierzig-Minuten-Stücks in Bühnenbildern von Marc Chagall vorstellen: eine jener traurigen Schokow-Beziehungen, die Schostakowitsch über alles liebte und in denen er Musik klingen hörte. Noch auf dem Sterbebett wollte er aus Tschechow verlesen haben und plante eine Operette zu einem Stoff des jiddischen Dichters Scholem Aleichem. An der jiddischen Volksmusik faszinierte ihn ihr in Heiterkeit sublimierter Schmerz, ihre Stilen und Rhythmen beeinflussten seinen Stil seit den 40er Jahren.

Vielleicht eben seit der Beschäftigung mit „Rothschilds Geige“, einem Werk seines in den ersten Kriegsjahren gefallenen jiddischen Schülers Benjamin Fleischmann, einer Oper, die Schostakowitsch 1943 zu Ende komponierte und instrumentierte, und mit der er ebenso auf Widerstand stieß wie später mit seinen eigenen „Jiddischen Liedern“. Beide begegneten dem Vorwurf des „Zionismus“.

„Rothschilds Geige“ erlebte erst in den sechziger Jahren eine Studioaufführung in der Sowjetunion, ohne daß die Vorwürfe verstummten; ihre konzertante Aufführung jetzt in Duisburg wurde seinerzeit von Irina Schostakowitsch vorgeschlagen, und diese deutsche Erstaufführung ist zugleich die erste außerhalb der Sowjetunion.

Der Schostakowitsch-Forscher Joachim Braun sieht in dieser Zusammenarbeit Schostakowitschs mit seinem nur sieben Jahre jüngeren Schüler überhaupt das Schlüsselereignis für die Hinwendung des Komponisten zur jiddischen Folklore. Und noch in anderer Hinsicht war „Rothschilds Geige“ ein Schlüsselereignis: Die konzentrierten Versuche zu ihrer Durchsetzung brachten Schostakowitsch mit Solomon Volkov zusammen, der seine Aussagen und Erinnerungen in dem umstrittenen, aber vielzitierten Buch „Zeugnisse“ festhielt.

Hört man diese Musik wie jetzt im Rahmen des Schostakowitsch-Festivals in einer eindrucksvollen Interpretation durch die Duisburger Sinfoniker unter Lawrence Foster, vermu-

det man in Benjamin Fleischmann in der Tat einen einzigen Zwilling von Schostakowitsch. Natürlich nimmt ein Lehrer Einfluß auf seinen Schüler, oder aber war es vielleicht auch umgekehrt? Arnold Schönberg meinte ja einmal über seine Harmonielehre, dieses Buch habe er von seinen Schülern gelernt.

Fleischmann klingt also nach dem Schostakowitsch der Violinkonzerte oder der Zehnten Sinfonie, vor allem natürlich nach dem Volatzkyus „Jiddische Lieder“, deren Urbild man hier unverkennbar wiederfindet. Andererseits hatte Schostakowitsch ihm den Tschechow-Stoff nahegelegt, der von Antisemitismus und Versöhnung nicht in abstraktem, sondern in praktisch-realistischem, wohl auch anspielungsreichem Sinne handelt.

Ein armer russischer und ein armer jiddischer Schlocker geraten sich in die Haare; der geizige Russe argüert sich, daß der böse Jude die lustigsten Melodien so unsäglich traurig spielt. Er verprügelt und beleidigt ihn, verachtet ihn dann aber doch heimlich seine Geige. Und auf der spielt jener dann genau so traurig seine Weisen.

Der Theaterinstinkt, den diese Partitur verrät, hat zweifellos viel mit Schostakowitschs Erfahrungen an den verschiedensten Leningrader Experimentierbühnen zu tun. Die Harmonik ist herb und stachelig, entspricht der böse-traurigen Tschechow-Story und mag in den späten dreißiger Jahren, als es auf Lebensjahre ankam, schon ein Wagnis gewesen sein: Tönale Dreiklänge begegnen uns nur zur Skizzierung wehmütiger Erinnerung.

Man hört: Brechts und Weills Dreigroschenoper hatte in jenem „Theateroktober“ ihre russischen Pendanten, Schostakowitsch und Fleischmann haben sich wenig um erwünschten Optimismus geschert. Die dramatische Baupartie, urig gestaltet von dem Jamaicaner Willard White, besitzt dann ihre eigene Kontinuität und wird eigentlich zum Angelpunkt des Stückes, das einen Erfolg verdienen würde.

DETLEF GOJOWY

Wien: Herzmanovskys „Wiesenhendl“ uraufgeführt

Wanzenvertilgers Liebe

In seiner Einleitung zu „Maskenspiel der Genien“ geht Friedrich Torberg auf den Begriff des Dilettantismus ein, der im üblichen Sinn oft auch auf Fritz von Herzmanovsky-Orlando angewendet wird, als könne man auf jemanden, der sich gemäß der Übersetzung des Wortes aus dem Lateinischen „an etwas ergötzt“, verächtlich herabschauen. Inzwischen hat man einen anderen Begriff von dieser Art laienhaften Kunstübung. Herzmanovsky ist in seiner Singularität erkannt worden. Ob das ohne Torberg gelungen wäre, steht dahin. Er war nicht nur sein größter Propagandist, sondern auch sein bester Geburtshelfer. Denn es ist nun einmal für einen genialen Spinner nicht leicht, sich in die Geleise der für den Erfolg eines Kunstwerks nötigen Konvention zu fügen.

Das zeigte jetzt auch die Uraufführung des nicht bearbeiteten, von köstlichen Einfällen strotzenden, aber nach einem wahren Feuerwerk von Geist und Komik dann doch flau endenden Stückes: „s Wiesenhendl oder Der abgelehnte Drilling“. Es wurde vom prachtvoll restaurierten und wieder in die vordere Reihe der Wiener Theater eingependelten „Volkstheater“ mit viel Ambition als Weihnachtspremiere gegeben, die den seltenen Anspruch nach harmloser Unterhaltung ohne Banalität erfüllte.

Man wird da mit einem gewiß nicht originellen, aber voll Liebhaberei ausgestatteten Zusammenstoß von Nord- und Süddeutschland auf dem Münchner Oberbayer konfrontiert. Das landschaftlich kontroverse Paar hat sich am frühen Morgen beim Gang auf die Toilette kennengelernt, das Mädchen, weil es den Sonnenanfang beobachten wollte, und der junge Bayer halt so. Die letzten Szenen bringen etwas gewaltsam das Happy-End. Man hat das Gefühl, dem Autor sei es ein wenig faul geworden, er habe eben unzustandshalber einen Schluß produziert.

Daß man bei Herzmanovsky nicht ein systematisch kalkuliertes Theaterstück erwarten konnte, war von

vornherein klar. Daß der junge Brautwerber, der seines Zeichens Wanzenvertilger ist, für einen feudalen Jäger gehalten wird, gibt schon einen Begriff von den weitgehend mit Situationskomik gewürzten Begebenheiten. Die Verlegung des Schauplatzes außerhalb Kakaoniens offenbart ein neues Element Herzmanovskys, den man im allgemeinen als einen Kunder und Kenner dieses vergangen und verschwunden Reiches liebt.

Es gelang dank der freimütig kulturellen Regie von Helmut Palitzsch ganz gut. Und die Darsteller, voran Rudolf Strobel als Oberstudienrat Dr. Gotthold Pustkruchen, Wolfgang Böck in der Rolle des bayrischen Verliebten und schließlich Doris Weiner als Objekt seiner Leidenschaft, die am Ende mit einer Viertelmillion belohnt wird, beherrschen überraschend gut die kabarettistische Szene, während Heinz Petters als alter Dilettant Urbayerturn vorzustellen weiß. Ein leichtgewichtiges Abend, an dem man unbeschoren lachen durfte - weil eben Herzmanovsky der Autor war.

ERIK G. WICKENBURG

KULTURNOTIZEN

Der Quinlan-Verlag in Frankfurt gibt seine Selbstständigkeit auf und wird künftig als „Edition Quinlan im Campus-Verlag“ firmieren.

Mit dem „Fritz Ferenc“, einem neuen Literaturpreis für Pamphlete, ist in Paris Lionel Chouchon ausgezeichnet worden.

Das freie Deutsche Hochstift erwarb fünf Goethe-Autographen, darunter die einzige Niederschrift des Vierzeilers „Begeisterung“.

Die 12. Musikbiennale Zagreb soll vom 19. bis 25. April 1985 in der kroatischen Hauptstadt stattfinden.

„Sammele, Sammele, Sammele!“ heißt eine Ausstellung in der Kunsthalle Recklinghausen (bis 10. Februar).

Victor Vasarely wurde zum Kommandeur des französischen Ordens ernannt.

Michael Magne, Filmkomponist, ist 54jährig in Paris gestorben, vermutlich durch Selbstmord.



DER: Neue Marke für Individual-Urlauber erfolgreich

Seite III

Robinson-Clubs bauen Brücken zu den Nachbarn

Seite III

Schach mit Großmeister Pachman, Bridge und Denkspiele

Seite VII

Ausflugstip: Winterliches Bongsiel am Hauke-Haien-Koog

Seite VIII

Klassische Weihnacht mit uralten Liedern in Heiligenblut

Seite VIII



Die Christen nennen ihn den See Genezareth oder das Galiläische Meer. Für die Israelis heißt er Kinnereth, weil er die Form einer Harfe oder Leier hat, Kinnor auf hebräisch. Einst ein stiller, ruhiger Fleck, noch heute von wunderbarer Schönheit, sind der See und die Landschaft in ein weiches, pastelliges Licht getaucht. Jesus von Nazareth wählte den See, der vom Jordan durchflossen wird, zu seiner zweiten Heimat. Hier wirkte er Wunder, hier berief er seine Apostel. Wie sieht es heute an seinen Ufern aus, wo jeder Fußbreit Geschichte und Legende ist?



Eine grüne Oase in Israels Nordprovinz: Das Galiläische Meer mit seinen üppig bewachsenen Ufern

FOTOS: DIE WELT

An den heiligen Wassern des Sees Genezareth

Mighty Jesus, klingt es vielschichtig durch das Uferdickicht aus Weiden, Tamarisken und Euphratpappeln, allmächtiger Jesus, sein Name ist wunderbar, ihn preisen alle Geschöpfe. Pastor Malcolm Pears steht bis zu den Hüften im Wasser. "Now it's your turn, Diana!", und das Mädchen schreitet tapfer in die kühlen Fluten des Jordan. Dann klickern, fast verschämt, ein paar Pocketkameras, als der Pastor Diana zu den Worten des Taufgebets völlig untertaucht.

Bachbut und Gabriel Levy nicht; sie kennen den See, sein Wasser und seine Launen: wie er, eben noch lammfromm und spiegelglatt, aus heiterem Himmel vom Schariye, einem gefährlichen Fallwind aus dem Osten, aufgeweht, zur Falle für die Boote werden kann; oder wie er, in einer sternklaren Nacht wie dieser, seinen Reichtum, die Brur, Barbut, Kassis und Benis, vor den Augen der Fischer und deren Netzen verborgen hält.

Dreimal in vier Stunden haben Gabriel und David die Netze ausgeworfen: nahe dem Dorf Migdal am Nordufer, dann bei Tabgha, der Überlieferung nach der Ort der wundersamen Brotvermehrung, und zuletzt weiter draußen auf dem See, wo die Geräusche vom Ufer nur noch ein fernes Murren sind. Darüber ist es fast Mitternacht und empfindlich kalt geworden. Gabriel hat den Außenbordmotor hochgezogen und Decken und Schlafsäcke als Nachtlager auf den Bootsplanken ausgebreitet. Als er sich setzt, deutet er ans nordwestliche Ufer, wo ein paar einsame Lichter blinken: "Das ist Kfar Nachum, das Dorf des Nachum". Er zieht den Kragen seiner speckigen Jacke hoch. Kapernaum - von da kam Simon Petrus, der Menschenfischer.



Um die Fischer von Tiberias macht sich Stadtsekretär Eli Antebi wenig Gedanken. Rund 250 sind es jetzt, wohl mehr als je zuvor. Der See ernährt sie alle, weil er durch Containernadungen voller Jungfische künstlich fischreich gehalten wird. Sorgen macht er sich um die Touristen- und Pilgergruppen. Zu viele von ihnen kommen nur als Tagesausflügler aus Galiläische Meer, klappern im Elberfahren einen Bruchteil der Sehenswürdigkeiten ab: das Ospizio Monte della Beatitudine der Franziskanerinnen und die von einer großen Kuppel gekrönte Kirche am Ort der Bergpredigt am Nordufer, mit dem schönsten Blick auf die ganze Weite des tiefblauen Kinnereth; die byzantinische Kirche von Tabgha mit den berühmten Bildern von Fischen und Broten im Mosaikfußboden; die Ruinen der Synagoge von Kapernaum;

und eines der Terrassenrestaurants am alten Hafen. Hier wird ihnen der ebenso berühmte wie grünenreihen "St. Petersfisch" serviert. Wer nimmt sich schon die Zeit, jene "Landschaft von wunderbarer natürlicher Schönheit" zu entdecken, als die der römische Geschichtsschreiber Josephus die Ebene von Ginnossar pries, die königliche Früchte, Weintrauben und Feigen, zehn Monate lang ohne Unterbrechung hervorbrachte. Heute sind die königlichen Früchte Bananen. Die satgrünen Plantagen bedecken die schwarze Vulkanerde der Ebene. Auch an den "Hot Springs of Tiberias", die gegen so ziemlich jedes körperliche Gebrechen wahre Wunder wirken sollen, fahren viele Touristen in ihrer Kile, die so gar nicht in diese beschauliche, die Sinne bezaubernde Landschaft paßt, achtlos vorüber.

NACHRICHTEN

Millionen für die Luft
Amerikas Airlines schrauben ihre Werbe-Etats in schwindende Höhen. Rund 450 Millionen Dollar stecken die sechs größten US-Luftverkehrsgesellschaften in den vergangenen zwölf Monaten in den Reklametopf - gegenüber dem Vorjahr ein Plus von über 20 Prozent.

FKK bleibt beliebt
FKK-Ferien sind beim deutschen Urlauber weiter beliebt. Branchenführer Obdla in Bad Nauheim erwartet für 1985 bei Ferienaufenthalten ohne Fremd- und ohne Hörschen wieder einen Anstieg von sechs bis sieben Prozent. In diesem Jahr hat das Unternehmen ein Buchungszuwachs von 1,4 Prozent erzielt. Der stürmische Aufwind der 70er Jahre ist vorbei, zumal Baden und Sonnen, "ohne alles" an vielen Stränden heute üblich ist und toleriert wird.

Las Vegas - Gran Canyon
Reservierungen für die Las Vegas Airlines (P.O. Box 15105, Las Vegas, Nevada 89114, USA) können vom 1. Januar an auch über die Firma IMA-Silberreis & Co in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 16, erfolgen. Beim Kauf der Flugtickets für die Canyon-Flüge in der Bundesrepublik werden die in den USA anfallenden Steuern von sechs US-Dollar gespart. Die Angebote reichen von Air Tour Only, das den dreistündigen Flug Las Vegas-Gran Canyon und zurück mit Zubringer zum Hotel umfaßt, für 124 US-Dollar bis zur Overnight Tour mit Unterbringung im Doppelzimmer und Abendessen am Canyon für 191 Dollar.

Musikreise nach Berlin
Eine Musikreise nach Berlin vom 28. Dezember bis 2. Januar ist bei der Gesellschaft für internationale Musik- und Kunstbegegnung e.V., Melcherstraße 72, 4400 Münster, noch zu buchen. Auf dem Programm stehen Offenbachs "Hoffmanns Erzählungen" und "Orpheus in der Unterwelt" sowie Tschaikowskys "Nußknacker" in der Deutschen Oper Berlin und im Theater des Westens das Broadway-Musical "Guys and Dolls". Inklusiv Eintrittskarten, Hotelübernachtung mit Frühstück, Anreise im Luxusbus und diversen Extras kostet der Kulturtrip 980 Mark.

WÄHRUNGEN

Ägypten	1 Pfund	2,65
Belgien	100 Franc	5,08
Dänemark	100 Kronen	28,50
Finnland	100 Fmk	49,00
Frankreich	100 Franc	33,50
Griechenland	100 Drachmen	2,65
Irland	1 Pfund	3,77
Israel	1 Shekel	0,01
Italien	1000 Lire	1,68
Jugoslawien	100 Dinare	1,65
Luxemburg	100 Franc	5,08
Malta	1 Pfund	6,10
Marokko	100 Dirham	34,00
Niederlande	100 Gulden	89,50
Norwegen	100 Kronen	35,50
Österreich	100 Schilling	14,36
Portugal	100 Escudos	2,20
Rumänien	100 Lei	6,50
Schweden	100 Kronen	36,00
Schweiz	100 Franken	122,50
Spanien	100 Peseten	1,68
Türkei	100 Lira	0,95
Tunesien	1 Dinar	3,65
USA	1 Dollar	3,12
Kanada	1 Dollar	2,39

Stand vom 18. Dezember - mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

Einmal an dieser seichten Stelle im "heiligen Wasser" des Jordan zu stehen ist ein Muß für Heiligland-Pilger, genauso wie der Besuch der Geburtskirche in Bethlehem oder der Verkündigungskirche in Nazareth. Besonders an hohen christlichen Festtagen ist regelrechte Stille in Sachen Jordan-Taufe. Die vielen historischen und heiligen Stätten rund um das Galiläische Meer diktieren ein forschendes Tempo. Für ganz Billige gibt es das "Holy Water" aus dem Jordan in Tiberias im Souvenirladen, abgefüllt in kleine Fläschchen, mit Etikett und Echtheitsgarantie.

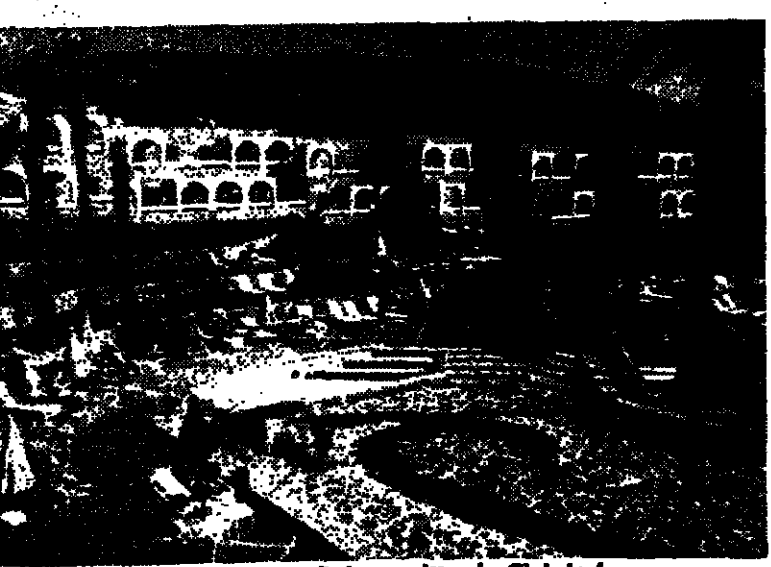
Die brauchen die Fischer David

ner so gut wie wir Fischer. Für jedes Licht da oben habe ich einen Freund verloren. Die Lichter sind Scheinwerfer an streng bewachten Sicherheitszäunen um nach 1967 von den Israelis gebaute Dörfer und Kibbuzim.

Fische hat der See reichlich, doch er gibt sie nicht immer her

Wie auch immer - die Zukunft von Tiberias, das steht für Eli Antebi außer Frage, kann nur im Tourismus liegen. Die jungen Leute ziehen weg, sobald sie zur Armee müssen. Nur wenige kehren zurück, denn hier fehlt die Industrie. Der Kinnereth, der tiefstegelegene Süßwassersee der Erde, 212 Meter unter dem Meeresspiegel gelegen, ist in doppeltem Sinn

Auskunft: Staatliches Israelisches Verkehrsbüro, Westendstraße 4, 6000 Frankfurt a. M.



Badespaß unter Palmen mitten im Clubdorf

FOTO: UTE KAMPHAUSEN

Club-Urlaub: Das Frühstück hängt an der Tür

Im "Club In - Ledbrooke Villa Resort" in Eilat an der Südspitze Israels können Sie den ersten Morgen nach der Anreise ruhig verschlafen. Alles, was ein gutes Frühstück ausmacht, baumelt in einem appetitlichen Leinwandgeschäft an der Tür.

Die kleine Aufmerksamkeit des Managements sorgt für einen gelungenen Urlaubsauftritt. In den komplett eingerichteten Appartements mit zwei Doppelzimmern, Bad mit Dusche/WC, einem Wohnzimmer mit Zweibettcouch, Balkon und der gut ausgestatteten Küche ist somit die erste Mahlzeit - anders als in den Dörfern der etablierten Clubs - auch um zwölf Uhr möglich.

Täglich Sonne und warme Sternennächte sind am Golf von Eilat auch in unseren Wintermonaten garantiert. Bei durchschnittlich nur drei bis fünf Tagen Regen im Jahr stehen tagtäglich die vielen im Preis eingeschlossenen Sportangebote des Clubs (zwei Fußball-Tennisplätze, Futball-Tennisplätze, Volley-, Fußball, Tischtennis, Aerobic, Baden im Swimmingpool, dem Hot-Whirlpool und dem Planschbecken für Kinder) im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Stunde beträgt vier Dollar, Club-Gäste bekommen 15 Prozent Rabatt.

Club In bietet mit seiner zentralen Lage ebenfalls Ausflüge in die reiche Historie des Heiligen Landes. Auf Kamelen, Pferden oder im Jeep werden die Wüste Sinai, der Heilige Berg Moiss und das Katharinenkloster besucht. Wenige Autostunden entfernt liegen die berühmte Festung Massada und das Tote Meer.

UTE KAMPHAUSEN

Preise: Bei Scharnow kosten zum Beispiel zwei Wochen bei Belegung mit sechs Personen inklusive Abflug ab München ab 1288 Mark pro Person. Bei Air Conti ab 1288 Mark pro Person. Informationen: Ledbrooke Holidays (Israel) Ltd., 422/50 Dizengoff Center, Tel Aviv/Israel.

Das Ledbrooke-Unternehmen setzt

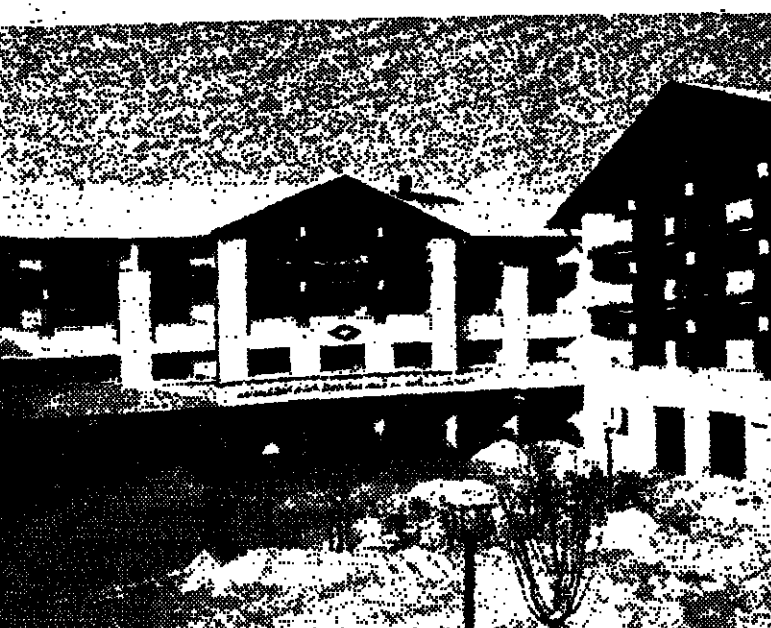
Club In kennt keine festen Essenszeiten und keine lauten Aufforderungen, um an irgendeinem Spielchen teilzunehmen. Mittags treffen sich die Mitglieder zwanglos im Restaurant oder kaufen eine Kleinigkeit im Take-Away-Bistro. Wer gerne kocht, bereitet sein Lieblingsmenü - die Zutaten gibt es im Club-Supermarkt - in der eigenen Küche zu. Nachtlich wirkt sich bei Selbstverpflegung nur der ungünstige Dollarkurs aus.

400 Meter von den Wohnungen entfernt befindet sich ein Aqua-Sport-Center mit einer gut ausgestatteten Tauchbasis. Die Korallenriffe vor "Coral Beach" gehören zu den farbenprächtigsten und aufregendsten der Welt. Die Surfbord-Miete für eine

Preise: Bei Scharnow kosten zum Beispiel zwei Wochen bei Belegung mit sechs Personen inklusive Abflug ab München ab 1288 Mark pro Person. Bei Air Conti ab 1288 Mark pro Person. Informationen: Ledbrooke Holidays (Israel) Ltd., 422/50 Dizengoff Center, Tel Aviv/Israel.

UTE KAMPHAUSEN

Preise: Bei Scharnow kosten zum Beispiel zwei Wochen bei Belegung mit sechs Personen inklusive Abflug ab München ab 1288 Mark pro Person. Bei Air Conti ab 1288 Mark pro Person. Informationen: Ledbrooke Holidays (Israel) Ltd., 422/50 Dizengoff Center, Tel Aviv/Israel.



Steigenberger Hotel Griesbach: Ein Thermalbade-paradies im Hotel

Steigenberger Hotel Griesbach im niederbayerischen Bäderdreieck

Hier macht Thermalbaden Spaß und gesund

Im niederbayerischen Griesbach i. Rottal ist die Welt noch in Ordnung. Und das Steigenberger Hotel Griesbach im "Dreieck" ist für Kur und Erholung auf's Beste eingerichtet.

Hotelleigene Aphrodite-Therme
Zum Bade-paradies im Steigenberger Hotel gehören: Ein Thermal-Freibaden (36°C) und die Thermal-Dampfgrotte, der Hot-Whirl-Pool, der Bacchus-Trinkbrunnen, dazu das attraktive Hallenbad (16 x 9 m, 29°C) mit Sauna, Fitnesscenter, Solarium und ein weiteres, neues Freibaden. Das Hotel ist auch mit dem Staatl. Kurmittelhaus direkt verbunden. Badekuren im Hotel und in der

klinischen Station/Sanatorium sind beihilfefähig. Die 185 Zimmer, Studios und Suiten haben alle Bad, Balkon, Farb-TV und Minibar. Kulinarisch verwöhnt werden Sie königlich-bayerisch im "König Ludwig" und nach regional-bayerischer Küche in den "Routalstuben" oder "Zum Alois". Direkt am Hotel: 2 Tennisplätzen- und 2 Tennisfreiplätze, leichte Wanderwege.

Die aktuellen Angebote für Winter und Frühling '85
(gültig bis 1. April 1985)

Blau Wochen mit 7 Übernachtungen inkl. Halbpension und täglich aquamarin-

blaues Thermalbaden, wahlweise im Freien, in der Thermal-Dampfgrotte oder im Innern. Preis pro Person im Doppelzimmer mit Bad

650,-DM

Griesbacher Tage, 7 Übernachtungen mit Drei-Viertel-Pension. Umstellung auf Vollwert-Ernährung, die auch noch Spaß und gesund macht (inkl. 1 Glas trockenen Wein täglich). Thermalbaderhythmus mit Wassergymnastik, Terrain- und Trinkkur. Hautpflege im Uncordium. Freizeit, Hobby und Sport nach Belieben. Preis pro Person im Doppelzimmer mit Bad

870,-DM

Lassen Sie sich auch über unsere weiteren Sport- und Hobby-Arrangements für den Sommer '85 informieren. Wenden Sie sich an den Steigenberger Touristik Service, Postfach 164 40, 6000 Frankfurt/M., Telefon 069/21 57 11 oder schicken Sie uns den Coupon.

Ich möchte weitere Informationen über das
☐ Steigenberger Hotel Griesbach
☐ Steigenberger Kur + Ferien Angebot
Name: _____
St./Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
An das Steigenberger Hotel Griesbach,
Am Kurwald 2, 83999 Griesbach i. Rottal, Tel. 085 32/1001

Robinson baut Brücken zu den Nachbarn

HOR, Frankfurt

Kling ist, wer auch auf Erfolgswagen in einsamer Höhe stets selbstkritisch bleibt und weitere Produktverbesserungen anstrebt. Das Management des Robinson Clubs, Steigenberger- und TUI-Kind, setzt sich trotz Hochkonjunktur und zwölf Prozent Umsatzplus im Vorjahr (obwohl eine Anlage aufgegeben wurde) mit Kritikern der Ferienphilosophie weiterhin ernsthaft auseinander. Dem Nachteil, der am häufigsten angeführt wird – der Getto-Charakter der Clubdörfer nämlich, die geringen Möglichkeiten der Gäste, außerhalb der Anlage Land und Leute kennenzulernen – setzt Robinson nun ein gezieltes Konzept entgegen. Abseits von den ausgetretenen Pfaden des Tourismus bauen die meisten Clubs der Urlaubsunternehmen Brücken in die Nachbarschaft. So besuchen Gäste mit Gästen frühmorgens die Hochmärkte und wandern zu den angeregten Handwerkern. Die Clubs zücken künftig die umliegenden Dörfer oder lassen sich beispielsweise in Bentota (Sri Lanka) von den Priestern in die Welt des Buddhismus einführen. Einzelne Künstler sind Gäste und stellen ihre Werke in den Clubhotels aus.

Auch der Kritik, daß für Kontaktfreunde und Nichtsportler wenig getan würde und diese Gruppe darum auch im Club einsam bliebe, tritt man entgegen. Das Programm außerhalb des Sportbereichs und des lauten Ulks wird spürbar erweitert. 1985 werden vier Anlagen beispielsweise fachmännisch aufbaute Computerkurse durchgeführt, in anderen Dörfern Foto- und Videolehrgänge mit Fachleuten organisiert. Ein erster Test im Club Katschberg ergab, daß von den anwesenden Gästen 40 Prozent spontan an einem solchen Kurs teilnahmen.

Mit den neuen Anlagen in Tunesien, Süditalien, in der Türkei, in Brasilien und auf der Schlanitz Alm wächst die Zahl der Robinsonmitglieder auf 19.125.000. Die Neulinge in der Organisation bieten besonders günstige Einführungspreise an, so der türkische Club Camyva eine Woche ab 1100 und die Clubs Apulia und Abu Nawas (Tunesien) ab 1150 Mark. Die übrigen Preise steigen im Schnitt um drei Prozent.



Viele Urlaubern genügt das Sonnenbaden allein als Ferieninhalt nicht mehr

FOTO: DIE WELT

DER: Mehr Gäste, kürzere Reisen

Frankfurt

Mit einem kräftig erhöhten Marktanteil geht das Deutsche Reisebüro zuversichtlich in das Reisejahr '85. Die abgelaufene Saison bescherte dem Veranstalter trotz eines deutlichen Trends zu kürzeren Reisen und geringeren Urlaubsausgaben zwölf Prozent mehr Reiseteilnehmer. Insgesamt buchten 240.000 Urlauber beim DER.

Zu den Gewinnern zählten mit 58.000 Teilnehmern (+16 Prozent) die Städtereisen mit Auto und Bahn, ferner die klassische Pauschalreise sowie Einzelreisen mit Hotelunterkunft, Bahn oder Pkw-Anreise mit 13,8 Prozent mehr Teilnehmern, das Ferienwohnungsangebot mit einem Plus von 11,1 Prozent, das neue DERTOUR-Programm „Europas Grüne Oasen“, das auf Anhieb mit 2800 Buchungen die Planzahlen erfüllte, sowie das USA-Programm mit einem Zuwachs von 4,1 Prozent. Und das, obwohl Amerika des hohen Dollarkurses wegen generell von weniger Deutschen bereist wurde. Die USA waren für das DER im vergangenen Jahr ein schwieriges und kost-

spieliges, aber erfolgreiches Ziel: Als Reaktion auf die neuen und günstigen Linienflugtarife über den großen Teich mußte das DER seine ABC-Tarife senken. 33.535 Passagiere, mehr als im Vorjahr, konnten befördert werden. Auch für '85 wurde darauf geschaut, daß der Preisabstand zum nächsten genehmigten Limitarif im Schnitt 250 Mark beträgt.

Überproportional hoch war 1984 der Zuwachs bei den touristischen Amerika-Angeboten (plus 16 Prozent). Offensichtlich hatten sich viele USA-Reisende angesichts des hohen Dollarkurses touristische Leistungen bereits vor der Abreise in Deutschland besorgt, was sie erheblich günstiger zu stehen kam. Während das dem Individualreisenden zugute kommende Bausteinsystem des DER auch im USA-Angebot erfolgreich war, vermeldeten die großen begleiteten Rundreisen sinkende Teilnehmerzahlen. Auch das Marlboro-Programm hatte ein Minus von zehn Prozent, hier erfüllten sich die Erwartungen des Veranstalters nicht, worauf man auf das Erscheinen eines gesonderten Marlboro-Kataloges ver-

zichtete und das Angebot in den USA-Katalog '85 integrierte. Verzicht hat DER auch sang- und klanglos auf die vor einem Jahr mit viel Optimismus angekündigten Senioren-Reisen. Es hat sich gezeigt, daß der Markt dafür nicht groß genug war.

Dagegen hat das DERTOUR-Programm „Grüne Oasen“ sich auf ganzer Linie bewährt. Neben dem exklusiven Hotel-Katalog erschienen neu die DERTOUR-Programme Sporturlaub, Hobby-Touren sowie China '85. Und im Januar sollen ein Irland-Programm, ein Katalog England/Schottland/Wales und ein neues Städtereiseprogramm unter dem DERTOUR-Markenzeichen folgen.

Für den individuellen, aktiven, sportlich und kulturell interessierten Urlauber scheint sich DERTOUR mit seinen anspruchsvolleren Angeboten profilieren zu wollen, während die bewährten DER-Kataloge Ferienwohnen/Ferienhaus oder Ferienhotel zum Beispiel mehr auf den Familienurlaub zielen, wie ebenfalls der neue Katalog mit den beliebten niederländischen Freizeitanlagen, den Center Parks.

BIRGIT CREMERS

Airtours erweitert das Städtereisen-Angebot

HOR, Frankfurt

Die Zeit der Unkennrute und der düsteren Prognosen ist vorbei. Zuwachsraten, Umsatzsteigerungen beherrschen das Bild des Aufwärtstrends. Das gilt vor allem für die Spezialisten in der Reisebranche.

Bei Airtours, dem Unternehmen, das den Urlaub mit Linienflügen organisiert, stimmen die Verantwortlichen der weihnachtlichen Zeit gemäß einen gewaltigen Jubelchor an: 8,3 Prozent Umsatzsteigerung trotz anfänglicher Stagnation im Vorjahr, rund 208.000 Gäste, eine ausgedehnte Weltreise der Luxuspreisklasse und ein bisher nie dagewesenes Buchungsergebnis für Weihnachten und den ersten Monate des neuen Jahres. Jeder Wert für sich schon ein Grund für kräftige Töne aus voller Brust.

Bei dem Frankfurter Unternehmen, das zur TUI-Familie gehört, trägt man dem Trend zu mehr Komfort auf Flugreisen Rechnung. In den neuen Katalogen sind wegen der großen Nachfrage die Preise auch für First- und Business-Class-Flüge ausgerechnet. Da die Boeing 707 für den Rundum-Welt-Flug nicht mehr zur Verfügung steht, wird jetzt eine „727“ mit Erster-Klasse-Sitzen aus-

gestattet und 1985 auf mehrere Weltreisen geschickt. Die Preise stehen noch nicht fest. Bisher mußten die Teilnehmer knapp 26.000 Mark zahlen.

Aktuell wie nie ist der „kleine“, kurzzeitige Urlaub und dafür eine Zweit- oder Drittreise im Jahr. Darum hat Airtours das Städtereise-Angebot erweitert. Die Palette der Ziele zwischen Reykjavik und Abu Dhabi wurde um 21 auf insgesamt 109 vergrößert. Neben dem Sonnenbaden für eine Woche steigt die Beliebtheit der „Kulturtrips“. Drei Tage Berlin werden für 305 Mark, elf Tage Abu Dhabi für 7719 Mark angeboten.

Insgesamt sind mit dem Basisprogramm des Unternehmens 20.000 verschiedene Reisekombinationen in alle Welt möglich. Zwar sind die Schwerpunkte die Sonnenküste Spaniens, die Balearen, die Kanarischen Inseln und Griechenland, doch setzt Airtours verstärkt auf die Fernreisen, die 1983 ein beachtliches Plus von 10,3 Prozent brachten und in diesem Jahr vor allem im nordamerikanischen Bereich ausgebaut werden. Wesentlich erweitert sind 1985 auch die Flug- und Autoprogramme für eigene Entdeckungsfahrten, die der Kunde einzeln oder als Paket buchen kann.

Ameropa: Deutschland-Ziele und Bahnreisen erfolgreich

B.C. Frankfurt

Trotz der Auswirkungen der Streikmonate hat sich die Pauschalreise in diesem Reisejahr als stabil erwiesen, wobei Veranstalter mittlerweile erstmals eine bessere Entwicklung verzeichnen konnten als die Branchenriesen. So meldet Ameropa, der Reiseveranstalter der Bahn, für das Geschäftsjahr 1983/84 eine Steigerung der Gästezahlen um 15,5 Prozent auf 213.605. Der Umsatz des Unternehmens stieg sogar um 36 Prozent auf 89,2 Millionen Mark. Damit sind nach Angaben von Ameropa-Geschäftsführer Hans Hermann Waiz die Einbußen des Vorjahres mehr als ausgeglichen. Zu dem erfreulichen Ergebnis trugen vor allem deutsche Ziele – mit einem Anteil von 60 Prozent der Urlauber nimmt Deutschland bei Ameropa die Spitzenposition ein – und eine Wiederbelebung der Bahnreise bei.

In Deutschland setzt Ameropa auf

familienfreundliche Angebote, wobei sich gemeinsame Aktionen mit deutschen Fremdenverkehrsverbänden, zum Beispiel „König Kind“ in Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein, so bewährt haben, daß sie im kommenden Sommer auf Hessen und den Schwarzwald ausgedehnt werden sollen. Im Schwarzwald werden der Familie Kinderermäßigungen bis zu 100 Prozent für Kinder bis 14 Jahre angeboten. Das verbesserte Bahnangebot bedeutet neben familienfreundlichen Tarifen (in der Vorrangposition können Kinder bis 17 Jahre zum Nulltarif mitfahren) auch mehr Service im Liegewagen: Abendimbis und Frühstück sind im Preis eingeschlossen.

Zu den Neuheiten bei Ameropa gehört eine Bahn-Schiffreise nach England. Und schließlich dürfen beim Bahnspezialisten Reisen zum Jubiläumsjahr der deutschen Eisenbahnen 1985 nicht fehlen: Für diese gibt es einen Sonderprospekt.

KURORTE

Baden umsonst

Die kostenlose Benutzung des Hallen-Sole-Wellenbades und der Kurbeitrag sind im Preis einer Pauschale enthalten, die Bad Rothenfeld im Teutoburger Wald vom 6. Januar bis zum 24. März und vom 14. bis zum 30. April anbietet. Ein siebentägiger Aufenthalt kann mit Übernachtung und Frühstück ab 179 Mark gebucht werden (Auskunft: Kurverwaltung, Postfach 1240, 4502 Bad Rothenfeld).

Kosmetikum

In Bad Ems an der Lahn wird im Januar ein Kosmetikum und Schönheits-Kurzentrum mit 40 Zimmern eröffnet. Das Angebot reicht von Gesicht-, Körper-, Hand- und Fußbehandlung bis zu Kneipp'schen Anwendungen sowie Massagen, Gymnastik und einem individuellen Fitness-Programm. Offertiert werden in dem neuen Kurzentrum des rheinland-pfälzischen Heilbades außerdem ein- bis dreiwöchige Ganzkörperkuren zur Regeneration sowie preisgünstige Pauschalen, beispielsweise die einwöchige Kräuter-Spezial-Kur für 999 Mark (Auskunft: Staatsbad Bad Ems GmbH, Postfach 183, 5427 Bad Ems).

Neue Bastelkurse

Im Rahmen der regelmäßigen Bastelkurse im württembergischen Bad Dürheim, die in zwei Studios im historischen „Haus des Gastes“ stattfinden, werden neben Emailleuren, Keramikmodellieren und der Monogram-Gravur in Glas jetzt auch das Basteln von Stoffpuppen und die Herstellung von Jugendstil-Lampen in Tiffany-Technik angeboten. Die Teilnahmegebühr beträgt fünf Mark plus Materialkosten (Auskunft: Kurverwaltung, Postfach 1465, 7137 Bad Dürheim).

Kur mit Weinprobe

In Bad Bellingen wird bis Ende Februar eine dreiwöchige Kur zum Pauschalpreis angeboten, und zwar zum Preis ab 666 Mark bei Unterkunft in einer Pension. Inbegriffen sind Unterkunft mit Frühstück, ärztliche Betreuung, alle ortsgewöhnlichen Kurmittel und die Kurtaxe. Als Dreingabe gibt es eine Besichtigung der Winzergenossenschaft sowie einen Dinnerabend und eine kulturhistorische Exkursion (Auskunft: Bade- und Kurverwaltung, 7841 Bad Bellingen).

BILD am SONNTAG und das ZDF präsentieren: Das Super-Ding

16 Jahre ZDF-Hitparade. 16 Jahre Dieter Thomas Heck.

Mein Hitparaden-Buch

150 Seiten! GROSSFORMAT

Dieter Thomas Heck ganz privat
Sein Leben ohne Schminke
Vom Gebrauchtwagen-Verkäufer zur Hitparade

Chronik der Hitparade
Farbige Super-Star-Portraits
16 Jahre Top-Interpreten: von Michael Holm über Peter Maffay bis Nena

Der Macher Die Stars Die Hintergründe

FÜR NUR DM **9.80**

Dieter Thomas Heck „Mein Leben vor und hinter den Kulissen“ 1969-1984 Die Chronik der ZDF-Hitparade. Stories, Stars, Hits und Hintergründe.

EIN BILD am Sonntag BUCH

Überall wo es Zeitungen und Zeitschriften gibt, im Buchhandel, in Schallplatten-Geschäften und im Rundfunk-/Fernseh-Fachhandel

Wußten Sie, daß... ein Leitmotiv von Dieter Thomas Heck lautet: Wenn das Glück schläft, dann muß man es wecken? Mehr davon auf Seite 14. Mit diesem faszinierenden Buch lernen Sie den Showmaster wirklich kennen, sehen hinter die Kulissen ab Seite 38 und erfahren unheimlich viele Einblicke in das Privatleben ab Seite 67. Schlagen Sie Seite 100 auf. Da finden Sie alles über ZDF-Hitparade, ihre Stars und geahnte Einblicke in das Privatleben ab Seite 67. Schlagen Sie Seite 100 auf. Da finden Sie alles über ZDF-Hitparade, ihre Stars und geahnte Einblicke in das Privatleben ab Seite 67. Schlagen Sie Seite 100 auf. Da finden Sie alles über ZDF-Hitparade, ihre Stars und geahnte Einblicke in das Privatleben ab Seite 67.

TOURISTIK

Wir planen - Sie reisen

Canada • USA • Alaska

Die preiswerte Art, Nordamerika zu erleben: im Wohnmobil individuell reisen! Wir bieten ausführliche Routenberatung und Superpreise! Oder machen Sie eine Rundreise mit deutscher Reisebegleitung. Es lohnt sich, mit Experten zu reden. Kataloge anfordern oder einfach anrufen bei: CANAM Touristik

Alter Teichweg 17-19 • 2000 Hamburg 76 • Tel. 040 / 29 11 18/19
Sendlinger-Tor-Platz 11 • 8000 München 2 • Tel. 089 / 59 61 83/29

CANAM

Hamburg • München • Stuttgart

ISLAND-FÄRÖER SMYRL-LINE

Ab Havnstholm (Dänemark) fährt das stabilisierte, moderne und komfortable Motorschiff „NORRÖNA“ jede Woche samstags von Mai bis September über Torshavn (Färöer) nach Seydisfjörður (Island).

2 Tage Aufenthalt auf den Färöern nutzt die Autofähre für einen Abstecher zu den Shetlands und Bergen (Norwegen). Rückfahrt direkt von Island über Torshavn nach Dänemark.

Alle Urlaubsziele im Norröna (färisch: Nordmeer) garantieren einen außergewöhnlichen Urlaub.

Buchungen in Ihrem Reisebüro oder direkt bei uns:

J.A. Reinecke (GmbH & Co.)
Hohe Bleichen 11
2000 Hamburg 36
Tel. 35 19 51
Telex: 211 545

WELTWEITE FLÜGE

Reisebüro Sky-Tours

Tel. 089 76 25 67 oder 76 10 85

Preiswerte Flüge in alle Welt

Flugziel	Preis
New York	785,-
Bangkok	1255,-
Singapur	1425,-
Quito	1855,-
Salvador	1855,-
Mexico	1855,-
Miami	1155,-

TOUR-PLAN-REISEN - 5300 Bonn 3
K.-Adenauer-Pl. 15, 0228/461663

Kurz- und Rundreisen • Ägypten • Schwarzwald

Was haben alle diese Begriffe gemeinsam? Die Erfahrung von HETZEL!

HETZEL der Kurz- u. Rundreisen-Spezialist:

bringt ein Feuerwerk an Ideen! Die Rundreisen-Palette reicht vom Nordkap bis nach Andalusien; z.B. Italien: Rundreise «Rom und Assisi» 3 Tage ab DM 525
Griechenland: Rundreise «Argolis» 3 Tage ab DM 655
Bulgarien: Rundreise «Vom Schwarzen Meer bis zur Donau» 4 Tage ab DM 515

Preise pro Person. Flüge ab Frankfurt und – größtenteils – ab Stuttgart.
Anfragen unter Direkttel. 0711/835-430

HETZEL der Ägypten-Spezialist:

In der Saison 84/85 fliegt HETZEL so oft wie nie zuvor nach Ägypten! Nach Kairo: jeden Dienstag, nach Luxor: jeden Samstag und Neu nach Assuan: jeden Dienstag!

Über 60.000 Ägypten-Gäste in mehr als 12 Jahren haben sich von der hervorragenden Qualität dieser Reisen überzeugt – ein Team von mehr als 15 Reiseleitern betreut Sie ständig; z.B. Rundreise «Karnak», Abflug 18.12.84, 7 Tage DM 1624
Rundreise «Karnak», Abflug 1.1.85, 7 Tage DM 1648

Anfragen unter Direkttel. 0711/835-230

HETZEL der Schwarzwald-Spezialist:

Wildbad: Appartements am Kurpark Direkttelefon 0711/835-530
Schluchsee: Gästehaus HETZEL Direkttelefon 077 22/5167
Schluchsee: Appartementshaus Regina Direkttelefon 076 56/7048 00 und HETZEL-HOTEL HOCHSCHWARZWALD Direkttelefon 076 56/703 26. Unvergleichlich, weil es einzigartig ist!

Kupon: Bitte schicken Sie mir folgende Prospekte:
☐ Kurz- und Rundreisen
☐ Ägypten
☐ Schwarzwald

Formen Sie unsere ausführlichen Prospekte an – oder fragen Sie in Ihrem Reisebüro!

TOURISTIK

Südpazifik-Info

Neuseeland.

„Durch Bush und über Hängebrücken... Herausforderung Heaphy Track.“

Nehmt auch mindestens vier Tage für den Heaphy Track, das hatten wir immer wieder gehört, und diese Tage lagen nun verheißungsvoll vor uns, als wir in Collingwood die Rucksäcke schüttelten. Los ... auf Zickzackpfaden durch dichten Bush, die schwankende Hängebrücke wurde gemeistert, die erste Höhlennacht, und wir schliefen wie Steine. Und weiter ging's ... über die Goulard-Höhenzüge hinab zum Oberlauf des Heaphy Rivers, flüßelwärts zu den Stränden an der Tasman Sea und schließlich - am vierten Tag - südwärts entlang der Küste in die Region des Kohaitai Rivers oberhalb von Karamea. Dieser Track war nicht

unser letzter auf der Südinsel, fernab von aller Hektik ... unalltägliche, aktive Natur pur.

Kontrastreiches Neuseeland im Herzen der südpazifischen Inselwelt, mal exotisch, mal aktiv: Vulkane und Geysire, im Flug zu ewigem Gletscher, Wildwasserfahrten, Reiten über satgrüne Weiden oder Schwertfischfang in der Bay of Islands, faszinierende Flora und Fauna, fremdartige Szenerie und natürliche Gastfreundschaft ... alles.

Mit dem Motorrad oder auf Busen ...

Fernreisen,
Studienreisen,
Erichenreisen,
Einzelreisen.

Das große
Programm.

In Ihrem Reisebüro.
Oder von
China Tours
Kaiserdamm 88
D 1000 Berlin 19
Tel. 030 302 40 40

**China
Tours**



**China
Asien
'85**

Yangzi-Kreuzfahrten:

M.S. „Limer“

Große China-Rundreisen:
Alte Seidenstraße mit Xian,
Dunhuang, Turfan, Kashgar,
Tibet und Qinghai.

Wasserfest der Dai.

Transsibirische Eisenbahn.

Premieren: „Heilige Berge“
Wudangshan, Putuoshan.



Achtung,

vorgezogener
Anzeigen-
Annahmeschluß

Für die Ausgaben
4./6. 1. 1985
benötigen wir
die Druck-
unterlagen
und Aufträge
bis Freitag,
28. 12. 1984,
14 Uhr.

Europas
schärfstes
Auge

Deutschlands größtes
Observatorium steht in
Spanien, wo der Himmel meist
wolkenlos und die Luft noch
sauber ist. Jetzt wurde das neue
3,5-Meter-Teleskop eingeweiht.
Es soll Galaxien in der unvorstellbaren
Entfernung von 10 Milliarden Lichtjahren
aufspüren.



hobby im Dezember - ein Magazin
voll faszinierender Technik:

Luftverkehr im Jahre 2000: In 11 Minuten
nach Amerika.

Auto-Cockpit der Zukunft: Navigations-
System, Digital-Display, Computer- und
Bildschirm.

Revolution in der Drucktechnik: Von
Gutenberg zum Laser-Strahl.

„Slick 6“: Amerikas neuer Weltraum-
bahnhof.

Hornissen im Dienste der NASA:
Schwerkraftexperimente im All.

Foto-Special: 10 Kompaktkameras
im Vergleich.

hobby jetzt neu

Info-Coupon

Schicken Sie mir bitte
Informationsmaterial
über Neuseeland

Name

Strasse

PLZ/Ort

Wahl

Fremdenverkehrsamt von Neuseeland
Kaiserhofstraße 7, D-6000 Frankfurt/M., Telefon: 069/28 81 89, Telex: 4189 331

Wiener Opernball

14. Februar 1985

Fordern Sie noch heute unseren Sonderprospekt an!

EQUIPAGE-Reisen

Unrberger Str. 13, 8000 München 80, Tel. (089) 4 31 54 73, Tx 526153 equip

HONG KONG
täglich zum
SONDERTARIF
Auch andere Ziele weltweit.
☎ 069/25 67 65, TX 4170510

**Erlebnisreisen: Zeit- und
Wanderreisen - weltweit!**
Katalog anfordern beim Spezial-
veranst.: Trekking-Büro Scheide,
8960 Kempten - ☎ (08 31) 2 67 67

MEXIKO-SÜDAMERIKA
Die schönsten Reisen
A-REISEN
Postfach 11 01 22
8000 Frankfurt 1
Tel. 069/230163

Golfreisen
Spezialveranstalter für Golfreisen
DIE NEUEN GOLFREISEN
KATALOG 1985 BUND DA
Bahnhofstr. 38 - 6710 Frankfurt
Tel. 069/230163
Anruf oder Postkarte genügt.

**AUSTRALIEN
NEUSEELAND**
Flug-Safari, Rundreisen, Camp-
mobile, Tauchen, Jagd, Insel-Urlaub,
Hotels, günstige Flüge und Stopover.
Informationsreisen für Investoren
und Geschäftsreisende.
AUSTRALIEN-REISEN LESSENICH
Burgstraße 7, 4151 Herren 6
Telefon 02 09 - 35 79 85

Zu jeder Anschrift gehört
die Postleitzahl

SÜDAMERIKA-FLÜGE
HIN UND ZURÜCK AB BRU/AMS
Amsterdam 2080,- Montevideo 2120,-
Bogotá 1550,- Quito 1750,-
Buen. Aires 2080,- Recife 1880,-
Caracas 1350,- Rio de Jan. 1980,-
La Paz 1940,- Santa Cruz 2120,-
Lima 1940,- Santiago 2250,-
Mexico C. 1550,- Sao Paulo 1980,-
L.A.F. e.V. 28 Bremen 1
Schwachhauser Heerstr. 222
Telefon 0421 / 23 92 45

SCHWEIZ

**KULM HOTEL
ST. MORITZ**
Aufahrt zur Wintersaison
Sunshine-Skiwochen
vom 1. bis 22. Dezember 1984

Wir bieten Ihnen
das einzigartige Ambiente
für faszinierenden
Wintersport!

Verlangen Sie unser Spezial-Angebot
für Dezember, Januar und März

Kulm Hotel, CH-7500 St. Moritz
Telefon 0041-82 21151, Telex 74472
Panorama-Hotel, Sauna,
Massage, Bars, Dancing, Grill

Nur Gäste, die gerne geistessen!



**** Prättschli

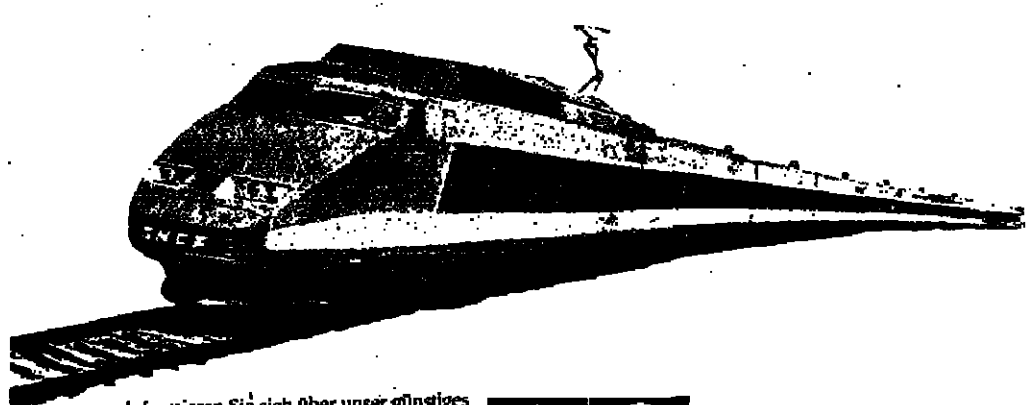
CH-7050 AROSA
Tel. 0041-81-31 18 61 - Tx. 74 554
Das gepflegte Erstklasshotel

Zugfahren
à la carte!

Ob geschäftlich oder privat. Mit
der Netzkarte FRANCE VACANCES
SPECIAL der SNCF reisen Sie
bequem durch Frankreich. Kreuz
und quer.
Ohne Kilome-
terbegrenzung.
An 8 Tagen im
Monat, mit je-
dem Zug. Gültig
für die 1. oder
2. Wagenklasse.
Gültigkeitsdau-
er insgesamt: 1
Monat.

Auch der neue T.G.V.-Hochge-
schwindigkeitszug (270 km/h)
steht Ihnen mit der Netzkarte
FRANCE VACANCES SPECIAL
zur freien Ver-
fügung, sogar
ohne daß Sie
den sonst nö-
tigen Zuschlag
zahlen müssen.

Platzreservie-
rung jedoch un-
bedingt erfor-
derlich!



Informieren Sie sich über unser günstiges
Angebot bei Ihrem Reisebüro oder bei
Französische Eisenbahnen, Generalver-
tretung, Rösterstraße 11, 6000 Frankfurt 1,
Tel. 069-72 84 44.

DIE WELT
WELT SONNTAG

An DIE WELT/WELT am SONNTAG,
Anzeigenabteilung, Postfach 30 58 30,
2000 Hamburg 36

An DIE WELT/WELT am SONNTAG,
Anzeigenabteilung, Postfach 10 08 64,
4300 Essen 1; ab 2. Januar 1985

Hiermit bestelle ich eine Anzeige für die Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen“ in der Höhe von
_____ Millimetern _____ spaltig zum Preis von _____ DM.

Bitte veröffentlichen Sie das Inserat am Freitag, dem
darauffolgenden Sonntag in WELT am SONNTAG. _____ in der WELT sowie am _____

Name _____

Strasse/Nr. _____

Telefon _____

PLZ/Ort _____

Der Text meiner Anzeige soll lauten:

هكذا من الأكل

